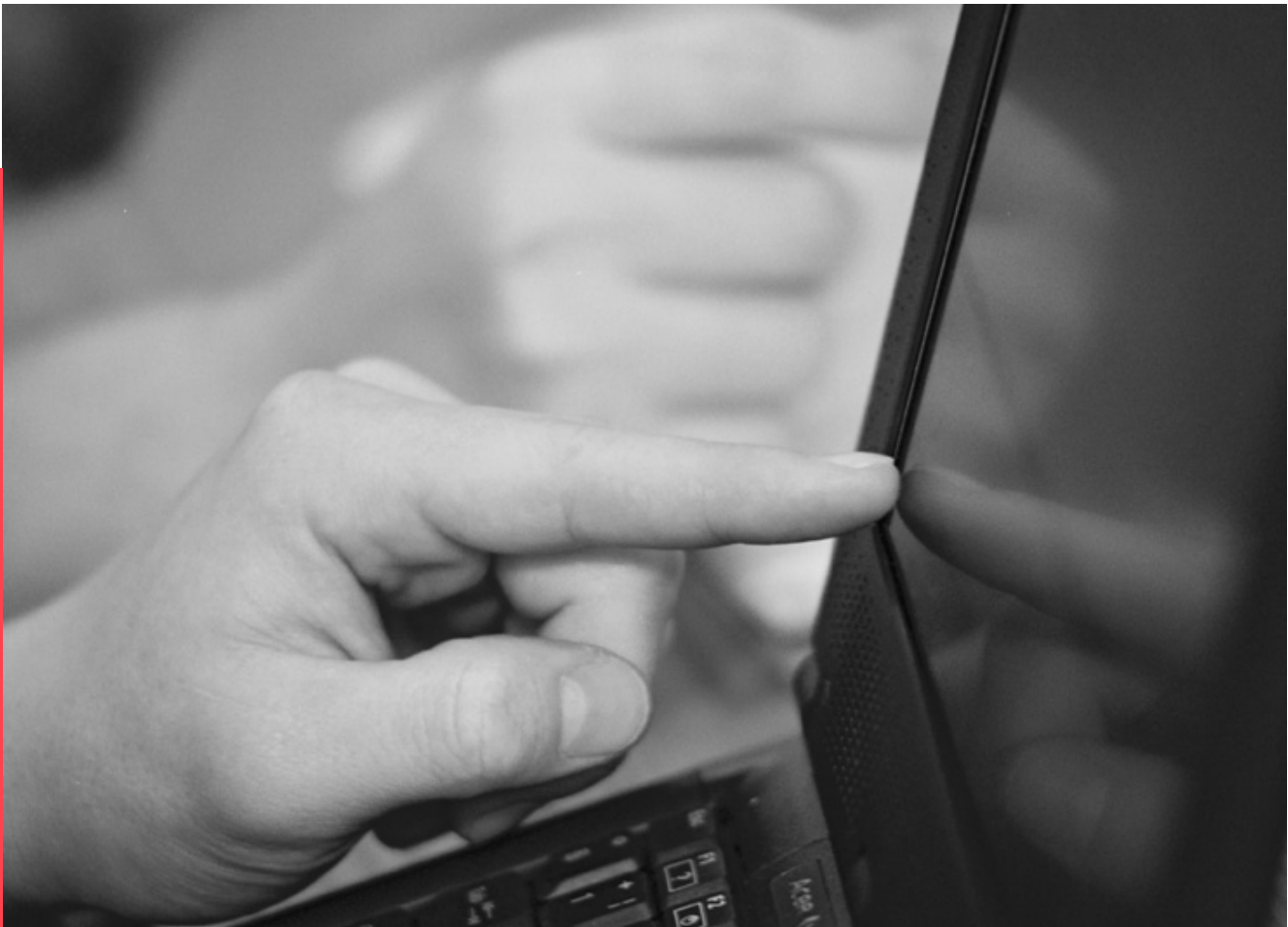


FORSCHUNGSBERICHTE DES MODULS "LERNEN UND FORSCHEN"



BAND 4

Matthias Drilling, Miryam Eser Davolio (Hrsg.)

RECHTS- EXTREMISMUS UND SOZIALE ARBEIT


**VERLAG FACHHOCHSCHULE
FÜR SOZIALE ARBEIT BEIDER BASEL**

Forschungsberichte des Moduls "Lernen und Forschen"
Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel

BAND 4

RECHTS- EXTREMISMUS UND SOZIALE ARBEIT

Matthias Drilling, Miryam Eser Davolio (Hrsg.)

 Fachhochschule
für Soziale Arbeit
beider Basel

www.forschen.ch

Verlag Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel

© 2004

Verlag Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel

Thiersteinerallee 57

4053 Basel

Grafik: Thomas Gfeller, Basel

Fotografie Titelbild: Claude Giger, Basel

Druck: factoryPrint, Basel

ISBN 3-906418-59-6

Dieser Bericht steht als pdf.Datei zur Verfügung unter
www.forschen.ch

ZU DIESER REIHE

Die Berufsfelder der Sozialen Arbeit sind schon seit langer Zeit auf die Diffusion von Forschungserkenntnissen angewiesen. Spätestens mit der Fachhochschulentwicklung in der Schweiz und der damit verbundenen fortschreitenden Akademisierung von Sozialpädagogik und Sozialarbeit wird zudem eine aktive Forschungstätigkeit der Ausbildungsinstitutionen erwartet. Es gründen sich Abteilungen, deren Hauptaufgabe in der angewandten Forschung zum Berufsfeld liegt.

Der mit dieser Entwicklung verbundene spezifische Wissenszuwachs findet sich in Form von Publikationen auf den Schreibtischen der sozial Tätigen wieder. Dabei stellen sich immer wieder ähnliche Fragen: Wie wurden die Leitfragen operationalisiert? Welche methodische Vorgehensweise führt zu den Ergebnissen? Wie sind die Aussagen vor dem Hintergrund weiterer Forschungsergebnisse zu interpretieren?

Das Teilmodul Forschen an der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel will die Studierenden zu einem kritisch-konstruktiven Umgang mit dem eigenen Berufsfeld anregen. Es geht um die seriöse Verwendung der Sprache und die klare Definition von Begrifflichkeiten, es geht um die Positionierung jeder einzelnen Studentin / jedes einzelnen Studenten im Wissenschaftsgebäude. Daneben soll die Forschungspraxis erprobt werden. Die Studierenden bereiten sich auf eine ihnen gestellte Forschungsfrage vor, führen eine Befragung durch und dokumentieren sie in einem Bericht. Die in dieser Reihe erscheinenden Berichte sind die Ergebnisse dieser studentischen Forschungsarbeiten.

Matthias Drilling

DANK

Die studentischen Arbeitsgruppen wurden von kompetenten Fachpersonen unterstützt. Dafür bedanken wir uns bei Brigitte Gerber, Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Neuenburg und Martin Schmid sowie Marco Storni, Bürogemeinschaft ECCE, Basel.

Monique Eckmann von der école supérieure de travail social in Genf hat mit uns die Einleitung verfasst und damit unsere bestehende sehr gute Zusammenarbeit vertieft. Dafür und die Mitwirkung im Unterricht, aus dem dieser Forschungsbericht entstanden ist, danken wir.

Urs Urech, NCBI Schweiz, und Franz Kohler, pms Kohler, haben den Forschungsbericht durch eigene Beiträge, die auf ihren Ausführungen während des Unterrichtes basieren, bereichert. Wir haben dieses Engagement der beiden Experten als sehr wertvoll und konstruktiv empfunden.

Verschiedenen Fachpersonen danken wir für die Bereitschaft, zu einem Interview zur Verfügung zu stehen. Einige Personen wollen nicht namentlich genannt werden. Die Gespräche sind z.T. im vorliegenden Bericht abgedruckt, z.T. finden sie sich als separate Downloads unter www.forschen.ch.

HINWEIS

Dieser Forschungsbericht entstand im Rahmen des Projektes 404040-101046 „Soziale Arbeit und Rechtsextremismus: Evaluation von Interventionsansätzen und Entwicklung von Guidelines“ (Nationales Forschungsprogramm NFP 40+ „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmassnahmen“.

(Siehe <http://www.nfp40plus.ch/m/mandanten/174/topic4007/story9101.html>)

sowie dem interdisziplinären Forschungsprojekt „Jugend und Gewalt im Zusammenhang mit sozioökologischen Strukturen“ der Universität Basel, an dem die hpsabb im Teilprojekt „Rechtsextreme Haltungen und männliche Sozialisation“ mitwirkt.

(Siehe <http://www.unibas.ch/violence/deu/soziologie/index.html>).

INHALT

Rechtsextremismus und Soziale Arbeit in der Schweiz 6

Miryam Eser Davolio, Monique Eckmann und Matthias Drilling

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus – Begrifflichkeiten 13

Julia Kapp, Lukas Ziegler, Salomé Imboden, Claudio Bäggli (begleitet von Marco Storni und Martin Schmid)

Organisation rechtsextremer Gruppen 17

Yolanda Dolder, Julia Häfeli, Monique Welti, Roger Zumkeller (begleitet von Miryam Eser Davolio)

Projekte im offenen Freizeitbereich zum Rechtsextremismus in der Deutschschweiz: Bestandesaufnahme 26

Gabriela Brunner, Dirk Bsonек, Dominik Bucher, Patrick Federer (begleitet von Matthias Drilling)

Projekte im schulischen Bereich zum Thema Rechtsextremismus – Bestandesaufnahme in der deutschen Schweiz 33

Astrid Rembges, Sachiko Rush, Vreni Nyffenegger, Steven Roth, Christoph Grandy (begleitet von Matthias Drilling)

Rechtsextremismus in der Schweiz: Medienwahrnehmung 37

Flavia Bonauer, Antonella Munafo, Alain Sasse, Andreas Vonlanthen (begleitet von Brigitta Gerber)

Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen 44

Diego Bittel, Kathrin Egger, Heide Kolb, Marie Ritzkowsky (begleitet von Miryam Eser Davolio)

Rechtsextremismus und Gemeinwesenarbeit: Welches sind ihre Ansprechpartner und wie geht sie vor? 51

Evelyn Schaub, Nadia Jermann, Jeannine Eichenberger (begleitet von Marco Storni und Martin Schmid)

Projektbericht „Solidaritätsnetz“:

Gemeinden brauchen Netzwerke gegen Rassismus und Rechtsextremismus 59

Urs Urech, Soziokultureller Animator und Projektleiter „Solidaritätsnetz“ von NCBI

Studien zu Verbreitung und Entwicklung des Rechtsextremismus sowie Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus: Beiträge zur Versachlichung des Diskurses über Rechtsextreme und des Dialoges mit Zugehörigen zur Szene 64

Franz Kohler, pms Kohler

Opferhilfe 66

Carlo Herger, Anita Koller, Giuseppe Pepe, Eva Schläfli, Max Senn (begleitet von Marco Storni und Martin Schmid)

Ausstiegshilfen aus der rechtsextremen Szene mit Schwerpunkt Elternarbeit 73

Andrea Pfister, Eveline Hänggi, Heidi Dreier, Hannah Märki (begleitet von Brigitta Gerber)

Literatur 82

RECHTSEXTREMISMUS UND SOZIALE ARBEIT IN DER SCHWEIZ

*Miryam Eser Davolio, Monique Eckmann und
Matthias Drilling*

AUSGANGSLAGE

Rechtsextremismus als eine Verbindung von Gewaltorientierung mit politischen Ideologien (Heitmeyer 1987) – organisiert oder auch nicht –, äussert sich in polarisierten Haltungen, dichotomen Denkweisen sowie sozialen Konflikten. Diese Haltungen zeichnen sich durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, übersteigerten Nationalismus; Demokratiedefizit und Gewaltbereitschaft aus, wobei der Glaube an die Ungleichheit die Gewalt gegen „Minderwertige“ legitimiert. Nebst der „harten Szene“, die von Skinheads dominiert wird, gibt es jugendliche Sympathisanten und Mitläufer, deren Anzahl schwer zu schätzen ist (Grünberg & Eckmann 1999). Erklärungen zu diesem Phänomen können nicht nur aus sozialpsychologischer Sicht erbracht werden (Eckert 1993), sondern müssen in Zusammenhang mit einem Umfeld gebracht werden, in dem eine zunehmende Banalisierung des rassistischen Diskurses (vgl. Eckmann 2002a) ein Klima schafft, das Rechtsextremismus nicht nur toleriert (Balibar & Wallerstein 1988), sondern dessen Diskurs sogar normalisiert (Altermatt & Kriesi 1995). Rechtsextremismus ist also nicht ein spezifisches Jugend-, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Das Niveau der rechtsextremen Gewalt in der Schweiz hatte zu Beginn der neunziger Jahre eine Grössenordnung erreicht, die nicht weit von derjenigen Deutschlands entfernt war. Die Zahl der dabei getöteten Menschen (13) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist, im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, in der Schweiz am höchsten (Altermatt/ Kriesi, 1995). Der harten Kern der schweizerischen Skinhead-Szene hat seit Mitte der 90er Jahre, vor allem in der Deutschschweiz konstant zugenommen und macht zwischen 800 und 900 Personen aus. Ein Trend zur zunehmenden Politisierung (vgl. Staatschutzbericht 2000/2001) sowie einer Radikalisierung und Zunahme von Gewalt der rechtsextremen

Szene in der Schweiz wird beobachtet (vgl. Marquis 1999). Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus in der Deutsch- und Westschweiz ist sehr ungleich, und kann nicht eindeutig auf dessen unterschiedliches Ausmass zurückgeführt werden. Auch in der Westschweiz, wo der Zuwachs als weniger gross eingeschätzt wird, finden sich neue Organisationen (Stutz 2001), die dem allgemeinen Trend der Politisierung zu folgen scheinen. Zudem bestehen in Grenzgebieten oftmals enge Kontakte zu radikalisierten Gruppierungen aus Nachbarländern.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich das Problem nicht nur auf inländische nationalistische rechtsextreme Gruppierungen beschränkt, wie etwa Skinheads (vgl. Grünberg & Eckmann 1999), sondern beinhaltet auch vielfältige Erscheinungsformen, welche in anderen Kontexten generiert wurden, wie z.B. kroatische Ustascha-Anhänger, nationalistische Serben, türkische Organisationen wie die „Grauen Wölfe“ sowie fundamentalistische islamistische Gruppierungen, welche sich vergleichbaren rechtsextremen Ideologien verpflichtet fühlen.

HANDLUNGSFELDER DER SOZIALEN ARBEIT BZGL. RECHTSEXTREMISMUS IN DER SCHWEIZ

Auch die SA/SP/A (als Abkürzung für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und soziokulturelle Animation) sieht sich vom Umgang mit Angehörigen dieser Gruppierungen gefordert und muss den Zugang zu diesen Jugendlichen suchen. Dies wird oft dadurch erschwert, dass ein entgegengesetztes Weltbild zwischen sozial Arbeitenden und rechtsextremen Jugendlichen besteht und diese wenig Vertrauen in Staat und halbstaatliche Institutionen haben. Massnahmen der SA/SP/A finden sich so im Spannungsbereich zwischen „freiwilliger“ Jugendarbeit und Strafvollzug, und umfassen ein breites Spektrum von Handlungsmodellen (Grünberg & Eckmann 1999).

Darüber hinaus muss das nähere Umfeld einbezogen werden: Mitschüler, Eltern, Lehrer, Lehrmeister, Gewerkschaften, Quartier oder Gemeinde. SA/SP/A verfügt also über ein breites Handlungsfeld im Hinblick auf Rechtsextremismus, aber meist nicht über ein genügendes explizites Instrumentarium.

Der Umgang der SA/SP/A mit dem Thema Rechtsextremismus schwankt zwischen Verdrängung, Banalisieren und Dramatisieren (vgl. Eckmann & Eser Davolio 2002,

2003); zudem gibt es oft wenig Fach- und Hintergrundwissen für Interventionen in diesem Bereich. Auch im Bildungsbereich bestehen keine expliziten Aus- und Weiterbildungsangebote der Schweizer Fachhochschulen im Bereich Rechtsextremismus. Einerseits stellt sich also die Frage warum Rechtsextremismus nicht vermehrt thematisiert wird, und andererseits muss überprüft werden, welche Interventions-Modelle aus anderen europäischen Ländern für die schweizerische Situation adaptierbar sind. Es ist hingegen eine Chance, dass SA/SP/A in der Schweiz weitgehend gemeinsam ausgebildet werden, da sie ein hohes Potential an Interdisziplinarität besitzen, was die Zusammenarbeit zwischen sozialpädagogischen und gemeinwesenorientierten Initiativen erleichtert.

DIE AKTUELLE DISKUSSION UM DIE URSACHEN VON RECHTSEXTREMISMUS

Soziale Faktoren

Erklärungsansätze, nach denen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im wesentlichen entweder ökonomisch oder politisch verursacht sind, wie z.B die These der Konkurrenz um knappe Güter (Miles 1989, Butterwegge 1992), Werteverfall und Risikogesellschaft (vgl. Beck 1986), Individualisierungsthese oder Sündenbock- und Manipulationstheorien werden zwar noch vertreten, repräsentieren aber einen veralteten Diskussionsstand (vgl. Kalpaka/ Rähzel 1993). So wurde denn die direkte Funktion der Erosion des soziokulturellen Milieus als wesentlicher Faktor für die Erklärung von Rechtsextremismus von verschiedenen Seiten bezweifelt (vgl. Döhmman/ Garcia/ Kratz 1989; Leiprecht 1990, 1993; Pinn 1991).

Denn Fremdenfeindlichkeit und rassistische Einstellungen scheinen weniger von eigenen Deklassierungs- und Desintegrationserfahrungen abzuhängen, als vielmehr von Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeiten und einer als illegitim wahrgenommenen Privilegierung ausländischer Bevölkerungsgruppen (vgl. Willems /Würtz /Eckert 1993).

Dieser Feststellung lässt sich auch das Resultat des Euro-Barometers 30 (in Zick 1997) anschliessen, wonach ‚fraternale Deprivationsbefürchtungen‘ die Ausbildung von Vorurteilen gegenüber Ausländern begünstigen, womit die Konkurrenzierung und Benachteiligung der Ingroup

(Inländer) durch die Outgroup (Ausländer) und weniger eigene Verlustängste gemeint sind. Die Befragung von Jugendlichen diesbezüglich zeigt, dass diese nur sehr selten eine unmittelbare oder direkte Konkurrenzsituation auf dem Wohnungs- oder Lehrstellenmarkt erlebt hatten (vgl. Leiprecht 1990). Insgesamt zeigt sich, dass soziale Faktoren einen sehr beschränkten Zusammenhang mit rechtsextremistischen Orientierungen aufweisen und immer im Zusammenhang mit persönlichkeitsbezogenen Variablen gesehen werden müssen (vgl. Eser Davolio 2000b).

Nach dem Befund der Bielefelder Rechtsextremismusstudie (vgl. Heitmeyer 1992) korrelieren weder Orientierungsschwierigkeiten, die Einbindung bezüglich Arbeit und Familie, noch das Selbstkonzept mit autoritär-nationalisierenden Sichtweisen. Einzig die instrumentalistische Arbeitsorientierung, das heisst, die vorrangige Orientierung an Geld, Aufstieg und Status, steht in einem signifikanten Zusammenhang mit rechtsextremer Einstellung.

Dies wiederum steht in engem Zusammenhang mit dem sogenannten ‚Wohlstandschauvinismus‘ (Leiprecht 1993, Hoffmeister & Sill 1992, Friedrich & Förster 1997). Darunter ist eine forcierte Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld zu verstehen, sowie eine unkritische Übernahme der Anforderungen der Eltern und des Leistungsprinzips, wobei die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für die Eigeninteressen reduziert werden. Aus diesem Hintergrund heraus wird die Abwehr gegen alle die begründet, die als leistungsunfähig gelten oder anscheinend ohne eigene Anstrengung versorgt werden (vgl. Hoffmeister & Sill 1992). Dafür spricht die Tatsache, dass die Eskalation rechtsextremer Gewalt nicht nur Flüchtlinge, Ausländer und Andersfarbige getroffen hat, sondern auch Behinderte, Homosexuelle, Obdachlose und Linke (vgl. Eser Davolio 2000c). Es geht folglich nicht um existentielle Ängste um Arbeit, Wohnung und Lebensperspektive, es wird lediglich die ängstliche Besitzstandswahrung zum Kampf um’s Überleben umgedeutet (vgl. Hoffmeister & Sill 1992).

Kontextuelle Faktoren

Auch die immer wieder genannte These, dass die Zunahme an Fremdenfeindlichkeit den Auswirkungen der

weltweiten Migration (vgl. Jäggi 1992) zuzuschreiben sei, ist empirisch nicht belegbar. So zeigt die Euro-Barometer-Studie (in Zick 1997), welche 1989 die Entstehungsmuster für Vorurteilsbildung in mehreren europäischen Ländern untersuchte, dass kein Zusammenhang zwischen Ausländerdichte und der Verbreitung von offenen und subtilen fremdenfeindlichen Vorurteilen nachgewiesen werden kann (vergleichbare Resultate hierzu aus den neuen Bundesländern siehe Schubarth 1991). Relevanter scheinen illusorische Korrelationen, die Personen zwischen der Grösse ethnischer Gruppierungen und stereotypen Merkmalen herstellen, zu sein. Denn gerade der mangelnde interkulturelle Kontakt kann eine wichtige Vorbedingung für die Entstehung von Vorurteilen darstellen (vgl. Zick 1997), wodurch das Konzept der „Heimat“ einen hohen Stellenwert erfährt (vgl. Rommelspacher 2002). Umgekehrt geht das Ausmass der Ablehnung fremder ethnischer Gruppen nachweisbar zurück, wenn die Mitglieder der beteiligten Gruppen miteinander in Kontakt kommen (vgl. Pettigrew & Tropp 2000). Auch die Forschungsergebnisse von Green, Strolowitch und Wong (1998) zeigen, dass Minderheitsangehörige in von Weissen dominierten Stadtteilen (bezogen auf New York) eher Opfer rassistisch motivierter Gewalt werden als in durchmischten Stadtteilen. Insbesondere waren rassistische Übergriffe häufig, wenn die von Weissen dominierten Stadtteile eben einen signifikanten Anstieg des Minderheitenanteils in der Wohnbevölkerung erfahren hatten. Sie ziehen daher die Schlussfolgerung, dass rassistische Gewalt nicht auf ökonomische Frustrationen oder Ungleichheit zurückzuführen sei, sondern vielmehr als Verteidigung des als von der Mehrheit als ihr Territorium wahrgenommenen Stadtteils zu interpretieren sei. So ist denn oft festzustellen, dass durch die Fokussierung der Gewalt auf den rechten Rand der Gesellschaft, die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft – in Form struktureller Gewalt – aus dem Blick gerät, welche die Gleichberechtigung der eingewanderten Bevölkerung vorenthält, Ausländerkriminalität als Aufhänger für ihre Fremdenfeindlichkeit benützt und die Abschiebung von Flüchtlingen verlangt (vgl. Hamburger 1993).

Der Faktor Gender

In allen Untersuchungen über rechtsextremistische Jugendgewalt sind es die 14 bis 25jährigen männlichen Ju-

gendlichen, die dominieren (vgl. Schenk 1993, Willems/Würtz/ Eckert 1993, Friedrich, 1994 Pommerenke 1994). Mädchen sind durchgängig weniger fremdenfeindlich eingestellt als Jungen, urteilen kritischer und sind deutlich distanzierter gegenüber gewaltförmigen Positionen (vgl. Birsl 1994, Fend 1994, Heitmeyer 1987, Müller/Schubarth 1992).

Diese Befunde können dahingehend kritisiert werden, als dass sie sich in erster Linie auf öffentlichkeitswirksames und offensiv-aggressives Verhalten oder Verhaltensdispositionen konzentrieren, womit hauptsächlich junge Männer in den wissenschaftlichen Blickwinkel geraten (vgl. Stehnke 1993). Die damit korrespondierenden ‚weiblichen‘ Verhaltensmuster und Einstellungen, die informellen Ebenen des alltäglichen Handelns, die sich ebenfalls ausländerfeindlich, rassistisch und auch gewalttätig im privaten Bereich manifestieren können, werden dabei nicht wahrgenommen. Gerade in rechtsextremistischen Gruppierungen übernehmen Mädchen die traditionelle Frauenrolle und wirken nur im Hintergrund, bringen den rechtsextremen Positionen und Handlungen aber kaum Distanz oder Ablehnung zum Ausdruck (vgl. ebd.). Im Sinne des Mottos „Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen“ (Oltmann 1990), können es sich Frauen offenbar leisten, die gewalttätige Umsetzung zu delegieren.

So müssen auch folgende relativierenden Befunde einbezogen werden:

Eine nach Geschlecht differenzierte Faktorenanalyse zum Rechtsextremismus-Syndrom ergab einen ausgeprägten Konservatismusfaktor bei Mädchen, welcher durch autoritäre, patriarchalische, sozialdarwinistische und biologistische Orientierungen konstituiert wird (vgl. Müller/Schubarth 1992).

Die Geschlechtszugehörigkeit ist kein Indikator für die Bereitschaft subtile Vorurteile zu äussern, doch zeigen weibliche Befragte mehr Distanz zu offenen Vorurteilen und weniger Antipathie gegenüber ethnischen Minderheiten (vgl. Zick 1997).

Frauen mit geringer Konfliktfähigkeit angesichts der widersprüchlichen weiblichen Rollenerwartungen neigen eher zu rechtsextremistischen Einstellungen, als solche, die sich kompetenter und differenzierter damit auseinandersetzen können (vgl. Siller 1997).

Rechtsextremistische Gruppierungen sind für junge Frauen meist unattraktiv, denn diese sind von Männlich-

keitskult und Chauvinismus geprägt (vgl. Eser Davolio 2001b). Forderungen nach einer Wiederbelebung der traditionellen Frauenrolle wirken auf die meisten Mädchen wenig anziehend, abgesehen von solchen, die sich mit der modernen Frauenrolle nicht anfreunden können. Sprechen Mädchen auf die Politikangebote rechtsextremistischer Gruppen an und werden sie Mitglied, so bleibt es oft bei einer Mitläuferinnenrolle (vgl. Rommelspacher 2001b)

Nach den Befunden von Utzmann-Krombholz (1994) zur Verbreitung fremdenfeindlicher und autoritärer Einstellungen unter Mädchen lassen sich zwei Typen unterscheiden:

zum einen ein sehr Ich-starker fremdenfeindlicher Frauentypus, der typischerweise eine aktive Rolle in rechtsextremen Gruppierungen spielt und ein explizit antitraditionalistisches Frauenbild vertritt; zum anderen ein überdurchschnittlich Ich-schwacher fremdenfeindlicher Frauentypus, der allenfalls am Rande Mitglied einer rechtsextremen Gruppe ist, und ein modernes Frauenbild aufweist.

Rechtsextremismus bei Mädchen bedeutet folglich etwas anderes als bei Jungen, er ist bei ihnen eher Ausdruck der Angst, der Überidentifikation mit dem Staat und der Erwachsenenorientierung, während er bei Jungen eher deviante Züge trägt (vgl. Fend 1994).

Mädchen weisen ein grösseres Vermögen an Mitgefühl und sozialer Nachdenklichkeit auf. Auch haben sie keine so ausgeprägte Tradition der Gruppenorientierung wie ihre männlichen Altersgenossen, was ebenfalls einen Hinweis für ihre geringere Anfälligkeit geben kann (vgl. Kersten, 1993). Männliche Jugendliche mit rechtsextremistischer Orientierung weisen ein signifikant stärker ausgeprägtes Männlichkeitsdenken auf, als solche, die sich gegenüber derartigen Orientierungen distanzieren (vgl. Eser Davolio 2000a).

Die männliche Peer-Group wird für nicht wenige Jugendliche zum Übungsfeld für Ausländerfeindlichkeit (vgl. Böhnisch & Winter 1993) und begünstigt als Initiation der Herrschaft von Männern über Männer eine strikte Innen-Aussen-Schematisierung (vgl. Erb 1994).

Mädchen und Jungen scheinen demzufolge unterschiedliche Zugangsformen zu rechtsextremistischen Orientierungen zu haben. Das bedeutet, dass politische Einstellungen auch mit dem Zugang zu persönlichen Ressourcen zusammenhängen (vgl. Shell Studie 2000)

RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALTAKZEPTANZ

Gewaltbereitschaft im Sinne der Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Herstellung der „natürlichen“ Ordnung der Stärkeren, gepaart mit der Ideologie der Ungleichheit, die die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen betont und zu einer Ausgrenzungsmentalität gegenüber Andersartigen führt, machen die rechtsextremistische Orientierung aus (vgl. Heitmeyer 1992).

Bei rechtsextremer Jugendgewalt darf nicht übersehen werden, dass diese nicht in erster Linie ein Jugendproblem und auch nicht auf Fremdenfeindlichkeit zu beschränkt ist, sondern letztlich ein Indikator dafür ist, dass in der Bevölkerung insgesamt die Zahl derer zunimmt, die rassistische und wohlstandschauvinistische Positionen vertreten (vgl. Kuhnke 1995). Fremdenfeindlichkeit ist folglich lediglich ein Bestandteil von Rechtsextremismus, der aber rassistische/ethnozentrische und nationalistische Aus- und Abgrenzungslogiken fördern und verstärken kann.

Dabei muss auch die Rolle der Medien miteinbezogen werden, denen ein enger Zusammenhang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen nachgewiesen werden kann (vgl. Neureiter 1996), wobei auch kontraindentionale Effekte auftreten können (vgl. Bergmann 1994). So bewirken sie meist eine verstärkte Problemwahrnehmung und eine Zunahme der Ablehnungsreaktionen (Leenen 1992). Dies wiederum kann gewaltbereite Gruppen legitimieren, stellvertretend für die örtliche Bevölkerung Gewalt gegen Zuwanderer auszuüben (vgl. Willems 1993).

Der Legitimationsdruck wird umso geringer je mehr sich das öffentliche Meinungsklima bezüglich der Ausländerproblematik und der politischen Polarisierung insgesamt verschärft. Die Bedeutung situativer Faktoren für Gewalthandlungen in diesem Zusammenhang steht bei verschiedenen Befunden im Vordergrund (vgl. Böhnisch u.a. 1992). So zeigt sich z.B. bei der Analyse rechtsextremer Straftaten (vgl. Merkel 1993), dass solche Gewalttaten meist ungeplant sind und sich die Jugendlichen sehr spontan dazu entschlossen (vgl. auch Markus 1995).

Bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten handelt es sich bei 90 Prozent um Gruppendelikte (vgl. Willems 1993). Nur 5 bis 10 % der Anschläge gehen auf das Konto organisierter Rechtsextremer. Viele der Täter rutschten in einen schleichenden, im Vorfeld schwer erkennbaren

Rechtsextremismus, weshalb sie nicht von einem tiefsitzenden rechtsextremistischen Weltbild geprägt sind. Sie fühlen sich gesellschaftlich nicht ausgegrenzt, sondern als „Avantgarde einer breiteren Bewegung“ (vgl. Pommerenke 1994).

Mit fortschreitendem Alter wenden sich die heranwachsenden Männer zunehmend von ihrer Peer-Group ab, und dementsprechend rückläufig ist die direkte Gewaltanwendung, denn fehlt ein Meinungsklima, das ihre Überzeugungen stützt, kann dies zu einem Nachlassen der Radikalität führen (vgl. Noelle-Neumann/ Ring 1984). Mit der bürgerlichen Integration können sich denn auch die meisten Jugendlichen Gewaltaktivitäten ihres Bildes in der Öffentlichkeit wegen nicht mehr leisten. Eine Abnahme der Fremdenfeindlichkeit findet aber keineswegs statt, es kommt nur zu einer Verlagerung, nämlich zur Forderung nach fremdausgeübter Gewalt. Diese Umformung der Gewaltakzeptanz in strukturelle Gewalt bietet den Vorteil, sich nicht selbst exponieren und damit strafrechtlicher Verfolgung aussetzen zu müssen (vgl. Heitmeyer 1992).

Die Auffälligkeit von rechtsextremistischen Gruppierungen soll nicht über die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft in Form von Forderungen struktureller Gewalt hinwegtäuschen.

FAZIT DER URSACHENFORSCHUNG

Bezüglich der sozialen Faktoren scheinen in erster Linie Kontextvariablen und weniger soziale Deprivierung für die Entstehung rechtsextremer Orientierungen verantwortlich zu sein. Im weiteren sind speziell was die Gewaltausprägung betrifft die Gender- und Peer-Group-Dimension relevant. Folglich müssten auch erfolgversprechende Interventionen an diesen drei Punkten „Kontext, Gender und Peer group“ ansetzen.

METHODEN DER SOZIALEN ARBEIT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Im Hinblick auf die zahlenmäßig doch beachtliche Präsenz von Rechtsextremismus ist es erstaunlich, dass das Thema in der SA/SP/A sich durch eine gewisse Randständigkeit auszeichnet, während z.B. in anderen Ländern (z. B. Deutschland, Schweden, Norwegen, GB) die-

sen Problemen mehr Beachtung geschenkt wird und dank der öffentlichen Unterstützung verschiedenster Initiativen eine Projektvielfalt existiert. Diese Innovationsbereitschaft führt zu lebhaften Debatten über Interventionsansätze.

In Frankreich jedoch, trotz zahlreicher philosophischen und soziologischen Ansätze zum Thema, besteht nur eine marginale Debatte zu sozialpädagogisch relevanten Konzepten, was auf den Hintergrund der republikanischen und universalistischen Haltung zurückzuführen ist, in der jedes Unterscheiden dem Vorwurf der Diskriminierung ausgesetzt ist. Die unterschiedlichen Bezugsrahmen beeinflussen die ungleichen Zugänge zur Problematik zwischen West- und Deutschschweiz.

Die bisherige Eingrenzung des Rechtsextremismus auf ein „Jugendproblem“ einerseits und die Ursachenorientierung hinsichtlich defizitärer Lebenslagen andererseits hatte weitreichende Konsequenzen in Hinblick auf die Interventionsstrategien. So wurde der Rechtsextremismus oftmals pädagogisiert oder psychologisiert, wenn nicht gar pathologisiert, indem versucht wurde mit therapeutischen Massnahmen entgegen zu wirken. Zudem hat diese Problemorientierung auch zu einer Focussierung auf die Täter geführt, während die Opfer weitgehend aus dem Blickfeld gerieten.

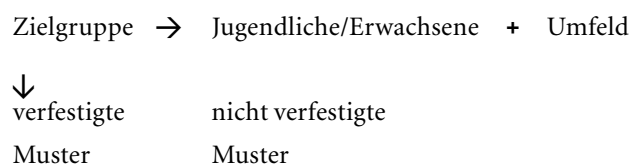
So ist beispielsweise die „akzeptierende Jugendarbeit“ (Krafeld 1996), welche die rechten Jugendlichen nicht ausgrenzen sondern annehmen und ernst nehmen wollte, nur dann sinnvoll, wenn sie sich nicht an eine im sozialen Umfeld anerkannte oder sogar dominante Gruppe richtet (Scherr 2001). Sonst weist sie eine negative Bilanz auf, wenn bei diesem Ansatz die Vorzeichen des gesellschaftlichen Kontexts zu wenig berücksichtigt werden. Denn in einem Umfeld, in dem Rechtsextremisten sowieso akzeptiert und gestützt werden, gerät auch eine akzeptierende Jugendarbeit in den Ruf, rechte Tendenzen zu fördern, speziell dann, wenn die „politische Sensibilität“ bei den JugendarbeiterInnen fehlt (vgl. Krafeld 2000). Folglich ist cliquenorientierte akzeptierende Arbeit nur dann sinnvoll, wenn rechtsextremistische Gruppierungen in ihrem lokalen Zusammenhang marginalisiert sind (vgl. Scherr 2002). Dadurch wird deutlich, dass der Sinn und die Erfolgsaussichten sozialpädagogischer Interventionen nur unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Kontextbedingungen beurteilt werden können (vgl. ebd.).

Deshalb drängt sich aufgrund dieser Ausgangslage eine problemzentrierte Gemeinwesenarbeit auf, welche alle Akteure, Beteiligte und Unbeteiligte, einbezieht, da sie alle für das Rechtsextremismussyndrom „mitverantwortlich“ sind und nur gemeinsam Handlungsstrategien, welche dauerhaft Rechtsextremismus und Gewalt vermindern, entwickeln und tragen können.

Umfassende Interventionen können, wie die Evaluation des CIVITAS Programms zeigt, zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen beitragen, indem sie sich gegen Normalisierung von rechtsextremen und rassistischen Tendenzen richten (vgl. Rommelspacher 2001).

Es lässt sich eine ganze Abstufung von wenig ideologiebelasteten bis verfestigten rechtsextremistischen Mustern ausmachen (vgl. Willems/Würtz & Eckert 1993). So können rechtsextremistische Gewalttaten unter Umständen ideologisch wenig bis kaum untermauert sein und mehr einem Aktionsbedürfnis entspringen, welche sich gegen die naheliegendsten und verwundbarsten Opfer, wie dies etwa ausserhalb der Wohnzone untergebrachte AsylbewerberInnen darstellen, richten. Umgekehrt kann ideologisch untermauerte Fremdenfeindlichkeit, wie sie vorab von Erwachsenen vertreten wird, zwar keine direkte Gewaltausübung beinhalten, aber sehr wohl einschneidend für die Opfer sein, wenn es z.B. um die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen geht.

Alle diese kontextualen Faktoren gilt es folglich mitzubedenken. Bei einer derartigen Problembetrachtung geraten konsequenterweise ganz andere Zielgruppen ins Blickfeld, als die bis anhin fokussierten rechtsextremistischen Jugendlichen mit soziale Problemlagen, welchen man mit psychologisierten Interventionsansätzen beikommen wollte. Solche Jugendlichen müssen in Interaktion mit ihrem Umfeld als komplexes und tieferreichendes Phänomen gedeutet werden und können unter Umständen Symptomträger ihres Umfelds sein. Somit gerät der Kontext, das Milieu und der meinungspolitische Mainstream in seiner lokalen und regionalen Verhaftung ins Zentrum. Vereinfacht dargestellt zeigt sich die Problematik folgendermassen:



Aus diesen Überlegungen lassen sich zwei Achsen konstruieren: auf der ersten Achse geht es um unterschiedliche Ausprägungen rechtsextremistischer Orientierungen bezüglich Jugendlicher oder anderer Akteure, auf der zweiten um den Toleranzcharakter des sozialen Umfelds. Diese zwei Achsen ergeben folgende vier Präventions- und Interventionsfelder:

Variable Akteure:	Rechtsextremistische Akteure ohne verfestigte Muster	Rechtsextremistische Akteure mit verfestigten Mustern
Kontextvariablen:		
Umfeld: Offen und tolerant	+ / + (I)	+ / - (II)
Umfeld: Rassistisch, nationalistisch	- / + (III)	- / - (IV)

Die Markierungen mit +/- sind als Kennzeichnung eines mehrheitlich offenen und toleranten Klimas (+), respektive eines mehrheitlich rassistischen und nationalistischen Klimas (-) zu interpretieren, während das Minus (-) bei den rechtsextremen Akteuren verfestigte Muster und das Plus (+) nicht verfestigte Muster bezeichnet. Das

Plus und Minus auf den beiden Achsen ist als Kontinuum mit fließenden Übergängen zu verstehen. Für jedes spezifische Feld ist aufgrund der Wechselwirkungsprozesse zwischen den beiden Akteuren Jugendliche/ Umfeld ein unterschiedlicher Interventionsansatz, der diesen Voraussetzungen Rechnung trägt, gefragt. An

dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die Kategorie der rechtsextremistischen Akteure auch Erwachsene einschließen kann.

J.-F. Krafeld (1992) unterscheidet bezüglich möglichen Interventionsmodellen folgende drei Stufen: Prävention, Eingrenzung, Deeskalation.

Wir gehen von der Hypothese aus, dass jedes Feld bezüglich seiner eigenen Dynamik ein adäquates Vorgehen benötigt, und dass spezifische Ausrichtungen der Interventionsstrategien gelten:

I. „Prävention und Dialog“, weil sowohl die Jugendlichen als auch ihr Umfeld vorwiegend tolerant eingestellt sind, macht am ehesten ein präventiver Ansatz, der durch Sensibilisierung eine weitere Distanzierung von fremdenfeindlichen Positionen begünstigt, Sinn.

II. „Akzeptierende Jugendarbeit“, da die rechtsextremen Jugendlichen in ihrem Umfeld auf Unverständnis und Ablehnung stossen, eignet sich ein akzeptierender Ansatz, der sie ernst nimmt und ihre spezifischen sozialen Problemlagen angeht.

III. „Minderheiten im Kontext stärken“, um durch eine Sensibilisierung der Mehrheit und weniger der Jugendlichen eine bessere Akzeptanz von Minderheiten, die ein solches intolerantes Klima am meisten zu spüren bekommen, zu erreichen.

IV. „Deeskalation und Empowerment sowie gezielte Opferhilfe“, da auf Seiten der Jugendlichen Gewaltprozesse deeskaliert, auf Seiten der Bevölkerung Multiplikatoren und Entscheidungsträger mobilisiert und sensibilisiert sowie gleichzeitig den Minderheiten und möglichen Opfern Hilfe und Unterstützung angeboten werden müssen.

Letzteres Feld ist sicher das Schwierigste für eine erfolgreiche Intervention, da sich die beiden negativ geladenen Komponenten, nämlich Jugendliche und Umfeld, gegenseitig aufladen und stützen. Somit braucht es zunächst eine vertiefte Problemsituierung und Analyse der Situation bevor mit überlegten Schritten erste Kontakt- und Ankerpersonen angesprochen und hinsichtlich der Problemwahrnehmung sensibilisiert werden können. Dabei müssen viele verschiedene Ebenen miteinbezogen und jeweils spezifisch empowert werden, wie etwa soziale Entscheidungs- und Funktionsträger, Minderheiten, potentielle Opfer, Eltern, Jugendliche etc..

Rechtsextremismus wird folglich nicht in erster Linie als ein Jugendproblem definiert, sondern als Problem der

gesamten Gesellschaft gedeutet. Demzufolge muss auch die Intervention das ganze Umfeld einbeziehen. Nach einer genauen Analyse der rechtsextremistischen Szene vor Ort werden die politischen und sozialen Verantwortungsträger über die Erscheinungsformen, Ursachen und Hintergründe des Rechtsextremismus aufgeklärt und es werden argumentative Kompetenzen vermittelt, wodurch die Konfliktlösungskompetenz und die Demokratiefähigkeit bei allen Beteiligten gestärkt werden sollen, im Sinne eines Empowerments. Zudem wird durch den Einbezug der Opfer oder potentieller Opfergruppen das Spektrum der Intervention erweitert und differenziert, was unter Umständen einen Entsolidarisierungsprozess mit den Tätern auslösen kann. Denn Gemeinden mit ausgeprägtem Rechtsextremismussyndrom finden sich meist in ländlichen Regionen mit geringem Ausländeranteil, folglich fehlt oftmals die Auseinandersetzung mit Fremdheit und Differenz in einer pluralisierten Lebenswelt. Umso wichtiger ist somit eine Befähigung zum respektvollen, empathischen Umgang mit „Fremden“.

RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND RECHTS-EXTREMISMUS – BEGRIFFLICHKEITEN

Julia Kapp, Lukas Ziegler, Salomé Imboden,
Claudio Bäggli (begleitet von Marco Storni und
Martin Schmid)

RASSISMUS

Heitmeyer geht in seinen Studien über Rassismus von der Desintegrationstheorie aus. Diese besagt: „...dass Menschen in modernen Gesellschaften mit einer strukturell ambivalenten Situation konfrontiert sind. Einerseits bietet die Gesellschaft mit ihren differenzierten Teilsystemen, ihren pluralisierten Werten und Normen sowie Möglichkeiten zu einer individualisierten Lebensführung ein breites Spektrum an Chancen zur Selbstverwirklichung und Existenzsicherung. Andererseits verweisen Strukturkrisen, u.a. in Form von Verfestigungen oder Verschärfungen sozialer Ungleichheit, Regulationskrisen in Gestalt von Sinnlosigkeitserfahrungen oder auch Kohäsionskrisen als Ausdruck von Labilisierung oder Auflösung sozialer Beziehungen immer auch auf prekäre Situationen für Einzelne oder ganze Teilgruppen“ (Heitmeyer 2002, S. 37).

Woher kommt der Ausdruck Rassismus und was bezweckt er? Nach Heitmeyer (2002, S. 17) betrifft Rassismus „die Betonung des ‚Eigenen‘ und des ‚Fremden‘. Es geht um die ‚Ingroup‘ und die ‚Outgroup‘ und in unserem Zusammenhang um deren Verabsolutisierung. Die Theorie sozialer Identität belehrt uns darüber, dass gerade in Zeiten breiter Verunsicherung eine neue surrogative ‚Sicherheit‘ darin gesucht wird, dass eine Aufwertung der Eigengruppe, also *Überlegenheit*, mit einer *Abwertung* von Fremdgruppen einhergeht, die *Unterlegenheit* erzeugen soll“. In seiner Definition verdeutlicht Heitmeyer nochmals seine Überlegungen. „Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf der Basis konstruierter ‚natürlicher‘ Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen. Es ist der Versuch, eine Do-

minanz gegenüber Gruppen auszuüben, die u.a. auch an biologischen Unterschieden festgemacht werden“ (Heitmeyer, 2002, S. 20).

Für Memmi (1992, S. 165) „stützt sich die rassistische Anklage bald auf einen biologischen und bald auf einen kulturellen Unterschied. Einmal geht sie von der Biologie, dann wieder von der Kultur aus, um daran anschließend allgemeine Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Persönlichkeit, des Lebens und der Gruppe des Beschuldigten zu ziehen. Manchmal ist das biologische Merkmal nur undeutlich ausgeprägt, oder fehlt ganz“.

In diesem Sinne geht Memmi von einer anderen Theorie aus als Heitmeyer. Für ihn sollte der Begriff Rassismus nochmals überdacht werden, weil es besser wäre ein anderes Wort oder eine andere Wendung dafür zu benutzen. Memmi schlägt hierfür die Bezeichnung Ethnophobie vor (Memmi, 1992, S. 166).

FREMDENFEINDLICHKEIT

Frindte (1999, S. 16) erklärt das „Fremde“ folgendermaßen: „Es gibt keine objektiven Kriterien für Fremdsein. Dem Prozess, etwas oder jemanden als ‚fremd‘ zu bezeichnen, liegt immer eine individuelle oder soziale Konstruktion, oder Kategorisierung zugrunde. Mit anderen Worten: Es sind einzelne Menschen oder menschliche Gemeinschaften, die bestimmen, was ihnen fremd ist oder fremd erscheint“.

In ihren Studien geht Frindte von einem sozial konstruktivistischen Ansatz aus. Das heisst, dass fremdenfeindliche, antisemitische und gewaltbezogene Einstellungen soziale Konstruktionen sind. Menschen widerspiegeln nicht einfach die Welt in der sie leben, sie konstruieren sich eine praktisch zu bewältigende Welt auf dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen. Für Frindte gehört die Fremdenfeindlichkeit zu solchen sozialen Konstruktionen, welche der Mensch im sozialen Austausch, in verschiedenen sozialen Gemeinschaften und unter verschiedenen sozialen Verhältnissen erzeugt und weitergibt (Frindte, 1999, S. 20).

Frindte (1999, S. 20) definiert Fremdenfeindlichkeit folgendermaßen: „Unter Fremdenfeindlichkeit verstehen wir solche sozialen Konstruktionen, mit denen sich die Mitglieder sozialer Gruppen oder Gemeinschaften nach aussen abzugrenzen versuchen, indem sie die eigene

Gruppe oder Gemeinschaft aufwerten, andere Gruppen oder Gemeinschaften abwerten und die so konstruierten Unterschiede zwischen ihren Gruppen und relevanten Fremdgruppen als selbstverständlich und naturgegeben ansehen“.

Frindte umschreibt unter anderem drei Arten der Fremdenfeindlichkeit:

- 1) Die Fremdenangst: die Einheimischen sehen die eigenen Lebensräume bedroht.
- 2) Die assimilatorische Fremdenfeindlichkeit: die Einheimischen verlangen vom Fremden die vollständige Anpassung und das Einhalten der Regeln, ansonsten werden die Fremden abgewertet.
- 3) Die eliminatorische Fremdenfeindlichkeit: die Einheimischen sehen den Fremden als Gegner und Feind, den man mit Gewalt am Eindringen in das eigene Land hindern muss (Frindte, 1999, S. 19).

Woher stammt der Begriff Fremdenfeindlichkeit und was will dieser Begriff in der heutigen Zeit aussagen? Hierzu eine Definition von Jaschke (1994, S. 62): „Der Begriff der Fremdenfeindlichkeit löst im wissenschaftlichen wie auch im öffentlichen Sprachgebrauch mehr und mehr den älteren Begriff der Ausländerfeindlichkeit ab. Er erinnert an jene den politischen Ausformungen historisch vorangehenden, anthropologisch begründbaren Ängsten der Einheimischen vor den Fremden, die sich noch heute in der Vorsicht vor unbekanntem Personen wiederfinden. Von daher sind Skepsis, Reserviertheit, Voreingenommenheit, Vorsicht und Angst zunächst einmal natürliche, universell gültige Verhaltensmuster. Der Begriff ‚Fremdenfeindlichkeit‘ bezieht sich heute auf die latent ablehnende, aber auch die öffentlich demonstrierte aggressive Abwehr des Fremden und eine Politik der Abschottung von Lebensräumen“.

Jaschke's Begriffsverständnis geht von Konfliktstrukturen aus, die von ethnischen Erklärungen und Hierarchien überlagert sind. Konfliktstrukturen die, nicht zwischen In- und Ausländern sondern zwischen den Ethnien verlaufen. Für ihn bedeutet Fremdenfeindlichkeit auch immer einen Protest gegen das Fremde, „gegen das Tempo und die sozialen Verwerfungen von Modernisierungsprozessen“ (Jaschke, 2001, S. 64).

FAZIT

Einerseits wird Fremdenfeindlichkeit aus dem Blick der konstruierten Wirklichkeit betrachtet, welche das Leben bestimmt und somit auch den Umgang mit dem Fremden. Andererseits definiert Jaschke Fremdenfeindlichkeit auf einem historisch begründeten und auf ethnischen Konfliktstrukturen basierendem Hintergrund. Beide Begriffsklärungen tragen aus unterschiedlichen Sichtweisen zu einem verbesserten Verständnis der Fremdenfeindlichkeit bei und sind darum wichtig.

Fremdenfeindlichkeit findet also in Gedanken, Gefühlen, Meinungsäußerungen und in politischen Systemen statt. Das Konstrukt des Fremden wird abgewertet, um sich von ihm abzugrenzen. Die fremde Person wird zum Teil sehr aggressiv abgelehnt, sie muss sich dem neuen Lebensraum und der neuen Kultur anpassen und unterordnen. Ihr werden oft nicht die gleichen Dinge zugesprochen wie dem eigenen Volk.

Dies geschieht nach Jaschke aus einem Konkurrenzverhalten heraus.

„Hinter der Fremdenfeindlichkeit verbirgt sich die Unsicherheit über das Zusammenleben in einer Gesellschaft, die sich offiziell als ethnisch homogene Gemeinschaft der Deutschen versteht, faktisch aber in den Ballungsräumen der alten Bundesländer längst zu einer multikulturellen Gesellschaft geworden ist“ (Jaschke, 2001, S. 176).

Frindte spricht zudem von unterschiedlichen Ebenen, auf denen soziale Konstruktionen über Fremde entstehen können. Auf der Ebene der Möglichkeitsräume lassen sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausfindig machen, welche Konstruktionen über Fremde ermöglichen. Die Ebene der Bedeutungsräume gibt den Interpretationen sowie der Kommunikation von und über Fremde ihre Bedeutung. Auf dieser Ebene wird darüber bestimmt, ob das Fremde als Bedrohung oder als Bereicherung gesehen wird. Auf der Ebene der Interaktionsräume können fremdenfeindliche Konstruktionen praktiziert und als Gruppengewalt gelebt werden, hier treffen die Täter und Opfer unmittelbar aufeinander. Er fügt zudem an, dass diese sozialpsychologischen Theorien vor dem Hintergrund eines metatheoretischen Rasters anzuwenden sind (Frindte, 1999, S. 35).

RECHTSEXTREMISMUS

Zur Problematik des Rechtsextremismusbegriffs schreibt Luzar in ihrer Diplomarbeit, dass sich bis heute in den Sozialwissenschaften keine gemeinsame Definition des Begriffs Rechtsextremismus findet, wohl aber eine Vielzahl von Versuchen, eine solche zu formulieren, wobei die meisten Definitionen unvermittelt nebeneinander stehen (Luzar, 2002, S. 9).

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird seit 1974 verwendet, nachdem bis dahin von „Rechtsradikalismus“ die Rede war.

Ein weit verbreiteter Ansatz den Rechtsextremismusbegriff zu definieren, stammt von Wilhelm Heitmeyer. Er besteht darauf, dass Rechtsextremismus nicht ein Problem von Randgruppen ist, sondern im Zentrum der Gesellschaft entsteht.

Heitmeyer sieht im Begriff „Rechtsextremismus“ einige analytische Schwächen, wenn er zu eng an seinen Entstehungszusammenhang gebunden bleibt. Für Heitmeyer war der Begriff zu politisch geprägt. Heitmeyer wehrt sich gegen diese einseitige Begriffserklärung. Für ihn gehören zwei wichtige Fragestellungen zum Begriff des Rechtsextremismus. Es sind dies die Fragen nach dem ökonomischen und sozialen Kontext. Heitmeyer geht vom Begriff des „soziologischen Rechtsextremismus“ aus, damit der Begriff weiter umfasst werden kann. Zu den Grundelementen von rechtsextremen Orientierungsmustern gehört der Angriff auf die Gleichheit der Menschen, verbunden mit sozialer, psychischer, oder physischer Ausgrenzung bzw. Vernichtung (Heitmeyer, 1995, S. 15).

Heitmeyer geht von zwei Grundelementen aus. Es kann dann von rechtsextremistischen Orientierungsmustern gesprochen werden, wenn beide Elemente zusammenfließen.

Das eine Grundelement ist die Ideologie der Ungleichheit der Menschen als zentrales Kernstück von rechtsextremistischen Politikkonzepten. Dazu gehören: Nationalistische Selbstübersteigerung, rassistische Sichtweise/Fremdenfeindlichkeit, Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben, Betonung des Rechtes des Stärkeren, Ausgrenzung des „Andersseins“.

Das zweite Grundelement ist die Gewaltperspektive und die Gewaltakzeptanz als Kernstück politischen Verhaltens. Dazu gehören: Ablehnung rationaler Diskurse, Be-

tonung des alltäglichen Kampfes ums Dasein, Ablehnung demokratischer Regelungsformen von sozialen und politischen Konflikten, Betonung autoritärer und militaristischer Umgangsformen und Stile, Gewalt als normale Aktionsform zur Regelung von Konflikten.

Für Heitmeyer ist die Koppelung verschiedener Elemente aus beiden Bereichen wichtig, wenn von rechtsextremistischen Orientierungsmustern gesprochen wird (Heitmeyer, 1995, S. 15–16).

Gemäss Jaschke scheint die Definition von Heitmeyer geeignet, Lebenslagen und Lebenswege Jugendlicher aus sozialisationstheoretischer Sicht zu untersuchen. Jaschke kritisiert aber, dass die Brücke zu anderen Begriffsdimensionen nicht mehr möglich ist. Der Begriff von Heitmeyer zielt zwar auf jugendliche Lebenswelten, doch sei es unmöglich, mit seinem Begriffsverständnis die Praxis der staatlichen Institutionen sowohl im Bereich der inneren Sicherheit wie im Bereich der politischen Bildung angemessen zu kritisieren. Der Ansatz von Heitmeyer habe aber der empirischen Jugendforschung theoretisch und methodisch reflektierte Wege geöffnet (Jaschke, 2001, S. 176).

Jaschke möchte mit der Definition des Begriffs „Rechtsextremismus“ die Möglichkeit haben, die Praxis der staatlichen Institutionen im Bereich der inneren Sicherheit und im Bereich der politischen Bildung angemessen kritisieren zu können. Für Jaschke ist der Rechtsextremismus auch eine weltaunerschaulich fundierte politische Ideologie sowie ein verfassungstheoretisches, für justizielles und administratives Handeln sehr folgenreiches Konstrukt. In seiner Analyse berücksichtigt er auch diese Bereiche (Jaschke, 2001, S. 29).

Für Jaschke ist es wichtig, dass die Sozialwissenschaft den Begriff aufnimmt, um im Spiel zu bleiben, damit gegen den organisierten Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus Argumente gefunden werden können (Jaschke, 2001, S. 30).

„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den

Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke, 2001, S. 30).

FAZIT

Heitmeyer und Jaschke setzen offensichtlich unterschiedliche Schwerpunkte in Bezug auf den Rechtsextremismus-Begriff. Während für Heitmeyer ein zentrales Element des „Rechtsextremismus“ der Angriff auf die Gleichheit der Menschen, verbunden mit sozialer, psychischer oder physischer Ausgrenzung bzw. Vernichtung beinhaltet, setzt Jaschke den Schwerpunkt so, dass der Begriff politisch und verfassungstheoretisch benutzt werden kann.

Der Rechtsextremismusbegriff hat sich offensichtlich in den Sozialwissenschaften durchgesetzt. Es zeigen sich aber grosse Unterschiede in der Begriffsbestimmung und in der Begriffsverwendung. Darum scheint es empfehlenswert zu sein, die Haltungen und Grundlagen, im Bezug auf die Verwendung, zu prüfen.

GEWALT

Im folgenden Abschnitt wird versucht, den Gewaltaspekt im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu erläutern. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf der Definition von Gewalt, sondern wird durch die Motivationen von Gewalttaten und deren Tätertypen erweitert.

„Gewalt, vor allem mit tödlichen Folgen, stellt die finale Form von Machtaktionen dar. Die Vorformen der Gewalt sind vielfältig. Sie beginnen bei der *Abwertung*, können sich in *Abwehr* manifestieren, in *Diskriminierungen* ausdrücken und zu *Ausgrenzungen* von einzelnen Menschen allein schon aufgrund von faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit führen. Die Vorformen der Gewalt gehören regelmässig auf die Tagesordnung jeder Gesellschaft“ (Heitmeyer 1989, S. 15–16). Heitmeyer unterscheidet Gewalt und Vorformen der Gewalt. Gemäss Definition zählt er nur Taten, bei welchen der physische Körper zu Schaden kommt zu Gewalt. Verbale und nonverbale Machtaktionen bezeichnet er erst als Vorformen.

Folgt man Galtung, so ist nicht so wichtig, *die* Definition oder *die* Typologie zu finden, denn offensichtlich gäbe es viele Typen von Gewalt. „Vielmehr kommt es darauf an, theoretisch signifikante Dimensionen von Gewalt aufzuzeigen, die das Denken, die Forschung und möglicherweise auch das Handeln auf die wichtigsten Probleme hinlenken“ (Galtung, 1975, S. 8).

Es stellt sich daher vielmehr die Frage, welche Motivationen und Hintergründe Gewalttaten zugrunde liegen. In diesem Zusammenhang tauchen oft vorschnell Schlagworte wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf.

Bölting schreibt, dass fremdenfeindliche Gewalttaten nicht selten widersprüchlich erscheinen. „Weder sind fremdenfeindliche Gewalttäter unbedingt ‚Neonazis‘ noch sind jene umgekehrt in jedem Fall gewalttätig oder im Aussehen auffällig. Weder sind die meisten ‚Skinheads‘ extrem rechts noch sind andere Jugendkulturen (wie die Gothic- oder Techno-Szene) gegen Rechtsextremismus immun. Zwar gibt es Fremdenfeindlichkeit, die auf wirklichen *Alltagserfahrungen* von Betroffenen beruht, gleichzeitig gibt es aber auch Ausländerfeindlichkeit bei Menschen, die niemals etwas mit Ausländern zu tun hatten und es existiert Judenhass gerade bei denen, die niemals einen Juden auch nur gesehen haben“ (Bölting, 1997, S. 4).

In den Neunzigerjahren zeigte sich, dass der Weg von Jugendlichen zu rechtsextremer Orientierung und fremdenfeindlicher Gewalt nicht in erster Linie über ideologische Verführung verläuft. Schon vorhandene Gewaltbereitschaft erfährt in bestimmten Jugendszenen nicht selten erst im Nachhinein ihre Begründung und ideologische Ausrichtung. Die Entscheidung für eine Szene bzw. Gruppe hängt dabei stark von Zufällen ab (Bölting, 1997, S. 74).

TÄTERPROFILE

Meist sind die Täter Jugendliche. Sie haben das Bedürfnis nach Erkennung und Abgrenzung, was sich in der Bildung einer eigenen Subkultur (durch Äusseres, Musik, Fanzines etc.) manifestiert. Häufig kommt es zu einer Überschneidung zwischen rechtsextremistischer und politisch unmotivierter Gewalt.

Aufgrund der Analyse von polizeilichen Ermittlungsak-

ten sowie einer inhaltlichen Analyse von Gerichtsakten zu circa 140 Straftätern in Deutschland konnten verschiedene Tätertypen identifiziert werden, die sich hinsichtlich der politisch-ideologischen Orientierung und hinsichtlich der grundsätzlichen Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit unterscheiden. Willems et al. (1993, S. 99) unterscheiden vier Kategorien extremistischer Täter:

- Politisch motivierter und rechtsextremistischer oder rechtsradikaler Täter: war oder ist in jenen politischen Kreisen aktiv, steht zu seiner Ideologie (auch im Umgang mit Andersdenkenden), Gewalt ist instrumental, ideologisch legitimiert und auf konkrete Opfer ausgerichtet,
- Ausländerfeind / Ethnozentrist: keine ausgeprägte extremistische Ideologie, findet sich oft in Skin- und Hooligansubkulturen, Gewalt wird durch Bedrohungsängste und Benachteiligungsgefühle legitimiert,
- krimineller Jugendlicher (Schlägertyp): häufig private und berufliche Negativkarriere, hat ein Vorstrafenregister, Sprache ist fremdenfeindlich geprägt, Gewalt ist normal und alltäglich als legitimes Problemlösungsmittel, nicht nur gegen Ausländer gerichtet,
- Mitläufer: identifiziert sich nicht mit extremistischen Ideologien, häufig intakte familiäre Situation, sucht in verschiedenen Subkulturen nach Identifikation und Solidarität, Neigung zur Gewalt ist nicht ausgeprägt, Gruppeneffekte können Gewalt bei ihm auslösen.

Hier zeigt sich auch, dass der Zugang zu den verschiedenen rechtsextremistisch und gewaltorientierter Gruppen aus unterschiedlichen Gründen und auf verschiedenartige Weise erfolgt.

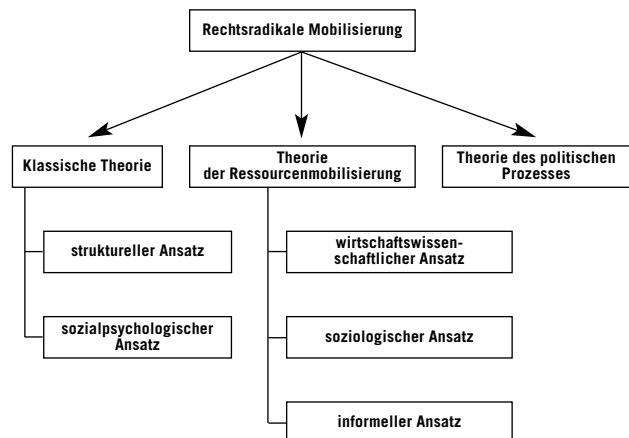
ORGANISATION RECHTSEXTREMER GRUPPEN

Yolanda Dolder, Julia Häfeli, Monique Welti,
Roger Zumkeller (begleitet von Miryam Eser Davolio)

Anmerkung: Für die Gruppe stand die Frage nach den Voraussetzungen für die Verbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut und der Struktur und Organisation einzelner rechtsextremistischer Gruppierungen im Zentrum. Zudem verhiess die Aussicht auf eine persönliche Stellungnahme, einer im rechtsextremen Milieu involvierten Person einen authentischen Input für die Arbeit.

THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Anhand einer Fallstudie versuchen Gentile et al. (1995) die rechtsradikale Mobilisierung als soziale Bewegung in der Schweiz zu analysieren und ein Modell zu entwickeln, das die rechtsextreme Gewalt in der Schweiz erklärt. Sie gehen von folgendem Konzept aus, welches drei unterschiedliche Theorienansätze unterscheidet:



Die klassische Theorie hat sich seit den zwanziger Jahren entwickelt und setzt sich mit sozialen Bewegungen sowie des kollektiven Verhaltens auseinander. „Der klassische Ansatz unterstreicht die Bedeutung von Krisensituationen oder von einem Ungleichgewicht im Sozialsystem, welche sich beim Individuum durch psychologische Störungen manifestieren und sich auf irrationale Weise im kollektiven Verhalten auswirken“. (Gentile et al., 1995, S. 176) Smelser (1963) definiert den strukturellen Ansatz wie

folgt: „Den strukturellen Ansätzen zufolge kommen unvollständige Verinnerlichungen von sozialen Normen bei gewissen Gruppen von Individuen manchmal zum Vorschein, wenn bestimmte strukturelle Spannungsfaktoren das Sozialsystem aus dem Gleichgewicht bringen; Individuen können in solchen Situationen ein abweichendes Verhalten zeigen, welches dann in den sozialen Bewegungen zum Ausdruck kommt.“ (zit. nach Gentile et al. 1995, S. 176) Die *Sozialpsychologischen Ansätze* vertreten die Meinung (vgl. Gurr 1970), dass das kollektive Verhalten Ausdruck von Frustrationen aufgrund individueller und kollektiver Erwartungen ist und richten ihr Augenmerk auf die individuelle Ebene (vgl. Gentile et al. 1995). In der Theorie der Ressourcenmobilisierung stehen, im Gegensatz zur klassischen Theorie, Organisation und Rationalität mit welcher die Ziele verfolgt werden, im Zentrum. *Der wirtschaftswissenschaftliche Ansatz* untersucht die Fähigkeiten von formellen Organisationen, Ressourcen zu beschaffen und die Öffentlichkeit auf ihre Mobilisierungsthemen aufmerksam zu machen. (vgl. McCarthy & Zald 1977) *Der soziologische Ansatz* versucht zu erklären, wie soziale Bewegungen, die über keine ersichtlichen Ressourcen verfügen, es trotzdem schaffen ein kollektives Interesse wahrzunehmen. (vgl. Oberschall 1973) *Der informelle Ansatz*, geht davon aus, dass solche Bewegungen als heterogene und dezentralisierte Beziehungsnetze mit Akteuren verschiedenster Herkunft anzusehen sind. Dies weil nach z.B. Gerlach und Hine (1970), die informellen Organisationsstrukturen, wie z.B. persönliche Kontakte als Rekrutierungsmechanismus, häufig entscheidender sind, als formelle.

Die Theorie des politischen Prozesses legt ihren Fokus auf die Interaktion zwischen den Bewegungen und den politischen Institutionen sowie Behörden. Denn diese seien es, die der Bewegung eine Mobilisierung erschweren oder erleichtern. Nach Cloward und Piven (1984) können auch nachteilige Auswirkungen resultieren, wenn sich soziale Bewegungen organisieren: „...stellen Organisationen nicht einzig ein günstiges Element zur Mobilisierung, sondern gleichzeitig auch ein Hindernis dar, indem sie als Ansprechpartner des politischen Systems Gefahr laufen, dass ihnen gewisse institutionelle Auflagen gemacht werden.“ (Gentile et al. 1995, S. 178) Um zu verdeutlichen, welche Formen sich aus den oben genannten Theorien ergeben, werden nun einige Formen von Rechtsextremismus vorgestellt.

RECHTSRADIKALE MOBILISIERUNG

Bei Rechtsextremismus denkt man meist an Skinheads und Neonazis, weil sie durch ihre äusserliche Erscheinung und ihre Gewalthandlungen besonders in Erscheinung treten. Es gibt jedoch eine ganze Anzahl von Aktivist*innen und diverse Gruppierungen mit verschiedenen Zielen und Ideologien, welche ebenfalls dem Phänomen der rechtsradikalen Mobilisierung zuzurechnen sind. Weder funktionieren diese Gruppen alle nach dem gleichen Schema, noch sind die Methoden zur Verwirklichung ihre Ziele identisch. Weiter unterscheiden sie sich im Zielpublikum, dem Alter der Mitglieder und ihrem Bildungsstand.

Grundsätzlich ist zu rechtsextremen Parteien zu sagen, dass sie vergleichbar aufgebaut sind wie institutionalisierte Parteien. Wobei die Aufgabenteilung in rechtsextremen Parteien, eher einen zweitrangigen Charakter besitzt und ihr somit wenig Gewicht zukommt. Charakteristisch ist vor allem, dass sich die Gruppen aus einem harten Kern (Anführer, Ideologen) und daneben meist aus Mitläufern mit nur wenig ideologischem Einfluss zusammensetzen. Da sich die Gruppierungen mit ihren sehr geringen Mitgliederbeiträgen (zwischen CHF 40.– bis CHF 60.–) finanzieren, stehen nur geringe finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Die Aktivitäten beschränken sich vornehmlich auf Diskussionen, das Politisieren, wenn auch nur ausserhalb institutionalisierter Bahnen und die Verbreitung von Propagandamaterial (vgl. Gentile et al. 1995, S. 214 f.).

Die 60 erfassten politische Partizipationsformen, von tätlichen Angriffen bis zu Referenden, wurden in folgende 8 Kategorien eingeteilt: (vgl. Gentile et al. 1995, S. 161)

- 1) konventionell juristisch: z.B. Verlage, welche Bücher drucken mit Holocaust verleugnenden Inhalten
- 2) konventionell politisch: z.B. Nationalrevolutionäre Partei der Schweiz (NPS), Partei National Orientierter Schweizer (PNOS)
- 3) konventionell mediengerichtet: z.B. Altfaschisten, NOE Nouvel Ordre Européen, Parti Européen (EPE)
- 4) direkt-demokratisch: z.B. Referendum, Vorstoss
- 5) assimilitativ-demonstrativ: z.B. Petitionen, Protestversammlungen
- 6) konfrontativ-legal: z.B. Hungerstreik; Verbrennung von Puppen

7) konfrontativ-illegal gewaltlos: z.B. nicht bewilligte Gegendemonstrationen

8) konfrontativ-illegal und gewalttätig: z.B. Übergriffe von Nazis, Skinheads oder Patriotischer Front

Die vorgenommene Zuordnung ist nicht absolut zu verstehen. Die als Beispiele genannten Gruppierung fallen aber durch ihr Auftreten, ihre Argumentation und ihre Aktivitäten in diesem Kontext am deutlichsten auf. Im folgenden sollen sie kurz dargestellt werden:

Nationalrevolutionäre Partei der Schweiz (NPS): Sie entstand 1989, verteilte Programme und Zeitschriften und führte auch Schulungsabende durch. Mit Veranstaltungen und politischen Aktionen traten die Mitglieder an die Öffentlichkeit. Da sie für mehrere Gewalttaten verantwortlich waren, gelang es ihnen nicht, das Stigma einer gewalttätigen und neosozialistischen Organisation abzuschütteln (vgl. Gentile et al. 1995, S. 54–55). Im April 2000 versuchten sie mit der Gründung einer Sektion der NPS ein Comeback. Dieser Versuch scheiterte jedoch nach dem ersten Medienauftritt. Trotzdem wurde eine Zeitschrift herausgegeben, „Das Nationale Blatt“, welche sich bis zur fünften Ausgabe vornehmlich durch ihr unprofessionelles Auftreten auszeichnete. In der Zeitschrift wurde die deutsche Wehrmacht gelobt, die Berner Antifa-Bewegung beschimpft und mehrere missliebige Personen bedroht. Die NPS behauptete sie wolle an den Nationalratswahlen teilnehmen, jedoch würde sie vorerst verdeckt agieren. Das System veranlasse sie dazu, da als NPS-Mitglied wenig Chancen bestünden einen Sitz im Nationalrat zu ergattern (vgl. Stutz, 2002, S 46).

Altfaschisten: Altfaschisten sind durch zwei Organisationen vertreten, welche beide im europäischen Kontext stehen. Die ideologische Anlehnung an den Faschismus, faschistische und nationalistische Symbole, der Personenkult Hitlers und Mussolinis sind sehr wichtige Aspekte dieser Gruppen. Einer dieser Gruppen bezeichnet sich als NOE Nouvel Ordre Européen sie entstand 1951 aus verschiedenen Altfaschisten und ehemaligen SS-Leuten. Ihre Ideologie beruht auf der Erhaltung der arischen Rasse und die Ablehnung von aufklärerischen Gleichheitsidealen. Aktiv wurden sie vor allem mit dem Aufbau eines Beziehungsnetzes und der Zeitschrift Courier du Continent. In der welschen Schweiz sind die Altfaschisten durch die Sektion des Parti Européen (EPE) vertreten. Sie waren vor allem mit Plakataktionen an die

Öffentlichkeit getreten. Sie geben auch unregelmässig ihre Zeitschrift Le Pays Réel heraus, in der sie Bücher von Mussolini verkaufen, Artikel von bekannten Rechtsextremisten abdrucken und sich auch massiv antisemitisch äussern.

Neue Rechte / Nouvelle droite: Die Neue Rechte hat sich gegen Ende der sechziger Jahre in verschiedenen Europäischen Ländern formiert. Sie betont den intellektuellen Diskurs und versucht sich über eine theoretische Ausrichtung von der extremen Rechten abzugrenzen. Hierzulande existiert die Strömung vornehmlich in der Westschweiz, ist dort seit Mitte der achtziger Jahre aktiv und ist stark beeinflusst von der französischen Nouvelle Droite. Sie legt den Schwerpunkt zwar auf diskursive und publizistische Aktivitäten, doch sind auch zahlreiche Verflechtungen mit der extremen Rechten vorhanden (vgl. Altermatt & Skenderovic 1995, S. 1–5). Einer der Grundpfeiler der Denkströmung bildet der Eurozentrismus. Dabei wird die ethnisch-kulturelle Differenz betont und mit der Stärkung von nationaler und kultureller Identität multikulturellen Entwicklungen entgegenzuwirken versucht. Das in der Schweiz mit den beiden Zirkeln *Thulé* und *Proudon* gebildete organisatorische und distributive Netzwerk war vor allem in den achtziger und neunziger Jahren aktiv. Stark mit der Neuen Rechten verbunden ist die Association des Amis de Robert Brasillach, die weltweit 750 Mitglieder zählt. Dass darunter zahlreiche namhafte Vertreter des gesellschaftlichen und politischen Lebens sind, lässt auf eine gewisse Einbettung der Vereinigung in etablierte Kreise der Westschweiz schliessen (vgl. Altermatt & Skenderovic 1995, S. 1–5).

Neue Nationale Front: Sie entstand 1985 im Kanton Aargau und hatte einen starken Skinheadkontext. Sie praktizierten aggressive fremdenfeindliche Propaganda mittels Flugblattaktionen. Im Herbst 1987 wurde von ihnen vergeblich versucht sich an den Nationalwahlen, als politische Gruppe zu etablieren. Danach traten sie nicht mehr in Erscheinung. (vgl. Altermatt & Skenderovic 1995, S. 90–96).

Partei National Orientierter Schweizer (PNOS): Sie wurde im Jahr 2000 gegründet und übernahm das Signet der neuen nationalen Front: Ein Morgenstern in einem Schweizerkreuz. Ihre Ideologie beruht auf biologischen Argumenten kombiniert mit diskriminierenden Forderungen. Die PNOS fordert die Unterstützung kinderrei-

cher Schweizer Familien im Kampf ums Überleben der Schweiz. Um dieses Ziel zu erreichen sei die Ausgliederung von Ausländern aus dem schweizerischen Sozialsystem von Nöten. Eine Zeitlang trat der Holocaust-Leugner B. Schaub als ihr Propagandist in Aktion (vgl. Stutz, 2002, S. 45).

Patriotische Front: Sie wurde 1988 gegründet, war gut organisiert und hatte ein ausgebildetes internes Kommunikationsnetz, so dass sie bis zu 100 Leute für ein Treffen zu mobilisieren vermochte. Ihre Ideologien bestanden aus Superpatriotismus, Rassismus und Antisemitismus. Die verübten Gewalttaten gegen Asylbewerberheime und die verschiedenen Strafverfahren ihres Anführers Marcel Strebel trugen dazu bei, dass sie allmählich unterging. Die vielen Berichterstattungen verschaffte in den Medien eine überproportionale Präsenz, so dass sie in Teilen den Bevölkerung auf Sympathie zählen konnte (vgl. Altermatt & Skenderovic, 1995, S. 62).

Nazis, Skinheads: Ihre Mitglieder haben oft kahle geschorene Schädel, tragen Springerstiefel und Bomberjacken. In den letzten Jahren konnten sich die internationalen Naziskin-Netzwerke Hammerskins und Blood and Honour auch in der Schweiz entfalten. Die Hammerskin gehören zu den Mitorganisatoren von mehreren grossen Skinhead-Konzerten. Das sogenannte Konzertparadies Schweiz lockt viele Skins aus dem Ausland an. Für sehr viel Aufsehen sorgte das Hammerfest 2002, welches Anfangs August 2002 in Affoltern am Albis statt gefunden hat. Zu diesem Anlass erschienen über tausend Skins aus verschiedenen europäischen Ländern.

Skins können als Subkultur bezeichnet werden, bei welcher wie bei anderen Gruppen die Musik zur Verbreitung ihrer Ideologie eine zentrale Rolle spielt. Neben der Musik werden Internetseiten und Literatur zur Stärkung der Ideologie genutzt, jedoch konnten sich weder die Schweizer Vertriebe für diese Literatur etablieren, noch sind die Websites auf einem aktuellen Stand (vgl. Stutz, 2002, S. 42).

GRUPPENBILDUNG, KOLLEKTIVE IDENTITÄT, GRUPPENBEWUSSTSEIN, SOLIDARITÄT

In keinem der in der Studie von Gentile et al. (1995) untersuchten Fälle handelten die Täter alleine, in 30 % aller Fälle waren 3 bis 5 Personen beteiligt. Willems (1993)

kommt in Deutschland sogar auf 90 % Gruppendelikte bei rechtsextremistischen Straftaten. Das Gruppenphänomen ist anscheinend kennzeichnend für rechtsradikales Handeln, wobei unter einer Gruppe nicht unbedingt eine strukturierte Organisation zu verstehen ist.

Häufig sind die Jugendlichen auf der Suche nach Selbstverwirklichung (vgl. Gamson 1992) und das Identifikationsbedürfnis und die Identitätssuche bilden eine Grundlage für den Einstieg in rechtsextremistische Gruppierungen. Die Suche nach Akzeptanz und Integration bildet ein soziales Netzwerk und die Gruppenzugehörigkeit schafft Druck zur Solidarität. Schliesslich festigt die kollektive Identität das eigene Selbstvertrauen. Diese Punkte lassen vermuten, dass die Jugendlichen primär auf der Suche nach Zusammengehörigkeit sind und die rechtslastige Ideologie der Gruppe zu Beginn nur eine sekundäre Rolle spielt.

Die Wichtigkeit der kollektiven Identität dieser Gruppen zeigt sich denn auch in Kleidung, Aussehen und Auftreten, welche nicht bloss Modeströmungen sind, sondern zur Abgrenzung von den vorherrschenden Kulturmodellen dienen (vgl. Gentile et al. 1995, S. 212 f.).

DAS PHÄNOMEN DER RECHTSRADIKALEN GEWALT

Bis zum Jahre 1991 gab es eine Zunahme von Gewalttaten von Rechtsextremen Gruppen. Ein Vergleich der Daten der Presse und der Polizei (vgl. Jürg Frischknecht 1991) hat ergeben, dass die Medien in jener Zeit diese Art von Ereignissen nur schwach abdeckten. Das klingt widersprüchlich, da solche Aktionen doch auf Interesse der Öffentlichkeit stossen sollten.

Die rechtsradikalen Parteien sind eher kurzlebig und formieren sich oft nur, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen z.B. Abstimmungskampf. Meist sind sie auf die Lokalpolitik ausgerichtet.

Wichtig sind auch die Reflektionsgruppen welche in der Öffentlichkeit nur wenig in Aktion treten, deshalb wird von dieser Gruppierung wie z.B. le Cercle Proudhon auch kaum in den Medien berichtet. Ihre Aktivitäten sind legal und deshalb werden sie auch nicht polizeilich vermerkt. Bei Berücksichtigung dieser Aktivitäten würde der Anteil an legalen rechtsradikalen Ereignissen in der Statistik noch steigen und somit ein realistischeres Bild der Szene in der Schweiz ergeben.

Generell kann gesagt werden, dass die Rechtsradikalen Ereignisse von 1987–1995 tendenziell gestiegen sind. Wobei sich die verschiedenen Gruppierungen unterschiedlich entwickelt haben, so dass gewisse vermehrt aktiv ist während andere in der gleichen Zeitspanne einen Rückgang ihrer Aktivitäten aufweisen.

Aus den Daten der Studie Gentiles et al. (1995) geht deutlich hervor, dass die rechtsradikale Mobilisierung vor allem im legalen Bereich liegt. Dennoch ist Rechte Gewalt ein ernstzunehmendes Problem, welches sowohl gefährlich als auch erschreckend ist. Die rechtsextremen Aktivitäten, welche im legalen Bereich liegen, scheinen auf den ersten Blick weniger dramatisch, dürfen aber trotz allem nicht unterschätzt werden, da ihre Auswirkungen nicht vorhersehbar sind (vgl. Gentile et al. 1995, S. 165 f.).

Von 1992–2001 wurde ein weiterer Anstieg von rassistischen Vorfällen registriert. Der statistische Überblick zeigt, dass vor allem verbaler Rassismus, Tonträger mit rassistischen Inhalten, Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen, körperliche Angriffe und Einbürgerungsverweigerungen zugenommen haben (vgl. Stutz, 2002, S. 55).

Die rechtsradikalen Werte innerhalb der extremistischen Gruppierungen sind nicht immer einfach von gesellschaftlich verbreiteten Haltungen zu unterscheiden. Denn der rechtsextremistische Diskurs braucht eine gewisse Zustimmung und Legitimität in der Bevölkerung, wobei hier zwischen der Akzeptanz des rechtsradikalen Diskurses und der Akzeptanz von fremdenfeindlicher Gewalt unterschieden werden muss. (vgl. Gentile et al. 1995, S. 200 ff.) Diese Normalisierung – womit die Akzeptanz in der Bevölkerung gemeint ist – erklärt auch, warum es schwierig ist, rechtsextreme Gewalt ganz einzudämmen.

NETZWERKE UND VERBREITUNG

Rechtsextreme Gruppen leben von ihren Netzwerken und informellen Kontakten, welche z.T. bis ins Ausland reichen, was im Folgenden genauer dargestellt werden soll: Der **Verbreitungsprozess** umfasst alle Mechanismen, welche das Zirkulieren von Informationen im rechtsradikalen Milieu ermöglichen. Er schliesst medienspezifische Informationen sowie persönliche Beziehungen ein,

welche zusammen ein Kommunikationsnetz bilden. Die Verbreitung ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, denn fremdenfeindliche Stimmungen werden in der Bevölkerung in erster Linie durch die Medien transportiert und können von gewaltdisponierten Akteuren als Legitimation aufgefasst werden.

Der **Zugang** zu rechtsextremen Gruppen stellt sich als ziemlich einfach heraus. Organisationen folgen nicht nur einer Rekrutierungslogik, in welcher es um externe Verbreitung geht. Sie bilden einen internen Rahmen, um Veranstaltungen wie Feste und Konzerte zu organisieren. Es geht also in erster Linie um die Gemeinschaft und persönliche Kontakte. Die rechtsradikale Ideologie steht im Anwerbungsprozess noch im Hintergrund. Junge Leute werden auf der Strasse durch attraktive Flugblätter angeworben und zu einem Kameradschaftsabend eingeladen. Oder sie finden durch Bekannte Zugang. An den Kameradschaftsabenden werden Fragebogen verteilt, welcher aktuelle Themen und politische Fragen der Teilnehmer ergründet. Diese Themen werden diskutiert, mit dem Ziel die Allgemeinbildung und das politische Wissen der Jungen zu fördern.

In der rechtsradikalen Szene der Schweiz scheinen sich Ideen hauptsächlich dank einzelner Personen zu verbreiten; Organisationen sind in dieser Kommunikation sekundär. Der Versuch der Nationalen Koordination (NK), das rechtsradikale Milieu stärker zu vernetzen ist gescheitert. Gründe dafür sind, dass sich Gruppierungen nicht bevormunden lassen wollen, sich frei bewegen können und nicht ausgenutzt werden wollen. Ausserdem würden die Meinungen betreffend dem politischen Aktivismus auseinandergehen. Dazu eine Aussage eines Skinheads:

„Die Organisationen kann man im Prinzip vergessen; die sind da oder nicht, und sie kommen neu, gehen wieder und kommen wieder. Die Organisationen sind nicht das Zentrale; es sind immer die Leute das Zentrale. Also da hat es ein paar Leute, die Leute um sich herumscharen, und das nennt sich dann Partei. Aber es sind immer Kontakte untereinander da, das ist wie ein Netz. Aber das geht schon von den Personen aus und nicht von den Organisationen, weil die Organisationen keinen richtigen Stellenwert haben, weil die einfach zuwenig lange leben immer wieder.“ (zit. nach Gentile et al. 1995, S. 228)

Von einer anderen Perspektive aus gesehen, kommt den Organisationen schon eine grössere Bedeutung zu. Sie

kümmern sich um die Rekrutierung neuer Anhänger und um milieuerne Kontakte. Sie versucht auch Leute zum Verteilen von Flugblättern zu mobilisieren und zu anderen kollektiven Unternehmungen. Vereinzelt geben sie Zeitschriften heraus und verbreiten sich im Internet. Auch bekannte Persönlichkeiten in der Schweiz wie Amaudruz und Wahl sind für **Publikationen** zuständig. Die Zeitschriften sind meistens illegal und werden per Abonnements vertrieben. Der expressive Inhalt einer rechtsradikalen Zeitschrift fördert die Identität der eigenen Gruppe. Es wird über Feste und Konzerte berichtet, Gruppenfotos und Interviews mit Akteuren und Musikern werden wiedergegeben. Zudem wird auf Artikel hingewiesen, die im spezialisierten Handel zu beziehen sind: Kleider, CDs, Videos und vieles mehr.

Manchmal geben rechtsradikale Akteure ihre gewöhnlich bevorzugte Anonymität auf, um ihre Botschaften über die Medien an die Öffentlichkeit zu bringen. Interviews, Leserbriefe, sogar Fernsehauftritte verhelfen einigen Organisationen zu einer wesentlich effizienteren **Werbung**, als dies durch andere Aktionen, wie das Verteilen von Flugblättern möglich gewesen wäre. Die rassistischen Aussagen werden von einem grossen Teil der rechts eingestellten Bevölkerung schweigend unterstützt. Die Akteure haben so den Eindruck, endlich einmal etwas zu sagen, was sowieso alle denken. Die Verbreitungsmechanismen sind folglich für die Akzeptanz von rechtsradikalen Einstellungen grundlegend.

Es kommt auch vor, dass Formulierungen und Schlagzeilen in Tageszeitungen rassistische Gedanken hervorrufen. Es wird ein negatives und stark vereinfachtes Bild des Ausländers vermittelt, welches zur Rechtfertigung von fremdenfeindlicher Gewalt missbraucht werden kann. Umgekehrt können **Medien** ungewollt einen Bumerangeffekt erzielen, indem sie sich zu sehr auf die Seite der Ausländer stellen. Der Ausländer wird beispielsweise als ewiges Opfer bezeichnet, während die Bevölkerung als rassistisch und egoistisch dargestellt wird. Auch dies wirkt provozierend auf rechtsextremistische Akteure können aber auch Imitationseffekte auslösen. Darunter werden Gewalttaten verstanden, welche durch andere, gruppenexterne Gewaltereignisse ausgelöst werden. Durch Hass- oder Gewaltkundgebungen anderer Leute ermutigt, nimmt der informierte Akteur die erstbeste Gelegenheit wahr, um ein ähnliches Opfer anzugreifen. Da spektakuläre Aktionen das Interesse der Medien und

der Öffentlichkeit auf sich ziehen, steigen die Chancen einer Nachahmung (vgl. Gentile et al. 1995, S. 226–233).

EUROPÄISCHES BEZIEHUNGSNETZ

Die extreme Rechte der Schweiz ist in ein europäisches Beziehungsnetz eingebettet. Was die Organisationen betrifft, sind zwei Gattungen zu nennen: Erstens die Vereinigungen, die ihre Zentrale in der Schweiz haben, wie zum Beispiel der Nouvel Ordre Européen und die Association des Amis de Robert Brisillach, die ihren Hauptsitz in Lausanne haben.; zweitens Gruppierungen, die Ableger ausländischer Organisationen sind oder sich stark an ausländischen Vorbildern orientieren. So wählten nach dem zweiten Weltkrieg zum Teil europäische Organisationen die Schweiz als Ausgangsbasis. Zur zweiten Kategorie gehören der Westschweizer Ableger der belgischen Europäischen Partei/Parti Européen, die Wiking-Jugend Schweiz mit ihren Verbindungen zur bundesdeutschen Wiking-Jugend, die Genfer Sektion der französischen Troisième Voie und der Parti Nationaliste Suisse et Européen. Die tatsächliche Zusammenarbeit lässt sich schwer beurteilen, es bestehen aber zumindest informelle Kontakte.

Eine wichtige Rolle spielt die Schweiz als Bestandteil des publizistischen Netzwerkes. Es werden über Vertriebsstellen und Zeitschriften verschiedene ausländische Publikationen, unter anderem Bücher, Zeitschriften, Comics und Tonträger angeboten. In den Zeitschriften der Skinheads werden Adressen von zahlreichen ausländischen Anlässen aufgeführt.

Einzelne Schweizer Autoren finden eine gewisse europäische Beachtung. Dazu gehört der Negationist Jürgen Graf mit seinem Buch „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ und Arthur Vogt mit dem Separatdruck eines in Deutschland gehaltenen Referats. Die Zeitschriften „Eidgenoss“ von Max Wahl (bis 1994) und der „Courrier du Continent“ von Gaston-Armand Amaudruz gehören zur etablierten rechtsextremen Publizistik in Westeuropa. Die Bücher von Amaudruz werden als Klassiker des Rassismus gehandelt. Zeitschriften von Skinheads wie der „Totenkopf“ finden auch in der deutschen Skinhead-Szene Verbreitung. Auch ausländische Autoren melden sich vereinzelt in der Schweiz zu Wort. Vertreter der deutschen Neuen Rechten publizieren in verschiedenen

Deutscheschweizer Zeitschriften, u.a. „Schweizerzeit“, und „Abendland“.

Auch als Treffpunkt der extremen und Neuen Rechten bot sich die Schweiz an. Seit den achtziger Jahren fanden in der Schweiz bedeutende Veranstaltungen mit europäischer Beteiligung statt. An internationalen Skinhead-Partys kommt die grenzüberschreitende Mobilität der europäischen Skinhead-Bewegung zum Ausdruck. Schweizer nahmen regelmässig an europäischen Versammlungen und Treffen teil, so zum Beispiel beim *Nouvel Ordre Européen*, bei der deutschen Bürger- und Bauerninitiative und beim spanischen *Circulo Español de Amigos de Europa* (vgl. Altermatt & Skenderovic 1995, S. 105–106).

AKTUELLE SITUATION

In den letzten Jahren waren es besonders die Hammerskins, die als international tätiges Naziskin-Netzwerk aktiv waren. Sie gehören zu den Mitorganisatoren von mehreren grossen Skinhead-Konzerten, die 2001 und 2002 in der Schweiz stattfanden. Vor allem das „Hammerfest 2002“ in Affoltern a.A. mit über tausend rechtsextremistische Skins aus verschiedenen europäischen Ländern sorgte für grosse öffentliche Aufmerksamkeit. Tonträger wie auch Literatur werden von Skins vielfach von ausländischen Vertrieben bezogen, doch veröffentlichten im Jahr 2002 mindestens drei Schweizer Skinheads-Bands eine CD oder traten an Konzerten auf. Ausserdem betreiben sie auch Internetseiten, die jedoch nur sporadisch aktualisiert werden.

Neu gegründet wurde im Jahr 2000 die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Sie haben einige programmatische Schriften im Netz veröffentlicht. Der Holocaust-Leugner Bernhard Schaub ist eine Zeit lang zum eifrigsten Propagandisten geworden und ist immer noch als Vortragsredner unterwegs unter anderem bei einschlägig bekannten deutschen Organisationen. Im April 2000 trat die Nationale Partei der Schweiz (NPS) in die Öffentlichkeit. Inzwischen ist die 6. Parteizeitschrift „das nationale Blatt“ erschienen. Diese beiden politischen Parteien sind jedoch eher am politischen Geschehen in der Schweiz interessiert und verbreiten sich nicht international (vgl. Stutz 2002, S. 45 f.).

KOMMUNIKATION & INFORMATIONSAUSTAUSCH

Neben der Funktion als wichtige Propagandaplattform wird das Internet von rechtsextremen Kreisen auch häufig als Mittel eines sicheren Kommunikations und Informationsaustausches genutzt. Mailbox-Netze wie beispielsweise das deutsche Thule-Netz erlauben es ihren Usern, verschlüsselte Nachrichten auf breiter Ebene auszutauschen. So können in den unterschiedlichen Diskussionsforen unter anderem auch fertig gestaltete Flugblätter für eigene Aktionen heruntergeladen werden. Was in den geschlossenen, nur eingetragenen Usern zugänglich, Foren diskutiert und ausgetauscht wird, ist für Aussenstehende nicht einsehbar und entzieht sich jeglicher Kontrolle und strafrechtlicher Verfolgung (vgl. <http://www.thulenet.com>).

Doch nicht nur das Internet dient als szeninterne Informationsbörse. Auf der Website des Thule-Netzes ist auch eine Liste mit Nationalen Infotelefonnummern abrufbar, welche meist von Betreibern einzelner Thule-Mailboxen betreut werden (vgl. Luchs 1997, S. 1 ff.).

Die Diskussionsforen von rechtsextremistischen Homepages wie z.B. jene der Hammerskins Schweiz, lassen nur registrierte Benutzer zu und ermöglichen so eine sichere, szeninterne Kommunikation, die sich der Öffentlichkeit entzieht (vgl. http://www.hammerskins.net/shs/shs_de/_shs.htm).

Das deutlichste gefundene Beispiel für eine gezielte Anwerbestrategie von Skinhead-Gruppierungen zeigt sich auf der deutschen Skinhead-Website www.furchtlosundtreu.org. Dort wird eine eigene Jugendorganisation für männliche weisse Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren vorgestellt. Ziel der Organisation ist es einerseits junge Skinheads, welche sich in der Szene noch nicht auskennen, in „Furchtlos und Treu“ einzubinden und andererseits neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Ab dem 21. Lebensjahr werden die Jugendlichen in die Dachorganisation aufgenommen, die wie auch die Jugendorganisation regional organisiert ist (vgl. <http://www.furchtlosundtreu.org/www/de/pages/juorg.htm>).

INTERVIEW

Die befragte Person ist männlich, 18 Jahre alt und befand sich zum Zeitpunkt des Interviews im Massnahmevollzug. Sie hat verschiedenen Gruppen der rechtsextremen Szene angehört. Das Gespräch wurde im Jahr 2003 von einer Mitautorin geführt, welche den Jugendlichen im Rahmen ihrer Arbeit kennengelernt hatte.

Wie hat Dein erster Kontakt mit der rechtsextremen Szene ausgesehen?

Der Bruder einer meiner Freunde war dabei. Es hat mich sehr interessiert, was er macht, so bin ich langsam reingekommen.

Was hat Dich angesprochen? Was hat für Dich Sinn gemacht?

Man hat sich in der Gruppe stark und wohl gefühlt, wir wussten für was wir kämpfen. Ich habe mich weniger für Politik oder den Rechtsextremismus an sich interessiert, der Zusammenhalt war wichtig.

Unter welchen Kriterien wird man in diese Gruppe aufgenommen? Gibt es so etwas wie Aufnahmebedingungen?

Spezielle Aufnahmebedingungen gab es nicht. Wichtig ist, dass man Beziehungen aufbaut und das Vertrauen der anderen gewinnt. Mit der Zeit wird man so in der Gruppe aufgenommen.

Welche Ziele verfolgte die Gruppe der Du angehört hast?

Wir wollten unser Vaterland schützen.

Vor was oder wem?

Vor allem vor Ausländern. Aber auch gegen Punks, Anarchie und allgemein Linke. Wir wollten unsere Rechte verteidigen. Aber wie schon gesagt, waren für mich die Ziele im Hintergrund, der Zusammenhalt war wichtig.

Hattest Du persönliche Ziele innerhalb der Gruppe?

Eigentlich nicht. Anfangs hatte ich noch Kontakt mit Ausländern mit denen ich aufgewachsen bin. Auf Druck der Gruppe musste ich mich dann entscheiden, und habe mich für Rechts entschieden. Ich hätte ihnen aber auch nachher nichts angetan.

Dann hast Du also einen Unterschied gemacht, zwischen den Ausländern die Du persönlich kanntest und den unbekanntem?

Ja, irgendwie ging das.

Hast Du innerhalb der Gruppe bestimmte Aufgaben übernommen? Wenn ja, welche?

Ich habe auf die „Neuen“ geschaut und sie angeführt. Ich habe auch geschaut, dass sie an die Veranstaltungen mitkommen.

Gibt es einen Zwang an den Veranstaltungen teilzunehmen?

Einen Zwang so nicht, aber es wird sicher erwartet, wenn sie dabei sein wollen.

Gab es in Deiner Gruppe eine Struktur oder Hierarchie?

Hatte Eure Gruppe einen Führer?

Wir hatten eine Art „Big Boss“, das ist meist der Älteste (in Bezug auf das Alter und die Zeitdauer, die er schon dabei ist A.d.V.). Er ist auf jeden Fall eine Respektperson.

Gab es in der Gruppe auch die Möglichkeit in der Hierarchie aufzusteigen? Wie?

Das passiert eigentlich durch natürliche Abgänge, wenn jemand zum Beispiel ins Gefängnis muss, rückt der Nächste nach.

Hattet Ihr innerhalb der Gruppe feste Regeln, welche und wer bestimmte sie?

Es waren keinerlei Drogen erlaubt, ausser Alkohol. Und man gibt das ewige Versprechen bei der Gruppe dabei zu sein.

Wie hat die Altersstruktur in Deiner Gruppe ausgesehen?

Ich würde sagen so zwischen 13 und 25, es gibt aber auch 45-jährige die dabei sind.

Was passiert mit denen die älter werden und nicht mehr dabei sind? Steigen diese ganz aus?

Diese nehmen zum Teil noch an Veranstaltungen teil, ich habe auch schon gesehen, dass einige ihre Kinder mitbringen. Man könnte sie irgendwie als „Passivmitglieder“ bezeichnen.

Konnte man aus Deiner Gruppe ausgeschlossen werden? Aus welchen Gründen?

Bei Verrat konnte das passieren. Den hat man dann abgeschlagen oder auch terrorisiert. Ziel war aber ihn in die Gruppe zurückzuholen.

War aber für so jemanden überhaupt möglich, Euer Vertrauen wieder zu gewinnen?

Ja, mit der Zeit schon.

War es bei Deiner Gruppe möglich auszusteigen? War das mit Schwierigkeiten verbunden?

Aussteigen gibt's nicht, man gibt das ewige Versprechen. Versucht es einer trotzdem, ist er eine „arme Sau“.

Habt Ihr Aktionen geplant oder entstanden diese eher spontan?

Vieles entstand spontan. Oft sind wir durch die Stadt gelaufen, haben Musik gehört und Bier getrunken und uns so aufgeheizt.

Gegen wen haben sich diese hauptsächlich gerichtet?

Gegen Ausländer.

Gab es auch Auseinandersetzungen mit anderen rechtsorientierten Gruppen?

Nein, eigentlich nicht. Wir hatten mal eine Schlägerei mit italienischen Skinheads.

Weshalb? Sie vertreten doch ähnliche Ideale wie ihr?

Ja, aber sie sprechen italienisch.

Gab es einen Zwang bei solchen Aktionen mitzumachen?

Das ist eigentlich selbstverständlich.

Hattest Du nie Angst?

Das gab es schon, Angst dass die anderen stärker sind „und mir drunter chömme“.

Pflegte Deine Gruppe auch Kontakte zu anderen Gruppierungen? Seid ihr untereinander vernetzt?

Wir hatten hauptsächlich an den Veranstaltungen Kontakt zu anderen Gruppen.

Kennst Du oder hattest Du Kontakt mit Gruppen aus anderen Ländern?

Ja, vor allem zu Deutschen an Veranstaltungen.

Hast Du an Treffen mit anderen Gruppierungen teilgenommen?

Ja, ich war auch an Veranstaltungen in Deutschland.

Hast Du Dich über Medien, wie Internet oder Zeitschriften, über die Aktivitäten der rechtsextremen Szene informiert?

Ich habe das Internet fast nicht benutzt. Das meiste ging über Telefon.

Wie hast Du dich gekleidet? Hat sich Deine Gruppe äußerlich von anderen Gruppen abgegrenzt?

Die Schuhe zeigen am meisten, welcher Gruppierung man angehört.

Denkst Du, dass der Bevölkerung die Ziele der rechtsextremen Gruppen klar sind?

Ich denke nicht, dass Sie wissen, dass wir unser Vaterland schützen wollen.

Denkst Du, dass von der Bevölkerung Verständnis da ist für rechtsextreme Gruppen?

Nein, die sehen ja nur die Schlägereien und viel Gewalt und verabscheuen das.

Am 1. August, marschierten 450 Rechtsextreme auf dem Rütli auf. Was denkst Du wollten diese mitteilen? Warst Du auch schon dabei?

Ich war letztes Jahr auch dabei. Es ist der Geburtstag der Schweiz, ein Grund zum feiern.

Verstehst Du, dass deshalb viel Polizei auf dem Rütli aufgeboden wird?

Nein, wir waren ja nur zum Feiern da.

Vielen Dank für das Gespräch!

PROJEKTE IM OFFENEN FREIZEITBEREICH ZUM RECHTSEXTREMISMUS IN DER DEUTSCHSCHWEIZ: BESTANDESAUFNAHME

Gabriela Brunner, Dirk Bsonek, Dominik Bucher, Patrick Federer (begleitet von Matthias Drilling)

METHODISCHES VORGEHEN

Als Orientierung für diese Recherche wurde eine Definition des Zeitgeschichtlers Wolfgang Benz (2000) ausgewählt, der sich seit Jahren mit dieser Thematik befasst: Um von Rechtsextremismus sprechen zu können, müssen demnach folgende Einstellungen und Denkmuster gegeben sein:

- Nationalismus in aggressiver Form, Feindschaft gegen Ausländer, Minderheiten
- Antisemitismus und Rassismus, biologistische und sozialdarwinistische Theorien
- Intoleranz, Glaube an Recht durch Stärke, elitär-unduldsames Sendungsbewusstsein und Diffamierung Andersdenkender
- Militarismus, „Führertum“, Unterordnung
- Verherrlichung des NS-Staates als Vorbild – Negierung/Verharmlosung der NS-Verbrechen
- Neigung zu Verschwörungstheorien
- Latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele.

Die Definition der Begriffe Rechts- wie Linksextremismus werden seitens des Verfassungsschutzes primär von der verfassungsrechtlichen Seite betrachtet. Dementsprechend wird auf die Elemente der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ abgestellt. Politischer Extremismus ist dort zu diagnostizieren, wo politische Bestrebungen darauf abzielen, die Grundprinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates zu verletzen und ausser Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere die Menschen- und Bürgerrechte. Im Fall von Rechtsextremismus kommen die oben genannten rassistischen Verhaltensweisen und völkischen Ideologeme hinzu (Benz, 2000).

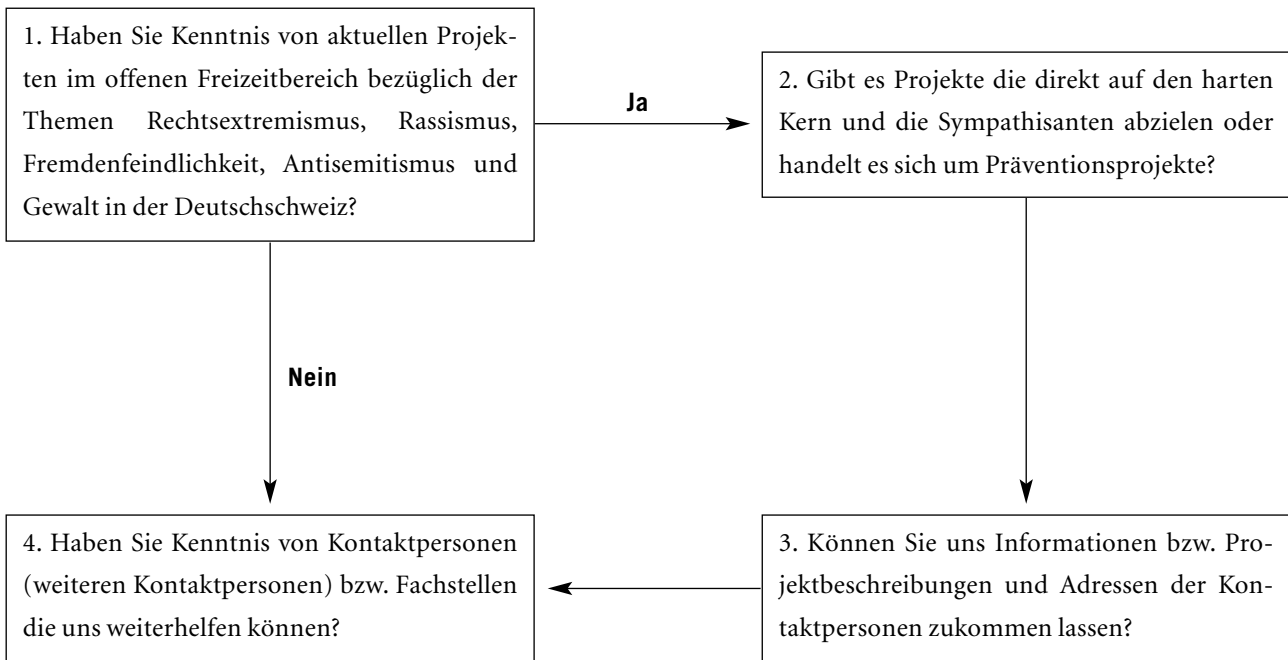
Die Bestandesaufnahme bezieht sich auf Aktivitäten der

sozialen Arbeit im offenen Freizeitbereich in der Deutschschweiz. Unter offenen Freizeitbereich werden alle Projekte subsumiert, die weder auf den schulischen noch auf den stationären Bereich ausgerichtet sind.

Die Recherche wurde wie folgt strukturiert:

- 1) Internetrecherche.
- 2) Kantonale Abklärungen erfolgten telefonisch über die jeweiligen Justiz-, Erziehungs-, Polizei- und Sanitätsdepartemente. Die Ansprechpersonen wurden über die Homepage der jeweiligen Kantone ermittelt.
- 3) Fachstellen wie z. B. die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR), Fachstelle für Rassismusbekämpfung, PMS-Kohler etc. die Ergebnis der Internetrecherche waren, wurden entweder telefonisch oder per E-Mail kontaktiert.
- 4) Schlüsselpersonen, die hauptsächlich aus den oben genannten Recherchebereichen resultierten, wurden bei vorhandener E-Mail Adresse primär über das Internet und sonst telefonisch oder per Post kontaktiert.
- 5) Zeitungrecherche erfolgte via Presseschau und Internet (Homepages und Suchmaschinen bekannter Tageszeitungen). Weitere Medien, wie Radio DRS und Schweizer Fernsehen DRS, wurden über ihre Homepages und per E-Mail kontaktiert.
- 6) Literaturrecherche erfolgte über verschiedene Bibliothekskataloge via Internet.

VORGEHENSWEISE BEI DER BEFRAGUNG



ERGEBNISSE

Die in diesem Kapitel aufgelisteten Projekte sind zur Zeit aktuell und haben sich aus der Recherche in den verschiedenen Bereichen ergeben. Zur besseren Übersicht werden, wie bereits zu Beginn erwähnt, die gefundenen Projekte folgenden Kategorien zugeordnet.

- 1) Projekte, die den sogenannten „harten Kern“ betreffen und direkt auf die Zusammenarbeit bzw. die Auseinandersetzung mit rechtsextrem eingestellten Personen abzielen.
- 2) Projekte, die auf die Gruppierung Sympathisanten abzielen, welche gegenüber dem harten Kern wohlwollend eingestellt ist. Sympathisanten befürworten bzw. akzeptieren das Verhalten und die Ziele des harten Kerns.
- 3) Projekte im Bereich Prävention, die vorbeugend in Bezug auf die gewählte Definition von Rechtsextremismus wirken. Dazu gehören Projekte, die sich mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auseinandersetzen. Projekte mit den Inhalten Gewalt, Toleranz, Migration und Integration sind hier nur dann aufgeführt, wenn sie in Bezug zu den vorher genannten Themen stehen. Projekte, die Publikationen und Dokumentationen zum Inhalt haben, sind hier nicht aufgeführt.

PROJEKTE DIE AUF DEN HARTEN KERN UND DIE SYMPATHISANTEN ABZIELEN

Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus Basel-Stadt und Baselland: Diese Stelle wurde im Dezember 2001 als Anlauf- und Beratungsstelle für Ausstiegswillige, betroffene Eltern, interessierte Personen und Gemeinden geschaffen. Zum Aufgabenbereich der Ansprechpersonen gehören: Kurzfristige Analyse der dargelegten Probleme, schnelle Durchführung eines Erstgespräches, Funktion als Triagestelle (Vermittlerfunktion nach Bedarf zu spezialisierten Anbietern innerhalb des Kantons).

PMS-Kohler: Das Büro führt in BS/BL ein Präventionsprojekt für sich ausschliessende Gruppen Jugendlicher im öffentlichen Raum durch. Ziel ist es, im Dialog Hintergrundmotive gegenseitiger Ausgrenzung und Diskriminierung offen zu legen, Fremd- und Selbstbilder zu objektivieren und dadurch zur Rassismusbekämpfung beizutragen (F. Kohler, persönliche Mitteilung, 7. Mai 2003).

gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus vom Verein Region Bern: Das Projekt gggfon wurde nach verschiedenen rechtsextremistischen Vorfällen in der Gemeinde Münchenbuchsee am 24.11.00 initiiert. Bereits

nach wenigen Monaten wuchs der Gedanke, das Projekt auszuweiten, indem man es regionalisierte. Eines der Argumente für diesen Schritt war, dass durch eine breitere Verankerung des Projektes Veränderungen in der rechtsradikalen Szene schneller bemerkt werden können. Seit dem 01.02.2002 wird dieses Projekt von vierundzwanzig Gemeinden der Region Bern unterstützt und mitfinanziert. Zielpublikum dieses Projektes sind: Personen, die aus einer rechtsradikalen Gruppierung aussteigen wollen; Personen, die von gewalttätigen und rassistischen Übergriffen betroffen sind; Jugendliche, Eltern, JugendarbeiterInnen, LehrerInnen, Fachpersonen, Behörden, Institutionen und Organisationen, die Information und Beratung suchen oder eine Beobachtung melden möchten; Personen, die sich in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen.

Projektziele des gggfons: Es soll in der Region Bern ein Zeichen gegen Gewalt und Rassismus gesetzt werden. Gewalt und Rassismus sollen zum Thema gemacht werden – auch dort wo sie noch zu keinen öffentlichen Problemen geführt haben. Das gggfon will sich gegen diskriminierende Äusserungen oder Handlungen engagieren. Das gggfon will einen Beitrag leisten für eine Kultur mit menschlicherem Umgang.

Zum Aufgabenbereich des gggfon gehören Beratung, Unterstützung und die Vermittlung von Fachstellen und Informationen. Weiter werden Fachtagungen organisiert, Projekte und Aktionen initiiert, Ereignisse dokumentiert und Brennpunktarbeit geleistet. Ergänzende Projekte mit denen das gggfon auf die Themen Rassismus und Gewalt aufmerksam machen und die Auseinandersetzung auf kultureller Ebene ermöglichen will, sind die Präventionsprojekte „Filmpaket“, „Spurgruppe“, „Videoclip“, „der Stopp Rassismuskiosk“ und die Aktion „Streetbasket at Night“ (A. Lüthi, persönliche Mitteilung, 4. Juni 2003).

Netzteil – Internet-Streetworking von der AkdH: Das Projekt Netzteil – Internet-Streetworking wird von der Organisation „Aktion Kinder des Holocaust“ durchgeführt. Das Projekt Netzteil ist ein Internetprojekt hinter dem ein interdisziplinäres Team steht, das unter bestimmten Voraussetzungen die Kommunikation mit Jugendlichen – teilweise gewaltbereiten Rechtsextremen sucht. Dies geschieht auf anonymer Ebene. Zum Aufgabenbereich von Netzteil gehört die Überprüfung von Internetseiten mit rechtsradikalem Inhalt. Wird auf diesen

Seiten gegen geltendes Recht verstossen, so werden die zuständigen Behörden eingeschaltet, um auf die Webmaster bzw. die jugendlichen Neonazis Druck auszuüben. Netzteil sieht darin eine Möglichkeit zu einer ersten Kontaktaufnahme mit der Absicht, die jugendlichen Neonazis zu einem Ausstieg aus der Szene zu bewegen. Ziel dieser ersten Kontaktaufnahme ist es die Jugendlichen zu selbstkritischem Denken und Handeln zu animieren, um sie dann in einem weiteren Schritt so schnell wie möglich an die entsprechenden sozialtherapeutischen Stellen bzw. Institutionen weiter zu vermitteln (S. Althof, persönliche Mitteilung, 30. Mai 2003).

Solidaritätsnetz von NCBI. NCBI (National Coalition Building Institute) Schweiz ist ein konfessionell und politisch neutraler, gemeinnütziger Verein. NCBI setzt sich ein für den Abbau von Vorurteilen, Rassismus und Diskriminierungen jeglicher Art sowie für Gewaltprävention und konstruktive Konfliktlösung. Die Fachstelle Solidaritätsnetz von NCBI hat Projektstatus und unterstützt Gemeinde- und Schulbehörden in ihrer konzeptuellen und praktischen Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Ziel von Solidaritätsnetz ist es lokale Kontaktpersonen zu finden, die in ihren Gemeinden als niederschwellige Anlaufstellen für die Opfer und ZeugInnen von fremdenfeindlicher Gewalt dienen. Gleichzeitig sollte deren Interesse am Austausch und an der Vernetzung mit Behördenmitgliedern, Berufstätigen oder Ehrenamtlichen aus dem Sozialbereich in ihrer Region bestehen, um durch die Bildung eines regionalen Netzwerkes ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu setzen. Da im Umgang mit der Problematik Rechtsextremismus in den betroffenen Gemeinden oft Unsicherheit besteht, bietet das Projekt Solidaritätsnetz verschiedene Weiterbildungen und Austauschtreffen an. Im Vordergrund steht dabei die TeilnehmerInnen zu sensibilisieren, zu ermutigen und zu befähigen sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus einzusetzen und dafür zu sorgen, dass sie in heiklen Situationen konstruktiv und handlungsbereit sind. Weiter plant und leitet Solidaritätsnetz mit den lokalen Kontaktpersonen Präventions- und Interventionsprojekte in Gemeinden, Jugendtreffs, Kirchen, Schulen und Vereinen mit dem Ziel, die Verantwortung an die lokal Beteiligten zu übergeben (z. B. Projekt Muri). Obwohl das Projekt Solidaritätsnetz sich nicht unmittelbar mit dem harten Kern und den Sympa-

thisanten auseinander setzt, ist es an dieser Stelle aufgeführt, weil es die TeilnehmerInnen bzw. KundInnen zur direkten Arbeit mit diesen Kategorien befähigen soll. Weiter leitet NCBI verschiedene Projekte im Bereich Prävention, wie z. B. „Antisemitismus abbauen“ und „Islamophobie – miteinander statt nebeneinander“ (U. Urech, persönliche Mitteilung, 26. Mai 2003).

Koordinationsstelle Rechtsextremismus Luzern: Nach Auftritten rechtsextremer Gruppierungen im Kanton Luzern wurde am 8. September 2000 ein Strategiepapier im Regierungsrat verabschiedet, das als Grundlage für Massnahmen gegen Rechtsextremismus im Kanton dienen sollte. In diesem Strategiepapier wird die damalige Lage in der Schweiz und im Kanton beschrieben und auf die Wichtigkeit von Prävention, Intervention und Information hingewiesen. Als Konsequenz wurde im September 2000 vom Sicherheitsdepartement Luzern die Koordinationsstelle Rechtsextremismus gegründet. Peter Emmenegger, Leiter der Abteilung Recht und Strafvollzug, führt diese Koordinationsstelle.

Zum Aufgabenbereich der Koordinationsstelle gehören: Sie bietet Beratung im Bereich Rechtsextremismus für Gemeinden, Organisationen, Schulen und Einzelpersonen. Sie ist Anlaufstelle für betroffene Eltern rechtsextrem eingestellter Jugendlicher und für ausstiegswillige Rechtsextreme. Sie ist Anlaufstelle für alle Fragen zum Thema Rechtsextremismus. Weiter initiiert und unterstützt die Koordinationsstelle Projekte. Dazu gehört auch das im Juli 2002 ins Leben gerufene Projekt „Netzwerk in den Gemeinden zur Bekämpfung der Jugendgewalt“. Um dem Rechtsextremismus und der Jugendgewalt entgegenwirken zu können, muss das gesamte Gemeinwesen mit einbezogen werden. Nur durch ein Netzwerk können Probleme vor dem Austritt festgestellt werden und entsprechende Massnahmen in der Beratung für die Thematik Rechtsextremismus und in der Mediation für die Deeskalation der Situation getroffen werden. Daher sollte in jeder Gemeinde ein Netzwerk, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus Gemeinderat, Jugendarbeit, örtlicher Polizei und weiteren Fachpersonen, gebildet werden. Die regelmässige Zusammenkunft dieser Gruppe wird angestrebt, um sich gegenseitig über die aktuelle Situation zu informieren, Probleme zu erfassen und Massnahmen im präventiven Bereich auszuarbeiten und allenfalls umzusetzen (P. Emmenegger, persönliche Mitteilung, 2. Juni 2003).

Fanprojekt Zürich: Das Fanprojekt Zürich wurde vom Verein Pro Fan im Januar 2001 initiiert. Ziel ist es jugendlichen Fans eine Anlaufstelle für ihre persönlichen Anliegen zu bieten und ihnen bei der Entwicklung einer positiven Identitätsstruktur zu helfen. Dabei wird unterschieden zwischen kollektiver Arbeit mit Fans (erlebnispädagogische Angebote, Sport, Kultur), individueller Arbeit mit Fans (Beratung, Triage) und Lobby-Arbeit (Vermittlung, Forschung). Im Rahmen dieser Tätigkeiten werden konkrete Aktionen lanciert, bei denen rechtsorientierte Jugendliche einbezogen werden und in denen das Thema Rassismus im Zentrum steht (D. Zimmermann, persönliche Mitteilung, 10. Juni 2003). Über die Fanprojekte in Bern und Basel kann keine Aussage gemacht werden, da zum Zeitpunkt der Bestandesaufnahme (Herbst 2003) keine Informationen gefunden wurden.

PROJEKTE IM BEREICH PRÄVENTION

Da eine ausführliche Darstellung der im Bereich Prävention gefundenen Projekte zu weit führen würde, sind diese nachfolgend in Form einer Tabelle zusammengefasst. Bei der Zuordnung wurde die Struktur der Broschüre „Projekte“ von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung als Orientierung übernommen. Wie bereits zu Beginn erwähnt, erhebt diese Tabelle keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die enthaltenen Anlauf-, Beratungs- und Kontaktstellen haben ebenfalls Projektstatus und werden von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung finanziell unterstützt.

Die Tabelle auf der folgenden Seite enthält sämtliche Kontaktadressen und Homepages aller gefundenen Projekte.

Projekte die auf den "harten Kern" und die Sympathisanten abzielen

	Strasse	Ort	Telefon	E-Mailadresse	Webseite
Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus	Oberdorfstrasse 25b	4118 Regensdorf	061 733 87 25	pmskohler@bluewin.ch	www.pms.ch.vu
ProFAN, Fanprojekt Zürich	Brauerstrasse 87	8004 Zürich	01 241 33 44	info@fanprojekt.ch	www.fanprojekt.ch
Netzteil	AkdH			internet.streetworking@web.de	www.trafo.de.vu
Solidaritätsnetz	National Coalition Building Institute CH	Postfach 944	056 222 71 24	uurech@smile.ch	www.ncbi.ch
JUKO „Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus-Fon“	Verein für Kult. und Soz. Arbeit	Postfach 324	031 333 81 51	juko@datacomm.ch	www.gggfon.ch
Koordinationsstelle Rechtsextremismus Luzern	Peter Emmenegger	6000 Luzern	041 228 59 16		

Projekte im Präventionbereich

Fach-, Beratungs- und Anlaufstellen

Anlaufstelle Antirassismus im Kanton SO CARITAS	Caritas	Berntorstrasse 10	032 622 30 80	info@integration.so.ch	
Anlauf & Beratungsstelle Opfer rassistischer Diskriminierung	Verein IGA	Rossmarkplatz 2	032 621 15 44	iga.sosracisme@tiscalinet.ch	
CaBi Antirassismus Treff	CafeBibliothek SG	Linsebühlstrasse 47	071 222 03 56	info@cabi-sg.ch	www.cabi-sg.ch
Gemeinsam! Anlaufstelle für interkulturelle Vermittlung	Schweizerische Arbeitshilfe SAH	Vorstadt 44	8200 Schaffhausen	zubler@bluewin.ch	
Kontaktstelle Menschenrechte	HEKS	Stampfenbachstr. 123	01 422 44 55	biedermann@hekseper.ch	
SOS-Team für interkulturelle Konflikt und Gewalt TIKK	Schweizer Gemeinnützige Gesellschaft	Strassburgstrasse 15	8004 Zürich	sos-tikk@bluewin.ch	
Koordinationsstelle Jugendarbeit	Reformierte Kirche Basel	4000 Basel		koje@erk-bs.ch	www.erk-bs.ch

Interkulturelle Kommunikation und Mediation

Gemeinsam Leben, Feiern, Kämpfen gegen Rassismus	Verein der Arbeiterinnen aus der Türkei	Bläsiringstrasse 86	4057 Basel	061 693 10 98	
LIK RAT – Begegnung mit dem Judentum	CH. Israelitischer Gemeindebund	Gotthardstrasse 65	8002 Zürich	01 201 89 25	
Trans Cultural Relations	TCR			01 383 19 25	info@transcultural.ch
Ausländerfeindlichkeit und Rassismus	Brennpunkt	Neptunstrasse 38	8032 Zürich	01 252 31 60	brennpunkt@datacomm.ch

Internet

4-Me ein Internetwork für Respekt und Gegen Rassismus	Rüger, Rüter und Schmidt GmbH	Binningerstrasse 110	4123 Allschwil	061 487 91 66	rueger@magnet.ch
Menschenland.ch	Verein Wake Up	Clarahofweg 15	4058 Basel	061 695 95 00	wakeup@balap.ch

Prävention rassistischer Gewalt

„Belchen“ Massnahme gegen Rassismus und Gewalt	Einwohnergemeinde der Stadt Olten	Römerstrasse 11	4614 Hägendorf	032 624 13 62	rheutsch@seh.ch
Fanprojekt mit dem FCB und EHC gegen Gewalt	Abteilung Jugend Familie und Prävention	Rheinsprung 16	4001 Basel	061 267 80 07	anastacia.planta@bs.ch
Halbzeit	Halbzeit	Beudenstrasse 13	3013 Bern		info@halbzeit.ch

Projekte im Präventionsbereich

Sensibilisierung		Radgenossenschaft der Landstrasse	Postfach	Zürich	radgenossenschaft@swissonline.ch
Dokumentations- und Begegnungszentrum	AG „Brücken“	Spielmatte 37	3800 Unterseen	033 823 10 69	www.bruecken.ch
Gemeinsam Brücken bauen	Stiftung geg. Rassismus & Antisemitismus (GRA)	Schweizergasse 6	8023 Zürich	01 211 04 96	www.gra.ch
Gemeinsam gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA)	National Coalition Building Institute CH	Alte Landstrasse 89	8800 Thalwil	01 721 12 28	www.ncbi.ch
Miteinander statt Nebeneinander	Kinderbuch Baobab Terre des Hommes	Laufenstrasse 16	4018 Basel	061 333 27 27	www.evb.ch
Rassismus in Kinder und Jugendmedien					
Sozialarbeit					
Fremdenführer für jugendliche Basler/innen	Franz Kohler, PMS Kohler	Oberdorfstrasse 25b	4118 Regensdorf	061 733 87 25	pmskohler@bluewin.ch
Kein Anschluss am Stadtrand	Gemeinwesenarbeit ZH Nord	Schaffhauserstr. 315	8050 Zürich	01 316 70 10	gwa.nord@sd.stzh.ch
Prävention mit gewaltbereiten Mädchen	Treff für Mädchen & Frauen OJA, Basel	Müllheimstr. 87	4057 Basel	061 633 37 60	maedona@bfa-bs.ch
Stopp Rassismus Kiosk	Verein für Kult. und Soz. Arbeit	Postfach 324	3000 Bern	031 333 81 51	juko@datacomm.ch
Gegen Rassismus	Verein Menschen Rechte geg Rassismus	Gesselschaftstrasse 45	3012 Bern	031 302 01 61	info@humanrights.ch
Migration/zeitung	Migration/zeitung	St. Jakobstrasse 185	4002 Basel		migration@pmd.bs.ch
Impuls	Jugendarbeit Bördeli	Spielmatte 37	3800 Unterseen	033 823 10 69	team@jabinfo.ch
Courage für Menschen gegen Gewalt	Courage für Menschen Gegen Gewalt	Kronenhalde 3	3400 Burgdorf	034 429 92 83	schulsekretariat@burgdorf.ch
Jugendsession 2003	Dachverband CH Jugendorganisationen	Gerechtigkeitsgasse 12	3000 Bern	031 326 29 28	info@jugendsession.ch
Theater und Rollenspiele					
Ich bin OK. Du bist OK. Wir sind OK.	TheaterFalle Basel	St. Johannis-Parkweg 12	4056 Basel	061 383 05 20	theaterfalle@magnet.ch
ForumTheater gegen Rassismus	Abteilung Jugend Familie und Prävention	Rheinsprung 16	4001 Basel	061 267 80 07	anastacia.plantata@bs.ch
Sputnik Youthdance	Youthdance	Regensbergstr.242b	8050 Zürich	01 310 32 22	astrid@kuenzler.ch
Veranstaltungen					
Klartext. Jugendkultur gegen Rassismus	Klick, Tipps, und Infos (Caritas)	Laupenackerstr. 32c	3302 Moosseedorf	031 852 12 85	klartext@infoklick.ch
Korza. Interkultureller Quartierrundgang	Verein Korza	Zurlindenstr. 236	8003 Zürich	01 267 71 77	sflachmann@bluewin.ch
Kultur Poppourri	Verein Africa Freedom	Bristenstrasse 2	8048 Zürich	01 430 52 35	louisie.mombu@bluewin.ch
Zweite Heimatklänge	Franco Suppino & Pino Masullo	Rhynauerstrasse 5	6005 Luzern	041 310 32 92	pinomasullo@hotmail.com
Klick Net	Klick, Tipps, und Infos (Caritas)	Laupenackerstr. 32c	3302 Moosseedorf	031 852 12 85	welcome@infoklick.ch
Vernetzungsarbeit					
Kompetenzzentrum Aufbau von Anlauf- und Beratungsstellen	CARITAS	Rue du Boitet 2	1705 Fribourg	026 425 81 03	iraerber@fr.caritas.ch
Vernetzung Organisationen im Gebiet Rassismusbekämpfung	Forum gegen Rassismus	Neuengasse 8	3001 Bern	031 312 40 45	forum.against.racism@freesurf.ch

Tabelle 1: Aktuelle Projekte zu den drei Kategorien (Stand 30.07.2003)

ANMERKUNGEN

Über die Recherche im Internet konnten mehrheitlich alle wichtigen und relevanten Projekte, einschliesslich der dazugehörigen Kontaktadressen, gefunden werden. Auf kantonaler Ebene konnten vor allem die Projekte zu den ersten beiden Kategorien ermittelt werden. Bis auf den Kanton Luzern, der eine eigene Koordinationsstelle Rechtsextremismus hat, war dies mit erhöhtem telefonischen Aufwand verbunden. Dies bedeutete, dass das Vorgehen über die vier Departemente nicht ausreichte und mit dem Verweis auf andere Kontaktpersonen verbunden war. Ergebnisse zu Projekten im Präventionsbereich gab es bei der kantonalen Abklärung selten. Von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung konnten die Broschüren mit dem Titel „Projekte“ aus den Jahren 2001 und 2002 bezogen werden. Diese enthielt zum einen laufende Projekte und zum anderen viele Kontaktadressen von Vereinen, Organisationen, Fachstellen und Schlüsselpersonen. Von der EKR wurde auf die Fachstelle für Rassismusbekämpfung verwiesen. Über die aus den Projektbroschüren von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung erhaltenen Schlüsselpersonen konnten keine neuen Ergebnisse ermittelt werden. Die erhaltenen Rückmeldungen bestätigten die aktuelle Durchführung der Projekte aus den Broschüren. Bei der Recherche über die Presseschau und die verschiedenen Homepages bekannter Tageszeitungen (Tagesanzeiger, Neue Zürcher Zeitung, Der Bund, Basler Zeitung, Luzerner Zeitung, Beobachter) konnten keine Projekte gefunden werden. Die Kontaktaufnahme mit Radio und Fernsehen DRS ergab keine Resultate. Die Recherche über verschiedene Bibliothekskataloge im Internet blieb weitgehend ergebnislos. Eine Schlüsselperson gab den Hinweis, dass an der Universität Fribourg eine Diplomarbeit, die sich mit diesem Thema befasst, existieren sollte. Die Suche nach derselben blieb erfolglos.

FAZIT

Auf die Frage „Was tun gegen Rechtsextremismus?“ bietet diese Arbeit einen Überblick bzw. Anhaltspunkt über die unterschiedlichen Bemühungen und Bestrebungen von Seiten der sozialen Arbeit. Die Vielfalt der aufgeführten Projekte zeigt, wie breit die Palette an Möglich-

keiten ist. Diese reicht von der Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen über interkulturelle Arbeit, geschlechtsspezifische Arbeit, Internet- und Fanprojekte etc. bis hin zu Tanz- und Theaterprojekten. Vor allem bei den grösseren Projekten, wie von der Koordinationsstelle Rechtsextremismus Luzern, dem Solidaritätsnetz von NCBI und dem gggfon, kam deutlich zum Ausdruck, dass in der Bildung von Netzwerken ein wichtiges Aufgabenfeld zur Bekämpfung von Rechtsextremismus besteht. Um diese Thematik nachhaltig anzugehen, muss aus deren Sicht das gesamte Gemeinwesen mit seinen Institutionen, Behörden und Einwohnern einbezogen werden. So soll z. B. im Kanton Luzern in jeder Gemeinde ein Netzwerk mit Vertretern und Vertreterinnen aus dem Gemeinderat/Stadtrat, der Schulleitung, der Jugendarbeit, der örtlichen Polizei und weiteren Fachpersonen gebildet werden (P. Emmenegger, persönliche Mitteilung, 2. Juni 2003).

In der Projektbeschreibung des gggfon wird darauf hingewiesen, dass Gewalt und Rassismus nicht das Problem von Einzelpersonen ist. Es betrifft die gesamte Gesellschaft und im Sinne eines systemischen Ansatzes soll sich das Gemeinwesen mit dieser Problematik befassen. Ziel ist das das Gemeinwesen eine klare Haltung nach innen und aussen entwickelt, dass es keinen Rassismus und keine Gewalt will (A. Lüthi, persönliche Mitteilung, 4. Juni 2003).

Dass die soziale Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus leisten kann, haben die Vielzahl an Projekten und die von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung zur Verfügung gestellten Gelder gezeigt.

Als Fazit dieser Arbeit bleibt, dass die soziale Arbeit über geeignete pädagogische Konzepte verfügt und durch unterschiedlichste Projekte einen relevanten Beitrag gegen die Normalisierung und Verfestigung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Tendenzen leisten kann. Wichtig ist dabei, dass sowohl im Bereich der Prävention als auch der Intervention Langfristigkeit und Kontinuität erforderlich ist.

PROJEKTE IM SCHULISCHEN BEREICH ZUM THEMA RECHTSEXTREMISMUS – BESTANDESAUFNAHME IN DER DEUTSCHEN SCHWEIZ

*Astrid Rembges, Sachiko Rush, Vreni Nyffenegger,
Steven Roth, Christoph Grandy (begleitet von Matthias
Drilling)*

METHODISCHES VORGEHEN

Auf dem Hintergrund der drei folgenden Fragen soll das aktuelle Angebot aufgenommen werden:

- 1) Was werden in den deutschschweizer Schulen für Projekte zum Thema Rechtsextremismus angeboten?
- 2) Wer ist das „Zielpublikum“ dieser Projekte?
- 3) Unter welchen Gesichtspunkten lassen sich die vorhandenen Projekte kategorisieren?

Um an die Adressen der zuständigen Dienststelle in der Deutschschweiz zu gelangen, wurde via Internet recherchiert. Zumeist waren dies das „Bildungsdepartement“ die „Erziehungs- und Kulturdirektionen“, wenn vorhanden das „Amt für Volksschulen“ oder die zuständige Behörde der betreffenden Kantone. Parallel zu Ämtern und Departementen wurden Recherchen in den folgenden Gebieten betrieben: Bibliotheksbestände, Zeitungen und Internet (hier speziell nach Fachstellen). Ein Brief wurde dann via E-Mail an die gefundenen Adressen verschickt.

BESTANDESAUFNAHME

Die Bestandesaufnahme ist nach Kantonen und nach Zielgruppen unterteilt (Stand 31. Juli 2003).

Lehrpersonen	Prävention	Sympathisanten	Harter Kern
Kanton Aargau			
„Vorurteile abbauen“, Projekt der Oberstufe Schinznach-Dorf	„Vorurteile abbauen“, Projekt der Oberstufe Schinznach-Dorf	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Kanton Appenzell I. Ah			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt

Für die Auswertung der Unterlagen wurden vier verschiedene Kategorien definiert (s.u.).

Um den Begriff „Rechtsextremismus“ zu erklären, wird auf eine Definition der Stiftung Demokratische Jugend, der Servicestelle CIVITAS (2003) Bezug genommen: „Beim Rechtsextremismus handelt es sich um ein komplexes Einstellungsmuster. Für Rechtsextremisten ist vor allem die Einteilung der Menschen in verschiedene hierarchisch gegliederte Gruppen typisch. Diese Idee der Einteilung ist das Grundmuster und die Basis rechtsextremer Weltanschauung. Menschliche Gruppen werden demnach nicht nur unterschieden, sondern bekommen eine Wertigkeit, die an ihrer „rassistischen“, kulturellen oder nationalen Zugehörigkeit festgemacht wird. Grundsätzlich werden ausserdem zumeist folgende Bestandteile rechtsextremer Einstellung zugerechnet: Nationalismus in aggressiver Form; Feindschaft gegen Ausländer; Minderheiten, Antisemitismus und Rassismus, biologische und sozialdarwinistische Theorien; Intoleranz, Glaube an Recht durch Stärke, elitär-unduldsames Sendungsbewusstsein und Diffamierung Andersdenkender; Militarismus, „Führertum“, Unterordnung; Verherrlichung des NS-Staats als Vorbild – Negierung/Verharmlosung der NS-Verbrechen; Neigung zu Verschwörungstheorien; latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele.“

Weitere Definitionen:

Harter Kern: Personen, die öffentlich zu ihrer politisch rechtsorientierten Gesinnung stehen und zudem schon verurteilt oder polizeilich registriert wurden.

Sympathisanten: Personen, die das Verhalten und die Ziele derjenigen aus dem „Harten Kern“ akzeptieren, bzw. befürworten.

Lehrpersonen	Prävention	Sympathisanten	Harter Kern
Kanton Appenzell I. Rh			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Kanton Bern			
Keine Projekte bekannt	„Solidarität ist lernbar“.	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Kanton Baselland			
Lehrerweiterbildung BL	„Wertschätzung“	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Kanton Basel-Stadt			
Lehrerweiterbildung BS	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Glarus			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Graubünden			
Keine Projekte bekannt	Unterrichtsthema GR	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Luzern			
Wegleitung: „Mit vereinten Kräften gegen Rassismus und Rechtsextremismus“	Musik & Theater Projekt Oberstufe Wolhusen.	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Nidwalden			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Obwalden			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
St. Gallen			
Informationsschrift „sicher! Gesund!“	Oberstufenzentrum Sarganserland „Umgestaltung des Pausenhofes“ (2001) „Wanderausstellung“ (2002)	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Kanton Schaffhausen			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Solothurn			
3-tägige Weiterbildung zur schulinternen Kontaktperson (SchiK). plus Handbuch	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Schwyz			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Thurgau			
„Task Force“	Keine Projekte bekannt	„Task Force“	„Task Force“
Uri			
Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Zürich			
„Vergessen oder Erinnern?“ Lehrmittel des Kanton Zürichs „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt“ von M.E. Davolio zum Thema Projektunterricht	Die Stiftung Erziehung zur Toleranz unterstützte Wettbewerbsprojekte für Schulklassen für die Expo02 und erstellt Literatur für Jugendliche	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt
Vom Pestalozzianum Zürich verschiedene Weiterbildungen, Beratungen und Informationen NCBI Schweiz bietet Konzepte für Kurse zum Thema Abbau von Vorurteilen und Rassismus SET (Stiftung Erziehung und Toleranz) produziert Lehrmittel und Publikationsreihen TANGRAM, Bulletin der Eidg. Kommission gegen Rassismus mit dem Titel „Rassismusbekämpfung international“	Die Volketswiler Oberstufe; Interaktives Theater und geplante Projektwochen		
Kanton Zug			
Keine Projekte bekannt	Mediation	Keine Projekte bekannt	Keine Projekte bekannt

ANMERKUNGEN

Vom Kanton Aargau gab es keine Rückmeldungen. Bei den zusätzlichen Recherchen ist folgendes Projekt aufgefallen: Die Oberstufe Schinznach-Dorf hat zusammen mit NCBI das Projekt „Vorurteile abbauen“ durchgeführt. Das Projekt bestand aus einer Lehrerweiterbildung und einem eintägigen Workshop für die Schulklassen.

Vom Kanton Appenzell I. Au gab es keine Rückmeldungen. Auch bei den zusätzlichen Recherchen sind keine Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Im Kanton Appenzell I. sind dem Erziehungsdepartement keine Fälle von Rechtsextremismus in der Schule bekannt. Dementsprechend werden keine „Projekte“ oder „Angebote“ gemacht.

Im Kanton Bern gibt es auf kantonaler Ebene keine Aktivitäten, die sich konkret mit der Thematik Rechtsextremismus im schulischen Bereich befassen. Die Direktion für Bildung, Umwelt und Integration (von Gemeinderätin E. Olibet) der Stadt Bern hat eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Gewalt in der Schule“, welche beim Schulamt angesiedelt ist. Zudem wurde das Präventionsprojekt „Solidarität ist lernbar“ gefunden.

Basel-Landschaft: Nach diversen Telefonaten wurde klar, dass im Kanton Baselland in den Schulhäusern von Röschenz, Zwingen und Liesberg im Rahmen einer Lehrerweiterbildung Frau D. Widmer vom Schulinspektorat Baselland referiert hat. Die beiden Basel unterhalten zusammen eine Arbeitsgruppe zum Thema Rechtsextremismus, die von Franz Kohler als Fachperson begleitet wurde. Die Realschule Sissach hat das Projekt „Wertschätzung“ durchgeführt.

Die beiden Basel unterhalten zusammen eine Arbeitsgruppe zum Thema Rechtsextremismus, die von Franz Kohler als Fachperson begleitet wurde. Es werden Weiterbildungen für Lehrpersonen angeboten, in denen die Handlungsfähigkeiten gestärkt – und Sachkompetenzen erworben werden sollen.

Im Kanton Glarus sind der Erziehungsdirektion keine Fälle von Rechtsextremismus in der Schule bekannt. Dementsprechend werden keine „Projekte“ oder „Angebote“ gemacht.

Dem Amt für Volksschule und Kindergarten des Kantons Graubünden sind keine Projekte bekannt. Eine Anfrage an die zuständigen Schulinspektorate hatte nur einen

geringen Rücklauf. Es kann aber gesagt werden, dass das Thema Rechtsextremismus im Fach Lebenskunde /Geschichte behandelt wird

Das Bildungsdepartement Luzern verwies an das Amt für Volksschulbildung, zu Frau C. Bühlmann. Sie sendete die Wegleitung, die auch an Lehrpersonen abgegeben wird: „Mit vereinten Kräften gegen Rechtsextremismus und Rassismus“. Zusätzlich wurde noch ein Projekt der Oberstufe Wolhusen gefunden: Das Projekt „Brückenschlag“ umfasst Musik und Theater es soll das Schulklima und Zusammenleben verbessern.

Im Kanton Nidwalden sind dem Amt für Volksschulen keine Fälle von Rechtsextremismus in der Schule bekannt. Dementsprechend werden keine „Projekte“ oder „Angebote“ gemacht.

Vom Kanton Obwalden kam keine Rückmeldung. Auch bei den zusätzlichen Recherchen sind keine Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Im Kanton St. Gallen gibt es eine „Fachstelle für Fremdsprachige“, die sich mit der Thematik beschäftigt und mit dem Amt für Volksschulen zusammenarbeitet. Das Oberstufenzentrum Sarganserland führte schon zwei konkrete Projekte durch: Umgestaltung des Pausenhofes. Alle Schulklassen haben sich mit einem bestimmten Aspekt des Themas Rechtsextremismus und Gewalt befasst sowie ein Plakat dazu hergestellt. Die Plakate wurden als Wanderausstellung in allen Schulhäusern aufgestellt.

Im Kanton Schaffhausen sind dem Erziehungsdepartement keine Fälle von Rechtsextremismus in der Schule bekannt. Dementsprechend werden keine „Projekte“ oder „Angebote“ gemacht

Kanton Solothurn: Aus dem E-Mail von Frau H. Kleeb (Päd. Fachhochschule Solothurn): „Im Zusammenhang mit schwierigen Schulsituationen, zu denen gewiss auch, aber nicht ausschliesslich, Vorfälle im Themenbereich Rechtsextremismus gehören, bieten wir von der Weiterbildung eine 3-tägige Ausbildung zur schulinternen Kontaktperson (SchIK) an. Dabei wird den Teilnehmenden ein Handbuch abgegeben, worin das Konzept, Vorgehensweisen, Werkzeuge, Beispiele, Kontaktadressen usw. zu ersehen sind.“ Bei den zusätzlichen Recherchen sind keine weiteren Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Dem Amt für Volksschulen des Kantons Schwyz sind keine Projekte zum Thema Rechtsextremismus bekannt.

Auch bei den zusätzlichen Recherchen sind keine Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Im Kanton Thurgau gibt es eine „Task Force“, die bei Gewalt an der Schule eingreift. Rechtsextremismus war in den letzten zwei Jahren dreimal Grund für einen Eingriff der „Task Force“. Bei unseren weiteren Recherchen sind keine Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Im Kanton Uri sind dem Amt für Volksschulen keine Fälle von Rechts-extremismus in der Schule bekannt. Auch bei unseren Recherchen sind uns keine Projekte aufgefallen oder gefunden worden.

Kanton Zürich: Nach den Angaben der Bildungsdirektion des Kantons Zürichs wurden die oben genannten Stellen und Lehrmittel gefunden. Die „Respektgruppe“ der Volketswiler Oberstufe plant nach der Zusammenarbeit mit der Theatergruppe „Theaterfalle“ eine Projektwoche für alle 400 Schüler, mit den Themen Rassismus und Gewalt.

Vom Departement für Bildung und Kultur des Kantons Zug wurde an die einzelnen Schulhäuser verwiesen. Aus dem Rücklauf geht hervor, dass in den einzelnen Schulhäusern Schüler zu MediatorInnen ausgebildet werden, um im Konfliktfall zu vermitteln. Das Thema Rechtsextremismus wird speziell im Fach Geschichte behandelt.

FAZIT

Von den 19 angeschriebenen Kantonen haben drei keine Antwort zurückgeschickt. Von den restlichen 16 Kantonen konnten zehn ausgemacht werden, die das Thema in irgendeiner Form behandeln. Es wurden vorwiegend Projekte gefunden, die im weitesten Sinne mit Rassismus und Rechtsextremismus in Verbindung stehen. Diese Projekte sind im Bereich Prävention und Integration angesiedelt. Zu den Kategorien Sympathisanten und Harter Kern gibt es verschwindend wenig Projekte.

Es sind fast ausschliesslich Unterlagen für die Weiterbildung von Lehrern eingegangen. Diese Unterlagen waren ähnlich gegliedert und enthielten Informationen zur Skinhead-Szene, Vorschläge für die Unterrichtsgestaltung und Literaturlisten sowie Adressen von Fachstellen. Die Auswertung des Rücklaufes ergab, dass in den Ballungszentren der Deutschschweiz ein relativ grosses Angebot an präventiven Projekten vorhanden ist. In den ländlichen Regionen gibt es hingegen kaum Projekte.

Dies erstaunt, da die rechtsextreme Szene und deren Sympathisanten hauptsächlich in ländlichen Gebieten anzutreffen sind.

Es gibt zur Thematik kaum interkantonale Vernetzungen. Es sind kantonale und nationale Medien, Lehrmittelvertriebe und Möglichkeiten zu Weiterbildung vorhanden. Aus den Recherchen wird aber nicht ersichtlich, wie die Verteilung und der mögliche Zugriff auf diese Ressourcen organisiert sind.

Der Eindruck entsteht, dass es an den einzelnen Lehrpersonen liegt, angebrachte präventive und gegebenenfalls reaktionäre Massnahmen zu ergreifen und Engagement zu zeigen. Die mangelnde Vernetzung im Schulsystem bringt mit sich, dass kaum auf Erfahrungen und bereits bestehende Konzepte zurückgegriffen werden kann. Dies erfordert von den Lehrern ein hohes Mass an Eigeninitiative und ist für sie mit grossem Aufwand verbunden.

Es scheint, dass manche Geldgeber (Stiftungen, Staat) zwar Finanzen zur Verfügung stellen, jedoch nichts genaueres über den Inhalt der zu unterstützenden Projekte wissen.

Es wäre wünschenswert, eine nationale Vernetzungsstelle zu schaffen, bei welcher laufende Projekte und das Wissen von Fachpersonen gebündelt wird. Aus den Ergebnissen der Bestandesaufnahme lässt sich ableiten, dass sich Soziale Arbeit im schulischen Bereich vorwiegend auf Prävention beschränkt.

Offenbleiben schliesslich folgende Fragen: Mit welcher Zielgruppe ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus am erfolgreichsten? Hat die Soziale Arbeit die Möglichkeit mit Sympathisanten und dem Harten Kern wirkungsvoll zu arbeiten – wenn ja, wie würde diese Arbeit aussehen? Wie lautet die Begründung, dass in der deutschen Schweiz nur ein Kanton direkt auf den Harten Kern einwirkt?

RECHTSEXTREMISMUS IN DER SCHWEIZ: MEDIENWAHRNEHMUNG

Flavia Bonauer, Antonella Munafo, Alain Sasse, Andreas Vonlanthen (begleitet von Brigitta Gerber)

VORGEHEN

Unsere Fragestellungen lautete: Wie wird der Rechtsextremismus in den Schweizer Medien wahrgenommen, wie thematisiert? Wie berichten die Schweizer Medien über Rechtsextremismus? Gibt es Unterschiede in der Berichterstattung verschiedener Zeitungen?

Dazu wurde der Fokus auf drei Zeitungen gelegt: Basler Zeitung (BAZ), Neue Zürcher Zeitung (NZZ) und Blick. Als Zeitraum für die Berichterstattung wurde der 1. August 2000 bis 31. August 2000 gewählt.

Die Fragen sollen anhand folgender Vorfälle verglichen und analysiert werden.

Vorfall I: August 2000, – 1. Augustfeier auf der Rütliwiese am Vierwaldstättersee, die Schweiz feiert ihren 709. Geburtstag, Bundesrat Kaspar Villiger hält seine 1. Augustrede. Er wird gestört durch rund 100 bis 150 patriotische Demonstranten, Rechtsextremisten, die rechte Parolen skandieren. Die Bilder gehen durch die Medien.

Vorfall II: Samstag, 26. August 2000, – St. Gallen, in der Nacht auf Sonntag ereignet sich eine Schlägerei zwischen 50 Rechtsextremisten und 80 Schwarzafrikanern. Die Polizei greift ein. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, angefangen zu haben. 80 % der Rechtsextremisten wohnen nicht in St. Gallen.

Diese zwei Ereignisse bestimmten einen Grossteil der Berichterstattung über Rechtsextremismus im Monat August 2000. Mit dem Vergleich der Berichterstattung dieser drei Zeitungen sollen Abweichungen untereinander festgestellt und interpretiert werden. Im dritten Teil dieser Arbeit geht es dabei mehr um die quantitative Berichterstattung und im vierten Teil mehr um den beschreibenden Inhalt der Artikel.

RECHTSEXTREMISMUS UND PRESSE

„Massenmedien filtern für die individuelle Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen auf diese Weise das Bewusstsein der Menschen, für die sich Realität zunehmend über die Rezeption von Medien erschliesst.“ (Butterwegge, Hentges, Sarigöz, 1999, S. 67) Die Medien können ganz entscheidend mitverantwortlich für die Erzeugung und Verfestigung gesellschaftlicher Phänomene sein. (vgl. Butterwegge, Hentges, Sarigöz, 1999, S. 64)

Einerseits können Medien rassistische Einstellungsmuster verankern oder verstärken, andererseits berichten sie auf der Metaebene über den Rechtsextremismus, seine Organisationen und gewaltsamen Übergriffe gegenüber (ethnischen) Minderheiten. Dadurch sind Massenmedien gleichzeitig Auslöser, Träger und Verstärker des Ethnisierungsprozesses. (vgl. Butterwegge, Hentges, Sarigöz, 1999, S. 65)

Es kann behauptet werden, dass die Rechtsextremisten agieren und die Journalisten reagieren. Im Mittelpunkt des Medieninteresses stehen die Täter, die Opfer und die Folgen rechtsextremer Aktivitäten bleiben hingegen oft im Dunkeln. Durch die Dominanz der Gewaltberichterstattung erscheint Rechtsextremismus primär als kriminelles Handeln und weniger als gesellschaftspolitisches Problem. (vgl. Butterwegge, Hentges, Sarigöz, 1999, S. 82)

AUSWERTUNG DER ZEITUNGSARTIKEL

Anzahl erschienene Artikel zum Thema Rechtsextremismus: Im Blick hat es mit 35 Artikeln mehr Berichte über den Rechtsextremismus als in den beiden anderen untersuchten Tageszeitungen. Die BAZ und NZZ veröffentlichen zu diesem Thema fast gleich viele Artikel.

Erschienene Artikel zum Thema	BAZ	NZZ	Blick
Anzahl	19	14	35

Art/Form der Artikel: Der grösste Teil der Artikel aller drei Zeitungen berichtet über aktuelle Vorkommnisse. Die Zahl der erwähnten Vorkommnisse im Zusammenhang mit Rechtsextremismus unterscheidet sich aber je nach Zeitung. Der Blick bietet nicht nur mehr Berichte

zum Tagesgeschehen, er veröffentlicht auch deutlich mehr Begleitmaterialien in Form von Rechercheberichten, Interviews und Kommentaren als die anderen Zeitungen.

Art der Artikel	BAZ	NZZ	Blick
Berichte zum aktuellen Geschehen	13	11	17
Rechercheberichte	4	1	8
Interviews	2	1	7
Kommentare	0	1	3

Bezugnahme auf Ereignisse vom August 2000

(Beispiel 1. August 2000 auf dem Rütli): Wie oft wird der Vorfall vom 1. August 2000 auf der Rütli – Wiese in den Medien erwähnt? Wie verhalten sich die Medien in solchen Situationen? Die BAZ greift den Vorfall erst ab Mitte August 2000 immer wieder mit langen Berichten auf, die NZZ berichtet mit fast nur der Hälfte an Artikeln. Der Blick erinnert am häufigsten an den Vorfall vom 1. August 2000. Die Medien, bzw. die von uns untersuchten Zeitungen, warten grösstenteils bis Mitte Monat mit der Herausgabe von grösseren Berichten, die sich auf den Vorfall vom 1. August beziehen. Das kann daran liegen, dass zu Monatsbeginn noch viele SchweizerInnen in den Sommerferien sind. Um diese Leute ebenfalls zu erreichen und zu informieren, hat sich die Debatte rund um das Phänomen Rechtsextremismus in der Schweiz wahrscheinlich deshalb erst später eröffnet.

Bezugnahme auf folgende Ereignisse	BAZ	NZZ	Blick
Vorfall 1. August 2000 auf dem Rütli	9	4	14
Vorfall 26. August 2000 Schlägerei in St. Gallen	3	3	4

Fakten zur Rechtsextremen Szene

Der Blick rechnet mit einer deutlich höheren Zahl von Rechtsextremisten als die anderen Zeitungen. Die BAZ und die NZZ haben verschiedene neonazistische und rechtsextreme Gruppen erwähnt, verzichten aber darauf, eine komplette Übersicht über die Gruppierungen zu veröffentlichen. Der Blick hat dazu eine Liste veröffentlicht. Auf dieser fehlen aber Gruppierungen, welche die

NZZ ihrerseits erwähnt. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Liste des Blick ihrem Anspruch nach Vollständigkeit nicht gerecht wurde.

Fakten zur Rechtsextremen Szene	BAZ	NZZ	Blick
Anzahl Skinheads in der Schweiz	600–700	600–700	1000
Anzahl Neonaziorganisationen in der Schweiz	0	0	11

Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung der Rechtsextremisten in der Schweiz: Wie oft sind die Medien die „Aufklärer“ der Gesellschaft, wenn es um das Thema Rechtsextremismus geht? Beschreiben sie die Entstehung und Entwicklung dieser Bewegungen so, dass sie die Bevölkerung nachvollziehen kann und gründlich darüber informiert ist? Die drei untersuchten Zeitungen erfüllen diesen Aspekt. Mit ca. 1 bis 2 Artikeln im gesamten August 2000 hat jede dieser drei Zeitungen die Geschichte des Rechtsextremismus in der Schweiz bis zum 2. Weltkrieg zurückverfolgt. Die Gruppen und ihre Gründungsdaten (wie z.B. die „Schweizer Hammerskins (SHS)“, eine Bewegung die im 1990 gegründet wurde) werden veröffentlicht und chronologisch und übersichtlich dargestellt.

Geschichtliche Entwicklung	BAZ	NZZ	Blick
Ausführungen über die geschichtliche Entwicklung	1	2	2

Zitat „Die Gewaltbereitschaft ist gestiegen“: Wie oft wird der Satz „die Gewaltbereitschaft ist gestiegen“ ausgesprochen? Von wem und in welchem Kontext? Und wie können die Konsequenzen einer solchen Behauptung für die Bevölkerung aussehen? Im Blick vom 03.08.2000 erklärt Georges Wüthrich (Journalist), dass das Wachsen der Gewaltbereitschaft im Zusammenhang zu den Gruppenführern der Bewegungen stehe, da diese immer mehr „Anziehungskraft“ erhielten. Interessanterweise stellt die Basler Zeitung vom 15.08.2000 die Behauptung einer Zunahme von Gewaltbereitschaft in der Schweiz in Frage. Sie versucht diese Frage durch ein Interview mit Hans Stutz, der nach Angaben der Basler Zeitung Historiker ist, zu beantworten und erhält dabei Zustimmung. Die NZZ schreibt doppelt soviel Artikel wie die BAZ oder den Blick, in denen diese Behauptung aufgestellt wird. Auch sie sind jedoch der Meinung, dass der derzeit in

den Medien vermittelte Eindruck, rechtsextremistische Übergriffe hätten sich in jüngster Zeit vervielfacht, in diesem Sinne so nicht zutrifft. Eine Aussage wie „die Gewaltbereitschaft ist gestiegen“ kann die Darstellung einer Realität eines Landes (der Schweiz) sein, sie kann aber gleichzeitig als Instrument benutzt werden, um bei der (Schweizer) Bevölkerung Angst zu verbreiten.

	BAZ	NZZ	Blick
Zitat „Die Gewaltbereitschaft ist gestiegen“	4	2	2

Aussagen zur Strafnorm gegen Rechtsextremismus: Der Blick stellt sich quasi als einzige Plattform für den Ruf nach einer strengeren Rechtsextremismus – Strafnorm dar. Er fordert damit, in seiner Rolle als mächtiges Schweizer Medium, die Politik. Bundesrätin Metzler beruft im gleichen Monat eine Sonderkommission ein, welche die bestehende Rechtsextremismus – Strafnorm überprüfen soll. Es kann sich dabei die Frage stellen, wie weit die Berichterstattung im Blick zur Auslösung dieses Prozesses beigetragen hat.

Aussagen zur Strafnorm gegen Rechtsextremismus			
	BAZ	NZZ	Blick
bestehende Strafnorm genügt	2	1	1
bestehende Strafnorm genügt nicht	0	0	4

REAKTIONEN BUNDESRAT, PARTEIEN, POLIZEI, RECHTSEXPERTEN

Gibt es in den Medien (Blick, BAZ, NZZ) Reaktionen seitens des Bundesrats, der Parteien, der Polizei und Rechtsanwälte in Bezug auf den Vorfall vom 1. August auf der Rütliwiese – und wie sehen diese aus; eher kämpferisch, resignierend, abwartend, verharmlosend oder gar tolerierend? Ergänzen sich die (zitierten) Meinungen der obengenannten verschiedenen Gruppen (z.B. des Bundesrats) in den drei Zeitungen oder sind diesbezüglich Differenzen festzustellen?

Diese Fragestellung ist auch aus dem Grund interessant, da die obengenannten Gruppen eine Vorbildfunktion für Schweizer Bürger und Bürgerinnen ausüben und diese mit ihren Aussagen in Bezug auf Rechtsextremismus beeinflussen können.

REAKTIONEN DES BUNDESRATES

Im Blick vom 9.8.2000 steht, dass Bundesrätin Ruth Metzler trotz bundesrätlichen Sommerferien energisch gegen die wachsende Gewalt von rechts vorgehen will. Sie möchte überprüfen lassen, ob die Antirassismus-Strafnorm im Kampf gegen den Rechtsradikalismus noch ausreicht. (Blick, 9. Aug. 2000, Nummer 183, S. 3)

In einem Artikel des Blicks vom 9. 8. 2000 ist zu lesen, dass Metzler froh ist in Anbetracht dessen, dass die Öffentlichkeit und die Politik die Gefahr von rechts jetzt so intensiv diskutieren. Sie sagt, dass es schon vorkam, dass der Chef der Bundespolizei belächelt wurde, als er von dieser Entwicklung gewarnt hat. Metzler stellt fest, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung nun wachsen würde und vielen klar geworden sei, dass es ein Problem gibt und dies wiederum die Arbeit ihres Departements unterstützen würde.

Metzler findet, dass die aktuelle Situation eine sorgfältige Prüfung der Antirassismus-Strafnorm erfordere, vor allem was die Grenze zwischen öffentlichen Auftritten und privaten Anlässen von 200 bis 300 Leuten betrifft. Ihrer Meinung nach müsse geprüft werden, wie Propaganda-Auftritte mit rassistischen Gebärden und Emblemen unterbunden werden können. Metzler versichert, dass diese Überprüfung stattfinden würde und dass sie dies bereits mit ihrem Bundesamt für Polizei vereinbart hätte.

Metzler fügt an, dass sie den Bundesrat umfassend informieren und aufzeigen würde, dass es aber nicht allein ein Polizeiproblem wäre. Mit Ständerat Franz Wicki (CVP) habe sie vereinbart, dass zu Beginn der Herbstsession eine Sitzung mit seiner Delegation zum Thema Rechtsextremismus stattfinden würde. (Blick, 9. Aug. 2000, Nummer 183, S. 3)

Das von Metzler vorbereitete Massnahmenpaket (Neue gesetzliche Grundlagen gegen braune Propaganda, Prävention in den Schulen, Erforschung des Extremismus, Internationale Konferenz gegen Rassismus im Internet, Expertisen über die Wirkung des neuen Rechtsextremismus auf den Wirtschaftsstandort Schweiz) stösst bei der ausserordentlichen Bundesratssitzung auf dem Schiltorn (23. 8. 2000) bei den anderen Bundesräte auf Ablehnung, wie im Blick vom 24. 8. 2000 dokumentiert wird.

Metzler wird mit den Worten, „das Ganze ist medial aufgebauscht“, „es ist zu früh für konkrete Massnahmen“

und „wir wollen den Kantonen nicht vorgreifen“, vom Kollegium ausgebremst.

Die anderthalbseitige Erklärung des Bundesrates erschöpft sich in folgenden Satz: „Der Bundesrat äusserte den Willen, den politischen und rechtlichen Handlungsspielraum auszuschöpfen sowie rechts-extremistische Tendenzen und Aktivitäten gemeinsam mit Kantonen und Gemeinden zu bekämpfen“. (Blick, 24. Aug. 2000, Nummer 196, Seite 1)

Bundesrat Kaspar Villiger äussert im Blick vom 25. 8. 2000, dass der Rechtsextremismus vor allem wegen der „Rütli-Schande“ zum Thema wurde und eine Sensibilisierung in der Öffentlichkeit stattgefunden habe.

Villiger sagt, dass auf Bundesratsstufe ein ganzes Bündel von Massnahmen vorbereitet würden.

Wichtig sei ihm, dass man versuchen müsse, blosser Mitläufer rechtsextremistischer Organisationen wieder in die demokratischen Strukturen einzubinden und das Ausgrenzen sicher der falsche Weg sei. (Blick, 25. Aug. 2000, Nummer 197, Seite 5)

In einem Artikel der BAZ vom 10. 8. 2000 sagt Ruth Metzler, dass sie die Anwendung der Antirassismus-Strafnorm überprüfen lassen will und zwar im Hinblick darauf, „was die Grenzen zwischen öffentlichen Auftritten und privaten Anlässen von 200 bis 300 Leuten betrifft“ und ausserdem, „wie Propagandaauftritte mit rassistischen Gebärden und Emblemen unterbunden werden können“. (BAZ, 10. Aug. 2000, Nummer 184)

Metzler findet, dass die Problematik des Rechtsextremismus in der Schweiz schon seit längerer Zeit besteht – nicht erst, seit Rechtsextreme die 1.-August-Rede von Bundesrat Villiger auf dem Rütli gestört haben. Ihr Departement habe wiederholt im Staatsschutzbericht darauf hingewiesen. Neu sei hingegen, dass die Rechtsextremen am 1. August massiv öffentlich aufgetreten seien und dass die Szene an Dynamik gewinne. Metzler betont, dass die Ausmasse für den Staat nicht so bedrohlich seien, dass von heute auf morgen einschneidende Massnahmen ergriffen werden müssten. (BAZ, 19./20. Aug. 2000, Nummer 192)

Der Bundesrat will seinen rechtlichen und politischen Handlungsspielraum voll ausschöpfen, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Dies verkündet Metzler am 23. 8. 2000.

Weiter steht in der BAZ vom 24. 8. 2000 geschrieben,

dass zur Umsetzung dieser Absichtserklärung eine von Metzler eingesetzte Arbeitsgruppe beitragen soll, die unter der Leitung von Urs von Daeniken, dem Chef der Bundespolizei (Bupo), bis Mitte September Entscheidungsgrundlagen liefern soll. Unter anderem soll dabei überprüft werden, ob das Antirassismusgesetz dazu taugt, den Rechtsextremismus in Schach halten zu können und ob dafür allenfalls Öffentlichkeit und privater Raum anders definiert werden müssen. Ausserdem soll zur Verbesserung der Koordination der Informationsaustausch zwischen den Kantonen intensiviert werden. Wichtig sei auch die Sensibilisierung der Gesellschaft insgesamt und es bedürfe einer „offenen, ehrlichen und demokratischen Auseinandersetzung“ mit der Problematik.

Die Bundesräte nehmen zur Kenntnis, drücken Besorgnis aus, mahnen – kommen aber bei der Stellungnahme vom 23. 8. 2000 nicht über dieses Stadium hinaus, verlieren z.B. kein Wort über mögliche Ursachen für das Erstarken der rechtsextremen Szene. Metzler gibt zu, dass noch nicht alle Analysen vorliegen. (BAZ, 24. Aug. 2000, Nummer 196)

Der Skinhead – Auftritt auf dem Rütli am 1. August ist nach Meinung von Bundesrat Kaspar Villiger von den Medien zum Teil zu stark aufgebauscht worden, wie in der BAZ vom 25. 8. 2000 zu lesen ist. Er habe sich beim Zeitungslernen manchmal gefragt, ob er auf der selben Wiese gestanden sei.

Villiger sagt, dass Rechtsextremismus eine beschämende und stumpfe Form von Menschenverachtung sei und weder in der Schweiz noch in anderen Ländern geduldet werden dürfe. Er gibt aber zu bedenken, dass unter den Skinheads auf dem Rütli sehr viele Junge gewesen seien, bei denen es vielleicht mehr bringen würde, wenn sie in die Gesellschaft eingebunden statt ausgegrenzt würden. (BAZ, 25. Aug. 2000, Nummer 197)

In der NZZ vom 2. 8. 2000 steht, dass Bundesrat Kaspar Villiger an seiner 1. August Rede auf dem Rütli die Zwischenrufe von den Rechtsradikalen ignoriert- und sich gegenüber Journalisten unbeeindruckt von den Störmanövern gezeigt hätte. (NZZ, 2. Aug. 2000, Nummer 177).

Ruth Metzler stellt eine „sorgfältige Prüfung der Antirassismus – Strafnorm“, in Aussicht. (NZZ, 10. Aug. 2000, Nummer 148)

In der NZZ vom 24. 8. 2000 ist zu lesen, dass der Bundes-

rat sich am 23. 8. 2000 mit dem Rechtsextremismus in der Schweiz befasst hat und seinen Willen bekräftigt hat, den politischen und rechtlichen Handlungsspielraum auszuschöpfen, um entsprechende Aktivitäten gemeinsam mit Kantonen und Gemeinden zu bekämpfen. Bundesrätin Metzler stellt fest, dass seit Anfang 1999 rechtsextreme Tendenzen und Aktivitäten zugenommen hätten und dass mit dem Anwachsen der Szene auch deren Radikalität zunähme. Weiter sagt Metzler, dass der Rechtsextremismus nicht allein mit polizeilicher Repression bekämpft werden könne. Gefordert sei vielmehr die ganze Gesellschaft. Die Bundesrätin wertet es als positiv, dass die grosse Medienaufmerksamkeit für das Thema in jüngster Zeit zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung beigetragen habe. Über die mahnenden Worte hinaus trifft der Bundesrat keine besonderen Massnahmen, sondern beschränkt sich auf eine Situationsanalyse. Eine bereits eingesetzte Arbeitsgruppe soll bis Mitte September aufzeigen, ob die gesetzlichen Grundlagen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus genügen, ob sie auch tatsächlich ausgeschöpft werden oder allenfalls ergänzt werden müssen. (NZZ, 24. Aug. 2000, Nummer 196)

REAKTIONEN DER PARTEIEN

In einem Artikel des Blick vom 3. 8. 2000 steht, dass der Berner SP-Nationalrat Alexander Tschäppet fordert, dass Bundesrätin Ruth Metzler den Kampf gegen den Rechtsradikalismus enorm verstärken müsse. Auch Nationalrat Hugo Fasel (Grüne) und Ständerat Franz Wicki (CVP) fordern mehr politischen Druck gegen den wachsenden Rechtsextremismus. Sie finden, dass man die Kompetenzen und das Personal der Bundespolizei erweitern sollte und dass die Bundespolizei die nötigen Mittel zum Kampf gegen den wachsenden Rechtsradikalismus bekommen müsse. (Blick, 3. Aug. 2000, Nummer 178, S. 2) Der Luzerner Ständerat Wicki (CVP) verlangt als Präsident der Geschäftsprüfungs – Delegation eine Erklärung vom Bundesrat und fordert das Verbot von Propaganda – Aufmärschen. (Blick, 8. Aug. 2000, Nummer 182, S. 5)

In einem Artikel der BAZ ist zu lesen, dass es SP-Nationalrat Tschäppet als wichtig erachtet, weiterführende Kontakte mit den Kantonen, aber auch mit ausländischen Behörden und eventuell gar mit Vertretern von

Fussballclubs zu pflegen. Um den Rechtsextremismus zu bekämpfen, brauche es seiner Meinung nach aber mehr, nämlich „den politischen Willen, die nötigen Instrumente und den Gesetzgeber“. (BAZ, 18. Aug. 2000, Nummer 191)

Die Grünen werfen der SVP vor, in den letzten Jahren eine permanente Hetze gegen Asylsuchende und Ausländer mit fatalen Folgen betrieben zu haben und Mitverantwortung dafür zu tragen, was sich am rechtsextremen Rand zusammenbraue. (BAZ, 28. Aug. 2000, Nummer 199)

Laut einem Artikel der BAZ vom 30. 8. 2000 demonstrieren am 29. 8. 2000 rund 1500 Personen in St. Gallen gegen Rechtsextremismus. Zur Demonstration haben SP, CVP, Grüne, Unabhängige, EVP und Politische Frauengruppe aufgerufen. (BAZ, 30. Aug. 2000, Nummer 201)

In einem Artikel der NZZ vom 10. 8. 2000 fordert CVP-Ständerat Wicki in seiner Funktion als Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation der beiden Räte den Bundesrat auf, Propaganda – Aufmärsche (wie auf dem Rütli) unter Strafe zu Stellen. (NZZ, 10. Aug. 2000, Nummer 148)

Nach der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen rechtsextremen Skinheads und Afrikaner in der St. Galler Innenstadt fordern Politiker und Politikerinnen von der SP, Grünen und Unabhängige ein entschlosseneres Vorgehen gegen Rechtsextremismus. Sie rufen zu einer Antirassismus-Kundgebung vor dem St.Galler Waaghaus auf. Gertrud Zweifel, Kopräsidentin der städtischen SP fordert die Regierungsparteien von Stadt und Kanton auf, endlich Stellung zum Rechtsextremismus zu beziehen. (NZZ, 29. Aug. 2000, Nummer 200)

Im Anschluss an die Parlamentsitzung findet am 29. 8. 2000 in St. Gallen, vor dem Waaghaus eine von über 1000 Personen besuchte Kundgebung statt, an welcher unter anderem Politiker und Politikerinnen kurze Ansprachen halten. In diesem Zusammenhang werden Vorwürfe an die Polizei wie an Behörden gerichtet, sie hätten die gewalttätigen Übergriffe von Skinheads und die Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts allzu lange verharmlost. Die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein fordert deshalb eine Polizei, die „auf dem rechten Auge nicht mehr blind „ sei. (NZZ, 30. Aug. 2000, Nummer 201)

REAKTIONEN DER POLIZEI

Die Schlagzeile vom Blick am 4. 8. 2000 lautet: „August-Feier auf dem Rütli. Die Skins sind da als Störenfriede – einer hält ihre Fahne mit Hammer und Schwert hoch. Daneben steht mit verschränkten Armen ein Polizist.“

Die Urner Kantonspolizei erklärt am 1. August, sie habe keine Anzeichen auf Vorstösse gegen das Antirassismusetz feststellen können. (Blick, 4. 8. 2000, Nr. 179, S. 3) Im Blick vom 5. 8. 2000 steht, dass die Bundespolizei weitgehend „draussen vor der Tür“ bleibt: Wenn sich Skinheads im privaten Rahmen trafen und keine Gewaltbereitschaft zu erkennen sei, könne die Polizei keine Wanzen setzen oder Observierungen im Lokal durchführen“, sagt Bühler. Wenn Rechtsextreme, wie auf dem Rütli, keine Anzeichen von Gewalt zeigen, könne die Polizei nicht einschreiten. Das Recht auf Versammlungsfreiheit verbiete es.

Jean-Luc Vez, der Interim-Chef des Bundesamtes für Polizei, will im Kampf gegen den wachsenden Rechtsextremismus handeln. Er fordert eine Konzentration der Kräfte auf Bundesebene und eine Verschärfung der Antirassismus-Strafnorm. (Blick, 5.8. 2000, Nr. 180, S. 5) Im Blick vom 24. 8. 2000 ist zu lesen, dass Bundespolizeichef Urs von Daeniken froh ist, nun Rückendeckung vom Bundesrat zu bekommen. Er findet es wichtig, dass der Bundesrat zum Ausdruck gebracht habe, dass es sich nicht nur um ein polizeiliches, sondern auch um ein gesellschaftliches Problem handle. (Blick, 24. Aug. 2000, Nummer 196, S. 1)

In der BAZ vom 9. 8. 2000 steht in einem Artikel, dass Bundespolizeichef von Daeniken meint, dass die Bundespolizei schon seit Jahren auf die Gefahr von rechts hinweisen würde und sich insbesondere personell mehr Mittel im Kampf gegen Rechtsextreme wünscht. (BAZ, 9. Aug. 2000, Nummer 183)

In der BAZ vom 15. 8. 2000 ist zu lesen, dass die Bundespolizei seit Jahren ihr Augenmerk auf den rechten Extremismus geworfen hat und jeweils ausführlich sowohl über das Anwachsen der Szene an sich wie über deren zunehmende Gewaltbereitschaft berichtet – zum letzten Mal im Mai 2000 im Rahmen des Staatsschutzberichts 1999. (BAZ, 15. Aug. 2000, Nummer 188)

In einem Artikel der NZZ vom 10. 8. 2000 steht, dass von Daeniken, der Chef der Bundespolizei, die 1998 erfolgte

Aufhebung des Propagandabeschlusses kritisiert, welche bis zum Ende des Kalten Krieges Rechtsgrundlage zur Beschlagnahmung von Propagandamaterial war und zudem mehr Personal für die Bekämpfung des Rechtsextremismus fordert. (NZZ, 10. 8. 2000, Nr. 148)

Am 18./20. 8. 2000 zeigt sich die rechtsextreme Szene der Schweiz erneut aktiv, wie in der NZZ vom 21. 8. 2000 zu lesen ist. In Malter (Luzern) treffen sich am Samstag rund 200, in Vollèges (Wallis) 50 Rechtsextreme. Nach Hinweisen auf ein Skinhead-Treffen in Liestal (Basel-land) kontrolliert die Polizei 21 Personen. Da es zu keinen strafbaren Handlungen kommt, greift die Polizei bei allen drei Fällen nicht ein. (NZZ, 21. 8. 2000, Nr. 193)

REAKTIONEN VON RECHTSEXPERTEN

Im Blick vom 4. 8. 2000 steht, dass nach Meinung des Strafrechtsprofessor Marcel Niggli die Polizei am 1. August eingreifen, zumindest aber eine Personenkontrolle hätte durchführen können.

Zudem fordert Niggli eine Aenderung der Antirassismus-Strafnorm, die seiner Meinung nach dahingehend verändert werden muss, dass nicht nur unter Strafe gestellt wird, was öffentlich stattfindet, sondern auch der private Bereich mit eingeschlossen wird. Niggli stellt aber in Frage, ob das eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung auch will.

Er findet, dass Neonazismus und Rassismus verstärkt Bundesangelegenheit werden sollte, weil es nicht nur interkantonale, sondern auch internationale Verstrickungen geben würde. So wie die Zentralstelle für das organisierte Verbrechen geschaffen wurde, sollte es seiner Meinung nach auch eine Stelle für diese Delikte geben. (Blick, 4. Aug. 2000, Nummer 179, S. 3)

In der NZZ ist zu lesen, dass Strafrechtsprofessor Niggli die Antirassismus-Strafnorm auf die Privatsphäre ausdehnen möchte. (NZZ, 10. Aug. 2000, Nummer 148)

VERGLEICHE UND ANALYSE

In den drei Zeitungen (Blick, BAZ, NZZ) sind viele Artikel, die sich auf die Reaktion der Bundesräte, Parteien, Polizei und Rechtsexperten/innen in Bezug auf Rechtsextremismus (basierend auf dem Vorfall vom 1. Aug.

2000) beziehen, zu finden. Die diesbezüglichen Berichte in den verschiedenen Zeitungen heben sich nicht gross bis gar nicht von einander ab.

Bei dem Aspekt Bundesrat fällt auf, dass aufgrund der Artikel in der BAZ und der NZZ der Eindruck entsteht, dass sich die Bundesräte in Bezug auf Rechtsextremismus (was zu tun ist) eher einig sind. Aufgrund der Artikel im Blick entsteht eher der Eindruck, dass die Meinung und die Ideen in Bezug auf Rechtsextremismus (was zu tun ist) von Bundesrätin Ruth Metzler und den anderen Bundesräten etwas auseinandergehen. Metzler will möglichst rasch handeln, die anderen Bundesräte nehmen eine eher abwartende Stellung ein.

In allen drei Zeitungen ist zu lesen, dass Parteimitglieder von der Linken und der Mitte entschlosseneres Vorgehen gegen Rechtsextremismus fordern und mit ihren Forderungen vor allem den Bundesrat und die Polizei ansprechen. Anhand der Demonstration in St. Gallen gegen Rechtsextremismus zeigen die oben genannten Parteien Zivilcourage, aktiv gegen Rechtsextremismus vorzugehen.

Es fällt auf, dass in der BAZ und der NZZ Kritiken von Parteimitgliedern gegenüber anderen Parteien (die Grünen beschuldigen die SVP, mit ihrer betriebenen Politik Mitschuld an der Ausbreitung des Rechtsextremismus zu haben), Behörden und Polizei (die grüne Nationalrätin Hollenstein fordert eine Polizei „die auf dem rechten Auge nicht mehr blind ist.“) thematisiert werden, im Blick jedoch nicht. Rechte Parteien (z.B. die SVP) kommentieren interessanterweise die Provokation auf dem Rütli in keiner Weise in den Medien.

In allen drei Zeitungen ist zu lesen, dass die Polizei zu bedenken gibt, dass ihr im Kampf gegen den Rechtsextremismus in vielen Bereichen die Hände gebunden seien, dass sie mehr Personal und Mittel, aber auch Unterstützung von der Bundesebene benötigen würden. Zudem fordert die Polizei, wie auch Strafrechtsprofessor Niggli eine Verschärfung oder eine Veränderung der Antirassismus-Strafnorm.

FAZIT

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die untersuchten Zeitungen in Ihrer Wahrnehmung des Rechtsextremismus und in der Art wie dieser thematisiert wird,

unterscheiden. Der Blick und die NZZ weisen die grössten Differenzen auf. Im nachfolgenden Text werden diese nochmals aufgezeigt. Die BAZ steht in Ihrer Wahrnehmung und der Art, wie sie diese publiziert, oft zwischen diesen beiden Polen. Sie tendiert allerdings eher zu der Linie des Blick.

Aufgrund des grossen Umfangs und der Vielfältigkeit an Berichten über Rechtsextremismus im Blick kann davon ausgegangen werden, dass der Blick dieses Thema als sehr wichtig für die Bevölkerung der Schweiz erachtet, oder mindestens ein grosse Interesse der Öffentlichkeit erwartet. Die NZZ hingegen räumt diesem Thema deutlich weniger Platz ein. Für die NZZ spielt die Problematik des Rechtsextremismus daher wahrscheinlich eine weniger bedeutende Rolle. Die BAZ berichtet zwar deutlich weniger als der Blick, wartet aber im Gegensatz zu der NZZ mit mehr Hintergrundberichten und Interviews auf.

In diesem Zusammenhang interessant ist, dass BAZ und NZZ erst in der Mitte des Monats August Ihre Berichterstattung über den Rechtsextremismus verstärkt haben, während der Blick sofort nach dem Vorfall auf dem Rütli dieses Thema intensiv bearbeitet hat. In welchem Mass die Berichterstattung von NZZ und BAZ eine Reaktion auf die Artikel des Blick waren, kann nur vermutet werden.

BAZ und Blick scheinen die rechtsextreme Bewegung in der Schweiz für gefährlicher zu halten als die NZZ. Der Blick rechnet mit deutlich mehr Personen und Gruppierungen, die ein Gefahrenpotential darstellen als BAZ und NZZ, die beide Zahlen aus dem EJPD veröffentlicht haben. In den Artikeln des Blick wird oft nach einer Verschärfung der Rechtsextremismus – Strafnorm verlangt. Ausserdem bemängelt der Blick die Uneinigkeit des Bundesrates, die eine wirkungsvolle Intervention verhindere. Die BAZ erwähnt am häufigsten, dass die Gewaltbereitschaft gestiegen sei.

Es wurde die These aufgestellt, dass in den Medien Rechtsextremismus primär als kriminelles Handeln und weniger als gesellschaftspolitisches Problem dargestellt wird. Aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchung kann man diese These als bestätigt sehen. Die veröffentlichten Vorschläge zur Lösung des Problems beziehen sich auf Gesetzesänderungen und Verstärkung der Organe, die die Gesetzesbrecher überführen sollten. Die Berichterstattung bezieht sich stark auf die Täter. Besonders im Blick werden einzelne Personen/Täter genannt

die quasi als Wurzel der ganzen Problematik dargestellt werden. Die Opfer werden praktisch aus der Berichterstattung ausgeklammert. Alle Zeitungen berichten zwar über die geschichtliche Entwicklung der rechtsextremen Szene in der Schweiz, mögliche Gründe für diese Entwicklung bleiben aber weitgehend im Dunkeln. Auch der immer wieder erwähnte Satz „Die Gewaltbereitschaft ist gestiegen“ bezieht sich immer direkt auf die rechtsextreme Szene und wird nie in Zusammenhang mit der gesamten Gesellschaft gesetzt.

Alle drei Zeitungen haben den Vorfall auf dem Rütli aufgenommen und rechtsextremistische Handlungen verurteilt. Trotzdem bleibt, aufgrund der obengenannten Punkte, der Eindruck, dass die gewählte Art der Thematisierung des Problems wenig konstruktiv für den gesellschaftlichen Umgang mit ethnischen und kulturellen Minderheiten ist. Im Zentrum der Berichterstattung aller Zeitungen stehen nicht die Konflikte innerhalb verschiedener Gruppen unserer Gesellschaft, sondern der Bruch von allgemeingültigen Normen und formellen Gesetzen. Unter den Lesern kann der Eindruck entstehen, dass sie Ihr Augenmerk bei der Ausfechtung ebensolcher Konflikte nicht auf das Erreichen einer einvernehmlichen Lösung richten müssen, sondern darauf, dass sie keine bestehenden Gesetze übertreten.

AKZEPTIERENDE JUGENDARBEIT MIT RECHTEN JUGENDLICHEN

*Diego Bittel, Kathrin Egger, Heide Kolb, Marie Ritzkowsky
(begleitet von Miryam Eser Davolio)*

Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt auf der Darstellung der Argumente pro und kontra Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und der Umformulierung zum Gerechtigkeitsorientierten Ansatz. Die Diskussion in der Praxis zum Thema in der Schweiz soll beispielhaft durch zwei Vertreter der Sozialen Arbeit im Bereich des Rechtsextremismus dargestellt werden. Die Arbeit erfüllt nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, sie soll die Umstrittenheit des Ansatzes aufzeigen und zu individueller Auseinandersetzung mit dem Thema anregen.

Zur Darstellung und Diskussion der theoretischen Grundlagen ist die Arbeit auf Literaturrecherche und Presseartikel gestützt. Anhand von Leitfragen werden Literatur und Diskussionen in der Praxis untersucht. Nach der theoretischen Darstellung des Ansatzes, folgt eine zusammenfassende Darstellung der Kritik anhand verschiedener Literatur zum Thema. Zwei Vertreter der sozialen Arbeit mit praktischer Erfahrung im Umgang mit rechten Jugendlichen in der Schweiz wurden mittels halbstrukturierter Interviews um ihre Meinung zum Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen befragt. Dabei handelt es sich um Franz Kohler, Projektmanager im Sozialwesen, und Giorgio Andreoli, Projektleiter ggufon Bern. Die Auswahl der beiden Vertreter ergibt sich durch die Verschiedenheit ihrer Standpunkte zur Arbeit mit rechten Jugendlichen und soll die Übertragbarkeit auf Schweizer Verhältnisse veranschaulichen. Eine Auswahl der Argumente Pro und Contra der Anwendung des Akzeptierenden Ansatzes wird zusammenfassend in Kapitel sieben dargestellt.

Mit den folgenden Leitfragen sollen die Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und die Übertragbarkeit auf die Situation in der Schweiz untersucht werden.

- 1) Wo liegen die pädagogischen Möglichkeiten des Konzeptes?
- 2) Wo stösst das Konzept an Grenzen?

- 3) Für welche Zielgruppe ist die Umsetzung des Konzeptes geeignet und für welche weniger?
- 4) Ist das Konzept übertragbar auf die Situation in der Schweiz?
- 5) Wie sind die Erfahrungen in der Praxis mit dem Konzept in der Schweiz?

Zur Beantwortung der Leitfragen wird die Arbeit gestützt auf Literatur und die beiden Interviews.

DAS KONZEPT DER AKZEPTIERENDEN JUGENDARBEIT

Franz Joseph Krafeld und sein Team nahmen 1988 ihre Arbeit mit rechtsextremen Jugendcliquen in verschiedenen Bremer Stadtteilen auf. Das Konzept, das in Fachpublikationen vorgestellt wurde ist an sich nichts neues; der Akzeptierende Ansatz wird in der Jugendarbeit weithin anerkannt und hat sich bewährt. Neu war hingegen, dass nun auch rechtsextremen Jugendlichen mit der akzeptierenden Haltung gegenübergetreten wurde. Die Diskussionen um die Anwendbarkeit des Konzepts Akzeptierender Jugendarbeit bei rechtsextremen Jugendlichen wollten nicht enden. Die Befürchtungen und Vorwürfe gehen von der Verharmlosung rechter Ansichten und Gewalt aus, was sicherlich auch mit dem Begriff ‚Akzeptierend‘ im Zusammenhang mit Rechtsextremen steht.

Der erste und gemeinhin anerkannte Grundsatz der sozialen Arbeit lautet: Man muss den Klienten dort abholen wo er steht. Das gilt für alle Bereiche sozialer Arbeit sowohl für die Arbeit mit Prostituierten, Drogenabhängigen oder Kriminellen. Soziale Arbeit will sich einmischen und den Lebensweg seiner Klienten beeinflussen, für die Beurteilung von Taten sieht sie sich nicht primär verantwortlich.

Den zweiten Grundsatz hat Krafeld (1996) so formuliert: „Wir müssen diejenigen Probleme in den Mittelpunkt stellen, die die Jugendlichen *haben*, nicht diejenigen Probleme, die sie machen. Denn nur dann, wenn sich andere Menschen interessieren für die Probleme, die sie haben, dann gibt es überhaupt eine Chance, dass sie sich irgendwann auch mal dafür interessieren, welche Probleme andere mit ihnen haben.“ (ebd. S. 14)

Im dritten Grundsatz heisst es das prinzipiell davon auszugehen ist, dass die Jugendlichen subjektiv für sich einen Sinn darin sehen, so zu denken und sich so zu

verhalten, wie sie es tun. Argumente kommen gegen Überzeugungen nicht an, und Belehrungen und Vorträge möchten die Jugendlichen nicht hören. Ändern werden sie ihre Haltung wohl nur, wenn sie selbst für sich subjektiv darin einen Sinn sehen, dann wenn sie selbst das Gefühl haben, dass es besser für sie ist sich zu ändern.

Diese Grundsätze sind inhaltlich dieselben wie die der akzeptierenden Jugendarbeit. Deren Wichtigkeit betont Krafeld auch für seine Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Ein Zugang zu ihnen kann nur finden, wer sich für sie interessiert, nicht nur für ihre Taten. Zu beachten ist, dass Jugendliche mit extremen Auffassungen Provokationen und Gewalt letztlich auch dazu einsetzen endlich wahrgenommen zu werden. Gefragt ist, dass ihnen jemand zuhört, sie als Mensch akzeptiert, was keinesfalls die Akzeptanz ihrer kritikwürdigen oder verurteilenswerten Auffälligkeiten voraussetzt. Neu ist für viele, dass sich jemand erwachsener für sie als Person interessiert. Krafeld sieht den Weg über die Person zur Sachauseinandersetzung, nicht umgekehrt. (Krafeld, 1996, S. 14 f.)

Krafeld fordert unter anderem auch nach sozialem Raum, in dem Kinder und Jugendliche einfach sein dürfen, ohne dass irgendwelche Leistungen erwartet werden, die das ‚Sein‘ in einem solchen Raum quasi rechtfertigen würden. Was den Jugendlichen heute fehlt sind solche Räume, nicht noch mehr animierte und zugleich ‚bewachte‘ Freizeitangebote. Solcher Raum wäre wichtig zur Entfaltung sozialer Lernprozesse, wie beispielsweise das Erproben von Konfliktlösungsstrategien, bei denen es auch mal laut zugehen dürfte, ohne eine weitere ‚Vertreibungsintervention‘ von Seiten Erwachsener zu befürchten. Solange es diesen Raum nicht gibt, stören Kinder und Jugendliche fast überall (vgl. Krafeld, 1996, S. 16 f.).

Das gegenseitige Interesse aneinander ist die Basis für eine erfolgreiche Jugendarbeit, auch mit extrem auffälligen Jugendlichen. Die darin enthaltene Forderung nach gegenseitiger Akzeptanz und ebenso die Konfrontation mit einem tiefgreifenden Anderssein sind die zwei wichtigsten Ebenen auf denen eine persönliche Begegnung stattfindet. Krafeld zitiert hierzu den Ausspruch eines Jugendlichen: „Ich weiss, dass deine Meinung völlig anders ist als meine. Aber sie interessiert mich, weil es Deine ist.“ (Zitat: Online-Archiv SMIP Streetwork / Mobile Jugendarbeit Infopool der FH Potsdam).

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER AKZEPTIERENDEN JUGENDARBEIT

Das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit wurde von Anfang an in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert. Haupttenor ist die Behauptung, dass dieser pädagogische Ansatz das Phänomen Rechtsextremismus entpolitisiere und damit unterstütze, stabilisiere. Rechtsextremismus könne nur politisch bekämpft werden. Krafeld selber betont, die Bekämpfung des Rechtsextremismus sei eine „gesellschaftspolitische Aufgabe, die nicht mit pädagogischen Mitteln bewältigt werden kann, sondern entsprechend gesellschaftspolitische Konsequenzen verlangt“ (Krafeld, 1992, S. 7). Allerdings sieht er die Akzeptierende Jugendarbeit als wichtigen Beitrag zur Eingrenzung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Ein weiterer Kritikpunkt liegt in der Behauptung, das Konzept basiere auf einer einseitigen Ursachenanalyse, nämlich darauf, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt Ausdruck von Orientierungslosigkeit und schwierigen Lebenslagen sei. Diese Annahme vertritt Heitmeyer (1989) mit seiner „Desintegrations – Reintegrationstheorie“: Er geht davon aus, dass Jugendliche, die aufgrund der immer schneller aufeinander folgenden gesellschaftlichen Modernisierungswellen unter einer zunehmenden Orientierungslosigkeit leiden und gesellschaftlich mehr und mehr isoliert sind. Gewalt ist demnach der einzige Weg für diese Jugendlichen aus dieser Desintegration. Rechte Gesinnung kann aber ebenso aus einem Mangel an Aufklärung entstehen oder ein Zugehörigkeitsgefühl zur „Mitte der Gesellschaft“ (Krafeld, 1996, S. 15) ausdrücken.

Ebenso wird kritisiert, dass der Ausdruck der Akzeptanz aus der Drogenarbeit übernommen (Krafeld, 1996, S. 32) und auf die rechtsextreme Szene übertragen wird. Rechtsextremismus sei keine Krankheit wie die Drogenabhängigkeit, es sei nicht der Leidensdruck, welcher einen potentiellen Ausstiegswillen begründen würde. Denn Rechtsextremismus wird definiert als Ausdruck einer politischen Ideologie in Verbindung mit Gewaltakzeptanz.

Grundsätzlich wird der Akzeptierenden Jugendarbeit vorgeworfen, sie sei bestenfalls imstande, den gewalttätigen Rechtsextremismus in etwas ruhigere Bahnen zu lenken, gegen faschistische Gesinnung aber nichts ausrichten zu können. Indem rechte Jugendszenen stabilisie-

rung erfahren, würden andere, linke Jugendliche vertrieben.

Die Kritik aus dem politisch linken bzw. antifaschistischen Umfeld bezieht sich auf das Konzept des Akzeptierens, auf die potentielle Gefahr der Kumpanei mit dem Klientel und auf das daraus entstehende Risiko, Rechtsextremismus zu fördern und zu unterstützen, sowie rechte Ideologie als Folge von Arbeitslosigkeit und Schulabbruch zu bagatellisieren.

In der politischen Diskussion (vgl. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident, und Rezzo Schlauch, Fraktionsvorsitzender der Grünen) wird die Akzeptierende Jugendarbeit in ihrer Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus weitgehend als gescheitert betrachtet, vor allem vor dem Hintergrund der rechtsextremen Ausschreitungen in den neuen Bundesländern. Das Schlagwort der „Glatzenpflege auf Staatskosten“ macht sich breit. Differenzierter tönt die Beurteilung der Wirksamkeit dieser Jugendarbeit dann, wenn festgestellt wird, dass nicht das Konzept an sich falsch war, sondern die Umsetzung, das heisst die Übertragung des für Bremen entwickelten Konzeptes auf die Verhältnisse in den neuen Bundesländern. Die Übertragung aus einem rechtskritischen Umfeld, in welchem rechte Jugendliche nicht die Jugendszene dominieren und ausgegrenzt sind, auf ein Umfeld, in welchem rechtsextremes Gedankengut von einem grossen Teil der Bevölkerung gutgeheissen wird, scheint demnach zu paradoxen Auswirkungen zu führen. Auch Scherr (2001) betont, dass Akzeptierende Jugendarbeit nur dort sinnvoll ist, wo rechte Jugendliche eine randständige Position in ihrem lokalen Umfeld einnehmen und keine Dominanz der rechten Jugendszene besteht, wo rechtes Gedankengut folglich keine breite Akzeptanz findet.

ExpertInnen betonen heute vor allem die Voraussetzungen und Grenzen des akzeptierenden Ansatzes. So hat Franz Josef Krafeld in einem Neun-Punkte-Katalog konkretisiert, unter welchen Voraussetzungen die Arbeit mit rechten Jugendlichen an ihre Grenzen stösst.

- 1) Die Ressourcen der Jugendarbeit dürfen nicht dazu benutzt werden, um gezielt rechtsextremistische Bestrebungen zu fördern.
- 2) Die Jugendarbeit hat dort zu intervenieren, wo andere in ihrer körperlichen oder psychischen Unversehrtheit bedroht sind.
- 3) Eine Grenze der Parteilichkeit ist auch da, wo nach

humanen Grundsätzen eine Parteilichkeit für ein Opfer von Angriffen auf Leib und Leben gefordert ist.

4) Jugendarbeit darf nicht Prozesse unterstützen oder sich gar dafür instrumentalisieren lassen, anderen Jugendlichen deren Entfaltungsrechte und deren Ansprüche auf akzeptierte soziale Räume zu nehmen.

6) Jugendarbeit darf nicht als Dienstleistung für Zwecke genutzt werden, die ethischen Grundsätzen widersprechen.

7) Jugendarbeit findet da eine Grenze, wo ein deutliches Risiko besteht, dass sie als Deckung oder zur Unterstützung bei rechtswidrigen Handlungen instrumentalisiert wird.

8) Eine weitere Grenze findet sich dort wo den PädagogInnen, deren Wertvorstellungen keine ausreichende Akzeptanz entgegengebracht wird.

9) Jugendarbeit findet da eine Grenze, wo eine Kumpelrolle abverlangt wird, die nicht die nötige professionelle Balance von Nähe und Distanz zulässt. Auf einer personalen Ebene ist eine Grenze immer da, wo man etwas nicht mehr aushält, sei es aus Angst, aus Erschrecken oder Empörung. (vgl. Krafeld, 2001, S. 283)

Lorenz Korgel (2000) unterscheidet zwischen allgemeinen und projektbezogenen Grenzen. Beispiele für die allgemeinen Grenzen sind: In dem Umfeld, wo ein grosser Teil der Gesellschaft rechtsextreme Auffassungen befürwortet, trägt die akzeptierende Jugendarbeit zur Fortsetzung ihrer alltäglichen Anerkennungs- und Erfolgsbedingungen bei. Die Jugendarbeit solle nicht die einzige Massnahme der Kommune gegen Rechtsextremismus sein. Sie müsse in vernetzte Unterstützungsstrukturen eingebettet sein. Akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendlichen dürfe keine strukturellen Vorteile für die kommunale rechtsextreme Szene ergeben.

Einige der erwähnten projektbezogenen Grenzen sind: Wenn die ProjektmitarbeiterInnen keine eigenen demokratischen Positionen haben oder sie nicht vertreten können, gibt es keine Chance auf eine alternative Sozialisation von Jugendlichen in dem Projekt. Aus der Akzeptanz der unterschiedlichen Positionen darf kein selbstverständliches Hinnehmen der Position des Anderen werden. Eine weitere projektbezogene Grenze ist bei Anwesenheit von rechtsextremen Kadern gegeben, welche keine Veränderungsprozesse zulassen.

Ein wichtiger Punkt muss im Zusammenhang mit den Grenzen der Akzeptierenden Arbeit mit rechten Jugend-

lichen beachtet werden: „Eine Entscheidung, als JugendarbeiterIn etwas nicht mehr aushalten oder etwas nicht mehr akzeptieren, hinnehmen, mit ansehen oder dulden zu können, beinhaltet gleichzeitig die Entscheidung, dieses ‚Problem‘ anderen zur weiteren Bewältigung zu überlassen – und zu wissen, dass die ‚anderen‘ dann zu allermeist Polizei und Justiz sein werden. Grenzen ziehen zu können, heisst damit also auch umgekehrt, diese Konsequenz gegebenenfalls auch billigend in Kauf nehmen zu können“ (Krafeld, 1992, S.188)

WEITERENTWICKLUNG – DER GERECHTIGKEITSORIENTIERTE ANSATZ

Gerechtigkeitsorientierung wurde als neuer Schlüsselbegriff von Krafeld im Jahr 2001 eingeführt. Er soll das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit erweitern. Die Verwendung des Akzeptanzbegriffes für jegliche Arbeit mit rechten Jugendlichen und Jugendcliquen hatte in der Praxis zu einer Fehlentwicklung, bei der das rechte Milieu gefördert wurde, geführt. Dadurch stiess das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit zunehmend an seine Grenzen und wurde allgemein kritisiert.

Krafeld (vgl. ebd.) begründet die Wahl des Begriffs für diesen revidierten und weiterentwickelten Ansatz damit, dass Gerechtigkeit das allgemeinste und grundlegendste gesellschaftstheoretische Leitbild darstelle und im Alltag eines jeden einzelnen präsent sei.

Gestützt auf ein Menschenbild, das in direkter Abgrenzung z.B. zu rechtsextremistisch geprägten Menschenbildern die Achtung der Würde eines jeden Menschen als unveräusserlichen Anspruch zugrunde legt, wird Gerechtigkeitsorientierung verstanden als „Streben nach mehr Gerechtigkeit“. Dieses Streben verlangt stets neue Verständigung darüber, aus welchen Grundwerten und weltanschaulichen Grundlagen welche Wertmassstäbe hergeleitet werden und auch darüber, wie Interaktion mit Andersdenkenden und Andersempfindenden stattfindet.

Die Schwerpunkte des Gerechtigkeitsorientierten Ansatzes stellen folgende Ziele dar:

- Eine positive Zielsetzung, nicht der Kampf gegen etwas, soll Mittelpunkt sein.
- Im Mittelpunkt soll etwas stehen, mit dem jede Zielgruppe von Jugendarbeit ansprechbar und erreichbar ist.

- Die Förderung der Lebensentfaltung und Lebensbewältigung der Adressaten sind zentral.
- Notwendig ist die Konfrontation mit den Ansprüchen anderer auf Gerechtigkeit, durch personale Begegnung im Dialog, dessen Ziel die Förderung einer zivilen, humanen Streitkultur ist.
- Das Zentrale innerhalb der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen soll genau und unmissverständlich konzeptionell definiert werden.

Der Begriff der „gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“ soll auch die gesellschaftspolitische Relevanz des Problems rechter Orientierungen und Ideologien betonen. Das Postulat der Einmischung für Gerechtigkeit soll die Gefahr des Hinnehmens, Tolerierens oder gar Unterstützens rechter Gesinnungen minimieren. Daraus wird ersichtlich, dass Krafeld mehr Gewicht auf die ethischen Grundsätze legt, die auch im Akzeptierenden Ansatz bereits vorhanden waren, die aber bei der Umsetzung in die Praxis nicht genügend berücksichtigt wurden.

„Die Qualität einer lebendigen demokratischen Gesellschaft kommt gerade darin zum Ausdruck, dass in ihr die verschiedensten Verständnisse davon, was gerecht ist, eingebracht und vertreten werden können – und dass die Austragung von daraus resultierenden Auseinandersetzungen auf zivile, auf humane Weise erfolgt: unter Achtung der Würde und der Menschenrechte des anderen“ (Krafeld 2001, S. 24).

DIE AKZEPTIERENDEN JUGENDARBEIT IN DER PRAXIS

Ausgehend von den Interviews mit Franz Kohler, Sozialarbeiter vom 16. Juni 2003 in Basel und mit Giorgio Andreoli vom 4. Juli 2003 in Bern werden verschiedene Standpunkte zum Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit beleuchtet. Beide Interviews wurden von den Interviewten gegengelesen und bestätigt.

Franz Kohler wurde als Verfechter der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen als Interviewpartner gewählt. Kohler definiert seine Arbeitsmethodik als allgemeine sozialarbeiterische, welche sich stark an der Gemeinwesenarbeit orientiert. Er ist aber der Meinung, um mit rechtsradikalen Jugendlichen überhaupt arbeiten zu können, sei die Akzeptierende Jugendarbeit Voraussetzung. „Ich muss akzeptierend ar-

beiten können, d.h. akzeptierend in Bezug auf die Person die mir gegenüber sitzt, akzeptierend in Bezug auf die Integrität der Persönlichkeit, nicht akzeptierend hingegen in Bezug auf das Denken und Handeln dieser Person. Dabei darf ich durchaus unsolidarisch, kritisch sein, aber nicht bezogen auf meine eigenen Einstellungen, sondern nur hinsichtlich der rechtlichen Lage. Aber ich muss die Person akzeptieren, sonst ernte ich nur Widerstand und kann keine Wirkung erzielen“ (Kohler, 16.06. 2003).

Anders als Krafelds Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit stellt Kohler seine eigene Meinung nicht derjenigen der Jugendlichen gegenüber, er interessiert sich ausschliesslich für die Haltung, Ängste und Nöte der Täter. Zum Problem der Abgrenzung gegenüber rechtsradikalen Jugendlichen äussert sich Kohler wie folgt: „Nebst der Akzeptanz heisst aber Arbeit mit Jugendlichen auch grenzziehende Tätigkeit. Dort, wo ein Jugendlicher zum eigenen Schaden oder zum Schaden von Drittpersonen handelt, da werde ich grenzziehend tätig, aber ausschliesslich mittels rechtlicher Grundlagen. Ich werde dies spiegeln und je nachdem, ob strafrechtlich relevante Straftatbestände vorliegen, werde ich dem Jugendlichen gegenüber äussern: „Schau mal, da liegt was vor, dies ist gesetzeswidrig. Ich müsste dies zur Anzeige bringen. Ich gebe dir aber die Chance, dies selber zu tun.“ Oder auch, wenn da etwas vorliegt, welches zum Schaden anderer vollzogen wurde, kann ich den Jugendlichen auffordern: „Überlege Dir, wie Du eine Wiedergutmachung erreichen kannst für den Schaden, den Du angerichtet hast bei den anderen, und handle danach.“ Ich werde dies anschliessend überprüfen, vielleicht in einem Gespräch mit dieser gegnerischen Gruppe oder mit diesem Gegner, ob diese Wiedergutmachung in genügendem Masse vollzogen wurde und dann entscheiden, ob ich diese Information weitertrage oder nicht“ (Kohler, 16.06. 2003)

Die Zielgruppe Kohlers umfasst Täter, Opfer, Ausstiegswillige und deren Umfeld, die verschiedenen öffentlichen Einrichtungen, Polizei und Justiz sowie Medienschaffende. „Denn ich erlebe viele Medienschaffende, die unbewusst durch ihre Tätigkeit rechtsextremistische Tendenzen schüren, indem sie Rechtsextreme aufwerten und für andere Jugendliche zu „Helden“ werden lassen. Ich habe immer wieder den Eindruck, ich muss Ausstiegshilfen für die Eskalationstendenz oder auch Polarisierungstendenz bei Medienschaffenden leisten“.

Die Szene im Raum Basel beschreibt Kohler derzeit als die ruhigste mit den wenigsten Straftatbeständen. Er sieht dabei Parallelen zur „Partei national orientierter Schweizer“, welche aus politischen Ambitionen neben einer zweiten neueren Gruppierung eine ordnende Wirkung auf gewalttätige Rechtsradikale habe.

Giorgio Andreoli, Leiter des „gggfon“ in Bern wurde ausgewählt als Vertreter des Gegenstandpunktes zur Akzeptierenden Jugendarbeit für das zweite Interview ausgewählt. Er arbeitet nach der Methode der Gemeinwesenarbeit. Die Zielgruppe von Andreoli sind ausschliesslich Ausstiegswillige und deren soziales Umfeld, sowie Opfer und BürgerInnen. Für Jugendliche, welche nur lose in rechte Denkstrukturen geraten sind, leistet Herr Andreoli präventive Arbeit. Für eine Zusammenarbeit sei die Bereitschaft zum Aussteigen Voraussetzung.

Andreoli grenzt sich entschieden ab vom Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen: „Die Akzeptierende Arbeit ist ein Arbeitsprinzip. Im Zentrum steht die Arbeit mit Gruppen, die ausserhalb der Rechtsnorm bzw. der allgemein gültigen Ethik stehen. Es handelt sich um Arbeit mit Tätern. Dies ist nicht zu verwechseln mit der anwaltlichen Arbeit. Diese unterstützt diejenigen, denen Unrecht geschehen ist. Es handelt sich um Arbeit mit den Opfern. Auch die Einzelhilfe unterscheidet sich von der Akzeptierenden Arbeit. In der Einzelhilfe arbeiten wir mit Verurteilten oder mit Ausstiegswilligen. Wir arbeiten nicht akzeptierend, weil wir gemäss unserer Erfahrung sehr wenig Einfluss auf die Gruppe und deren Struktur haben. Es geht sogar so weit, dass die Gruppe den/die SozialarbeiterIn stark prägen kann. Im schlimmsten Fall ist die Sozialarbeit Zulieferer für die Infrastruktur. Ein weiteres Problem der Akzeptierenden Arbeit ist, dass man als Profi, als Sozialarbeiter zum Teil Dinge erfährt, die man aufgrund von ethischen Ansprüchen nicht akzeptieren kann und auf die man reagieren müsste. Ich erlebe immer wieder bei Leuten, die akzeptierend arbeiten, dass sie sehr viele Dinge wissen, die sie eigentlich verhindern müssten oder bei denen sie intervenieren müssten. Dies wird nicht gemacht, weil sonst die ganze Beziehung bzw. die ganze Arbeit auf dem Kopf steht. Ich denke, dies gilt nicht nur bei der Arbeit mit rechtsextremen Gruppierungen, sondern ganz allgemein mit Gruppen, deren Verhalten ausserhalb der Gesellschaftsnorm ist.“ (Andreoli, 03.07. 2003)

Andreoli und sein Team positionieren sich klar gegen das

rassistische und menschenunwürdige Gedankengut Rechtsextremer und fördern die Zivilcourage von BürgerInnen. Andreoli sieht den Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem. „In vielen Konflikten geht es darum, wie es mit der Menschenwürde steht. Wie gehen wir mit Konflikten um? Da ist die ganze Gesellschaft gefragt. Hier kommt für uns der Punkt Zivilcourage und damit die Demokratisierung einer Gesellschaft ins Spiel. Es stellen sich die Fragen: „Wie handelt eine Behörde, die Polizei, Erwachsene?“. Für uns ist die Menschenwürde und wie wir damit umgehen ein wichtiger Ansatz.“ (Andreoli, 03.07. 2003).

In engem Zusammenhang hiermit beschreibt Andreoli die Szene im Raum Bern: „Wir sehen, dass gewisse Köpfe älter geworden sind und ein bisschen im Hintergrund arbeiten. Durch das sind sie verdeckter und schwieriger zu erkennen. Es hat auch immer wieder junge Zuläufer. Der so genannte Links-Rechts-Konflikt ist stärker geworden in den letzten Jahren. Dort geschehen viele Übergriffe, z.B. wenn diese Gruppen aufeinander losgehen. Wir nennen dies den Peer-Group-Konflikt. Dies ist nicht ab-schätzig gemeint. Man muss es ernst nehmen. Ich denke aber, dass dies in anderen Regionen der Schweiz auch aktuell ist. Auch gesellschaftliche Zusammenhänge spielen eine Rolle; z.B. die Politik der Zürcher SVP und ihre Anhänger, die das Rechts – Links – Thema polarisiert. Die grössten Mobilisierungspunkte sind immer noch der Sport (hauptsächlich Fussball und Eishockey) und die Musik. Man spricht auch von Hooliganismus“ (Andreoli, 03.07. 2003). Wie man aus dieser Gegenüberstellung erkennen kann, gehen zwar beide Praxisvertreter vom Ansatz der Gemeinwesenarbeit aus, nehmen aber bezüglich der Akzeptierenden Jugendarbeit unterschiedliche Standpunkte ein. Kohler sieht die Akzeptierende Jugendarbeit, bzw. die darin zugrundeliegende Haltung als einzig mögliche Voraussetzung um mit rechten Jugendlichen zu arbeiten, Andreoli lehnt demgegenüber die Akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendlichen ab.

FAZIT

Der Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen ist auch in der Schweiz bekannt, die in dieser Arbeit interviewten Vertreter der Praxis entwickeln aber eher eigene Ansätze innerhalb ihrer Arbeit, basie-

rend auf ihrer Praxiserfahrung. Der Ansatz zeigt eine stark polarisierende Wirkung.

Wie aus dem Interview mit Andreoli zu entnehmen ist, gibt es sozial Tätige in der Schweiz, die nach Krafelds Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit arbeiten. Die hier befragten Vertreter der Praxis weisen in Ihren Argumentationen Parallelen zu Krafelds Ansichten/Überlegungen zum Dilemma des Sozialarbeitenden bzgl. seiner Parteilichkeit und seinen ethischen Ansprüchen auf. Sie unterscheiden sich jedoch beide in ihren Schlussfolgerungen und deren praktischer Umsetzung. Übereinstimmung herrscht lediglich bezüglich des Einflusses des Meinungsklimas in der Bevölkerung. So betonen wie Krafeld auch die beiden interviewten Vertreter der Praxis, die gesellschaftliche Relevanz des Problems. Im gerechtigkeitsorientierten Ansatz findet sich die Menschenwürde ebenso wie bei Herrn Andreolis Argumentation zur ethischen Grundhaltung wieder. Die Diskussion um die Menschenwürde scheint eine wichtige Frage im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus darzustellen. Krafeld selbst erweitert ja das Konzept und ersetzt den Begriff der Akzeptanz durch die Gerechtigkeitsorientierung. Kohler arbeitet ebenso wie Andreoli mit Einzelnen und nicht mit Gruppen wodurch sich beide von der Zielgruppe als solcher, wie sie im Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit beschrieben wird, unterscheiden. Hier scheint die Problemlage für die Jugendarbeit in der Schweiz deutlich von der Deutschlands zu differieren, wo die Arbeit mit rechtsextremen Gruppierungen im Vordergrund steht. Dass in der Schweiz neben Gemeinwesenarbeit vor allem mit einzelnen rechten Jugendlichen gearbeitet wird, dürfte damit zusammenhängen, dass sie entweder im Strafvollzug oder aber als Ausstiegswillige mit JugendarbeiterInnen in Berührung kommen.

Der Mensch sucht Orientierung in der Gesellschaft, Jugendliche suchen sich diese oft bei Peergruppen. Fraglich bleibt, ob dem Problem rechter Jugendlicher mit der Akzeptierenden Jugendarbeit begegnet werden kann, da keine Daten/Ergebnisse über deren effektive Wirkungsweise vorliegen. Das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit sowie der gerechtigkeitsorientierte Ansatz Krafelds bieten viele Verständnishilfen für das Phänomen rechter Orientierungen bei Jugendlichen. Der Umgang mit diesem Phänomen muss sicherlich interdisziplinär und auf verschiedensten Ebenen der Gesellschaft diskutiert und angegangen werden. Anders als in

Deutschland bekommt die Soziale Arbeit ihren Auftrag zur Arbeit mit rechten Jugendlichen nicht auf landesweiter Ebene durch die Politik erteilt. In der Schweiz zeigt sich der Bedarf für sozialarbeiterische Interventionen bei Konflikten mit rechten Jugendlichen regional an verschiedenen einzelnen Brennpunkten und es wird bisher individuell darauf reagiert. Der Vorschlag Andreolis ein überregionales Netzwerk zum Umgang mit dem Phänomen rechtsextremer Jugendlicher zu schaffen, ist vielleicht die Schweizer Antwort auf das Phänomen.

RECHTSEXTREMISMUS UND GEMEINWESENARBEIT: WELCHES SIND IHRE ANSPRECHPARTNER UND WIE GEHT SIE VOR?

Evelyn Schaub, Nadia Jermann, Jeannine Eichenberger
(begleitet von Marco Storni und Martin Schmid)

In der folgenden Arbeit werden drei konkrete Projekte, die sich mit Gemeinwesenarbeit und Rechtsextremismus befassen, vorgestellt. Es handelt sich einerseits um das Projekt *Miteinander gegen Gewalt*, welches durch das *National Coalition Building Institute (NCBI)* entstanden ist. Ebenfalls wird das Projekt *Courage* erläutert, welches mittlerweile jedoch abgeschlossen ist. Das dritte Projekt nennt sich *gggfon* und beinhaltet einen telefonischen Service für Menschen, welche sich von Gewalt oder Rassismus bedroht fühlen. Diese drei Projekte sollen im Laufe der Arbeit miteinander verglichen, und die gewählten Methoden der Gemeinwesenarbeit verdeutlicht werden. Die Auswahlkriterien für die Projekte waren einerseits die Vorinformationen (Qualität und Quantität) aus dem Internet, sowie die Erreichbarkeit der lokalen Standorte.

DEFINITIONEN

„Gemeinwesenarbeit ist eine Methode die verschiedene Initiativen auslöst, durch welche die einzelnen Gruppen oder die Bevölkerung einer räumlichen Einheit gemeinsame Probleme erkennt, negative Erfahrungen überwindet und eigene Kräfte entwickelt, um sich zu solidarisieren und Betroffenheit konstruktiv anzugehen.“ (Leuthold, 1995, S. 17)

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit soll herausgefunden werden, welche Art von ‚Initiativen‘ ausgelöst werden, die dem Rechtsextremismus entgegenwirken. Dadurch ist auch anzunehmen, dass ersichtlich wird, wen die Gemeinwesenarbeit im Rechtsextremismus anspricht und wo sie agiert. Die in der Definition erwähnten ‚Kräfte‘ werden als Strategien und Vorgehensweisen interpretiert,

die in der Bekämpfung des Rechtsextremismus angewendet werden.

„Gemeinwesenorientierung heisst auch, dass ich nicht bereit bin, oberflächlich Schwierigkeiten zu überdecken oder zu verlangen, sondern dass ich versuche, diese an den Wurzeln anzupacken. Es bedeutet auch Ungerechtigkeiten aufzugreifen und auszugleichen.“ (Grindat, 1995, S. 27)

Die letztere Aussage über die Gemeinwesenorientierung soll als Hypothese in dieser Arbeit aufgenommen werden. In wie weit dienen die beleuchteten Projekte dem Gemeinwesen? Wird die Problematik des Rechtsextremismus wirklich an den Wurzeln angepackt und bekämpft oder findet in der Tat nicht doch nur eine Verlagerung des „Problems“ statt?

In Theorie und Praxis werden drei Arten von Gemeinwesen unterschieden. Diese drei „Kategorien“ wurden ebenfalls ausgewählt, um die Projekte besser vergleichen zu können und auch um zu sehen, wie und wo genau gegen Rechtsextremismus vorgegangen wird.

1) *Territorial*: Gemeinwesen als Sozialraum z.B. Nachbarschaft, Quartier, Stadt, Gemeinde Kanton etc.

2) *Funktional*: Orientierung an Produktionsbereichen, Wohnen, Konsum, Verkehr, Freizeit, Bildung, Erziehung, Organisationen und Institutionen wie z.B. Pro Werke Spitex-Vereine Zentren, Heime etc.

3) *Kategorial*: Bevölkerungsgruppen des Gemeinwesens z.B. jüngere und ältere Menschen, Asylanten, Arbeitslose, Pflegebedürftige etc. (Schubert & Spieckerman, o.J.)

In der Gemeinwesenarbeit werden vier methodische Schritte unterschieden: „(...) Die methodischen Schritte werden wie folgt benannt: Erkundungsphase, Phase der Sozialstudie oder Diagnose, Planungs- und Entwicklungsphase, Ausführungsphase (CARTER). Schwerpunktmässig wird vom Sozialarbeiter erwartet, dass er Kooperation und Koordination der vorhandenen Gruppen anregt und fördert (...)“ (Hammetter, 1970, S. 95)

Die methodischen Schritte sollen der Arbeit zur strukturellen Unterstützung dienen. Die Projektbeschreibungen werden auf diesen Schritten aufgebaut. So ist es einfacher, die verschiedenen Projekte untereinander zu vergleichen.

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit ist die Projektarbeit eine Methode. Sie orientiert sich nach den gleichen Grundprinzipien wie die Sozialarbeit. Im Gegensatz zur Einzelfallhilfe geschieht Projektarbeit in der Öffentlich-

keit und somit ausgesetzt und kritisierbar. Umsomehr ist professionelles Arbeiten von Wichtigkeit, sollten die geplanten Vorhaben realisiert werden. (Leuthold, 1995, S 24)

NATIONAL COALITION BUILDING INSTITUTE (NCBI): MITEINANDER GEGEN GEWALT

In der Region Muri kommt es schon seit einigen Jahren immer wieder zu rechtsradikalen Gewaltvorfällen, welche die Behörden vor grosse Probleme stellen. Die Gewalt ist gegen sowohl gegen MigratInnen gerichtet, als auch gegen Schweizer Jugendliche, welche sich nicht nach rechts orientieren. Die Form der Gewalt erstreckt sich von verbaler Bedrohungen, über Belästigungen am Telefon bis zu körperlicher Angriffen. Das Ziel der *NCBI* ist es nun, den Opfern und den überforderten Behörden Hilfe anzubieten. Die Unterstützung der Opfer, sowie die Nachbearbeitung von Gewalttaten sollen hier im Zentrum stehen. Das Hauptziel richtet sich aber auf den Prozess, in den die Behörden langsam eingeführt werden, bis die Gemeinde der rechtsradikalen Gewalt selbstständig entgegentreten kann. Die Hauptzielgruppe sind nicht die rechtsradikalen Jugendlichen, sondern lokale Kontaktpersonen, welche als Anlaufstelle für Behörden, Eltern und Opfer dienen. In Muri hat die bereits bestehende Präventionsgruppe „Sorge vor – es gibt ein Limit“ diese Rolle übernommen.

Erkundungsphase

Nachdem viele Eltern die Präventionsgruppe „Sorge vor – es gibt ein Limit“ kontaktierten und grosse Bedenken über die aktuellen rechtsmotivierten Gewalttaten aussprachen, rief man eine Sitzung ein, um das Problem genauer zu eruieren. Die Sitzung ergab folgende Ergebnisse: Bei einer breit angelegten Umfrage zum Freizeitverhalten von Jugendlichen in Muri und Umgebung wurde ersichtlich, dass schon seit längerer Zeit fremdenfeindliche Tendenzen und (rechtsradikale) Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen herrschen. Bei vielen Jugendlichen ist die Hemmschwelle gesunken, sich in gewaltbereiten rechts- oder linksradikalen Gruppierungen zu engagieren. Ausser dem fand man heraus, dass die rechtsradikalen Jugendlichen offenbar untereinander vernetzt sind und überregional agieren.

Phase der Sozialstudie/Diagnose

NCBI geht von folgenden Leitlinien aus: Gewaltprävention gelingt nur dort, wo Eltern, Schul- und Gemeindebehörden, Polizei und Jugendarbeit, Kirchen und Vereine zusammenspannen, um der Gewalt zu begegnen. Dies soll in Zukunft auch überregional gefördert werden und die bereits bestehenden Einrichtungen und Ämter sollen zum Tragen kommen. Jugendgewalt gibt es nicht. Die meisten Menschen waren als Zeuge, Täter oder Opfer schon von verschiedenen Gewaltformen betroffen und die eigene Ohnmacht oder Überforderung führt uns manchmal dazu, gewalttätig zu sein. Jugendliche sind nicht anders, sie benutzen nur andere Gewaltarten. Rechtsmotivierte Gewaltvorfälle haben eine Vorgeschichte. Ein fremdenfeindliches Klima und salonfähige Vorurteile über MigrantInnen, Nichtchristen und Frauen fördern diese Verunsicherungen und bilden die Grundlage für Gewalteskalationen. (...) Opfer brauchen Schutz – Täter brauchen Erziehung. Das Opferhilfegesetz und das Antirassismugesetz bilden die Grundlage für die wirksame Entgegnung und Vorbeugung rechtsradikaler Gewalt. (Leitner-Brügger & Urech, 2002, o.S.)

Die Behörden sind mit der Problematik der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus überfordert. Es fehlt das Wissen, wie sie auf Rassismus und rechtsradikale Jugendliche reagieren sollen, da solche Gruppierungen ihre Aktivitäten über Dorf- oder Kantonsgrenzen hinaus verfolgen. Deshalb ist eine regionale Vernetzung und die Kommunikation unter den Behörden unentbehrlich, um der Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus entgegen zu kommen. Um die Fremdenfeindlichkeit erfolgreich zu bekämpfen, braucht es die Zusammenarbeit sowohl von Seiten der Gemeinde, als auch aller Institutionen, welche sich mit dem Problem konfrontiert sehen. Die lokalen Behörden brauchen Unterstützung von Fachleuten wie erfahrene ProgrammleiterInnen, welche die regionalen Eigenheiten kennen, aber nicht dorfansässig sind. Sie sollen den Behörden helfen, die Problematik des Rassismus in der Gemeinde und an Schulen anzusprechen und zu thematisieren.

Planungs- und Entwicklungsphase

Durch Ausschreibung werden Kontaktpersonen aus Gemeinden und Schulen gesucht, welche Erfahrung mit

rechtsradikaler und rassistischer Gewalt gemacht haben oder die sich für die Präventionsarbeit interessieren. NCBI leitet und plant gemeinsam mit den Kontaktpersonen von der Fachstelle „Solidaritätsnetz“ Präventions- und Interventionsprojekte in Gemeinden, Jugendtreffs, Kirchen, Schulen und Vereinen. In interkulturellen und interreligiösen Kursleitungsteams gestaltet NCBI in der Folge im Auftrag der regionalen Netzgruppen (Gemeindebehörde, Schulleitungen und Vereinsvorstände), Informationsveranstaltungen und Kurse, um in verschiedenen Zielgruppen Zivilcourage aufzubauen und konstruktiv aktiv zu werden.

Ausführungsphase

Die bereits bestehende Präventionsgruppe „Sorge vor – es gibt ein Limit“ führt ihren Auftrag weiter aus mit dem Hauptakzent in Suchtprävention und ausser dem zur Vorbeugung von Gewalt. Zu den Hauptaufgaben der Arbeitsgruppe gehört die überregionale Kommunikation über Präventionserfahrungen, sowie die Unterstützung von Schulen und Vereinen bei Präventionsveranstaltungen. In den Schulen soll durch Workshops über Gewalt und Gewaltprävention und einer ausführlichen Situationsanalyse über Gewaltvorfällen die Problematik aufgegriffen werden.

Eine Anlaufstelle ist geplant mit dem Ziel, betroffene Jugendliche und Eltern zu beraten und Unterstützung anzubieten. Die Anlaufstelle wird aus Behördenmitgliedern und einem Projektleiter gebildet. Die Aufgaben umfassen Beratung und Unterstützung für Betroffene von rechtsradikaler Gewalt, sowie die Förderung des Wissenstransfers zwischen anderen Beratungs- und Opferhilfestellen. Mit einer Fachkommission will man auch den umliegenden Gemeinden die Möglichkeit bieten, sich bei rechtsradikalen Gewaltvorfällen beraten zu lassen. Die Fachkommission, in welcher sich auch je nach Situation die Polizei engagiert, kann bei Vorfällen sofort intervenieren. Die Aufgaben belaufen sich auf die Unterstützung der Anlaufstelle, die Begleitung der Schulbehörde in Bezug auf Elterngespräche, sowie Beratung zur Anwendung des Antirassismugesetzes. (Leitner-Brügger & Urech, 2002)

PROJEKT COURAGE

Das Projekt *Courage* wurde im Februar 2001 in Burgdorf durch den Gemeinderat, insbesondere von der Gemeinderätin Elisabeth Zäch, ins Leben gerufen. Folgende Informationen stammen aus einem Interview mit Frau E. Zäch, das am 3. Juni 03 durchgeführt wurde. Mit dem Projekt *Courage* wollte man die Bevölkerung dazu bringen, sich ihrer Werte und Normen wieder besser bewusst zu werden und auch Verantwortung dafür zu übernehmen, indem sich jeder Einzelne bewusst wird, diese Werte und Normen auch selber zu leben und somit ein Vorbild, bzw. ein Repräsentant der Bevölkerung ist. Die zivile Verantwortung steht im Vordergrund von *Courage*. Man will damit demonstrieren, dass Burgdorf eine tolerante Stadt ist, und dass das „Zusammen reden“ und nicht das „Zusammenschlagen“ im Vordergrund steht. „Ziel des Projekts war es auch, das Problem zu erkennen und anzupacken anstatt es wie an vielen anderen Orten die Augen zu verschliessen“, sagte Frau Zäch im Interview vom 3. Juni 2003. Zielgruppe des Projekts *Courage* war die gesamte Bevölkerung von Burgdorf. Die „Skins“ werden somit nicht ausgeschlossen. Mit bunten Plakaten, Pins und T-Shirts, die während der Kampagne angefertigt wurden, wollte man Aufmerksamkeit erregen. Das Sujet „Auge“ symbolisiert, dass in Burgdorf die Augen vor rechtsradikaler Gewalt nicht verschlossen werden sollen.

Erkundungsphase

Eine Erkundungsphase hat nicht richtig stattgefunden. Die Schlägereien an der Solette 2000 gaben Grund zur Angst vor der nächsten Solette und aus dem ist die Idee von *Courage* entstanden.

Phase der Sozialstudie / Diagnose

Die Phase der Diagnose könnte die Überlegung gewesen sein, dass man der Bevölkerung die Werte und Normen wieder einmal vor Augen halten sollte. Das Sensibilisieren, aber auch eine starke Haltung bewusst machen, könnte durchaus ein Teil dieser Phase sein.

Planungs- und Entwicklungsphase

In der Planungs- und Entwicklungsphase von *Courage* war vor allem die Gemeinderätin E. Zäch aktiv. Sie

machte einen ersten Vorstoss und war auch der Meinung, dass das Problem nicht nur durch die Polizei in den Griff zu bekommen sei. Sie wollte die gesamte Bevölkerung mit einbeziehen. Den geschlossenen Gemeinderat im Rücken, machte sie sich daran, eine Gegenoffensive zu planen. Eine Projektgruppe wurde zusammengestellt. Die Bereiche Grafik, Management, Journalismus, Supervision, Psychologie und Jugendarbeit waren abgedeckt. In dieser dennoch kleinen Gruppe konnten Ideen gesammelt werden, die dann kanalisiert und von grafischen Leuten begleitet wurden. Sie überlegten sich, wie man auf diese Problematik aufmerksam machen könnte. Dies ist vermutlich der typischste Punkt der Gemeinwesenarbeit bei *Courage*. Eine vernetzte Zusammenarbeit von diversen Fachpersonen, die alle das gleiche Interesse haben, der Bevölkerung bewusst zu machen, dass jeder seinen Teil zu einer gut funktionierenden Gesellschaft beitragen kann.

Ausführungsphase

Die Ausführungsphase ist nicht so deutlich und vor allem nicht sehr typisch für die Gemeinwesenarbeit. Im Normalfall wird bei der Gemeinwesenarbeit eher mit kleinen Gruppen gearbeitet. *Courage* arbeitete nicht direkt mit den Leuten, *Courage* machte vor allem auf sich aufmerksam (Pins, Plakate, etc) und bot den Menschen die Gelegenheit, sich zu bekennen, Mut zu zeigen in dem sie das Bekenntnis unterschrieben. In einem gewissen Sinne könnte man von einer Enttabuisierung oder jedenfalls von einem ersten Schritt dazu, der Problematik Rechtsextremismus, reden. Die Beunruhigung in Burgdorf war gross nach dem Vorfall an der Solette. Die Angst, die dadurch entstand, nahm aber auch rasch wieder ab, da über die grossen Sommerferien Gras darüber wachsen konnte. Doch die Beunruhigung und Angst wurde wieder grösser, als die nächste Solette nahte. Es war ein Wunsch der Bevölkerung, dass sich so etwas nicht noch einmal wiederholen würde. (Zäch, 2003)

GEMEINSAM GEGEN GEWALT UND RASSISMUS (GGGFON)

Die ersten Merkmale des Projektkonzepts für eine Hotline in Münchenbuchsee, wurden von Herrn Giorgio Andreoli, Fachperson vom Verein für soziale und kulturelle Arbeit, ausgearbeitet. Folgende Ziele sollen darin beachtet werden: der Verunsicherung der Gemeinde begegnen, die von Rassismus und Gewalt Betroffenen zu beraten, die Erfassung und Sammlung von rassistischen und gewalttätigen Vorfällen, Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Rassismus und Menschenwürde“ (Andreoli & Lüthi, 2003, S. 1).

Nach einigen Monaten wurde die Idee, das Projekt auf die Region Bern auszuweiten, umgesetzt. Das anfängliche Konzept erweiterte sich somit um folgende Aspekte: In dem die gesamte Region einbezogen wird, ist eine breitere Sensibilisierung für die Thematik möglich. Ebenfalls erzielt eine von mehreren Gemeinden unterstützte Haltung „gemeinsam gegen Gewalt“ eine grössere Wirkung. Durch den öffentlichen Auftritt der Region Bern kann eine Signalwirkung erreicht werden. Die Gemeinden erhalten ein gemeinsames Gefäss und sind aufgefordert in dieser Thematik zusammenzuarbeiten. Durch eine breitere Verankerung des Projektes können Veränderungen in der rechtsradikalen Szene schneller bemerkt werden. Eine Regionalisierung gibt dem Projekt eine sicherere und breitere finanzielle Basis. (Andreoli & Lüthi, 2003, S. 2)

Die aktuellen Ziele, die für das Projekt *gggfon* gelten sehen nun folgendermassen aus: Es soll in der Region Bern ein Zeichen gegen Gewalt und Rassismus gesetzt werden. Gewalt und Rassismus sollen zum Thema gemacht werden – auch dort wo sie noch zu keinen öffentlichen Problemen geführt haben. Das *gggfon* will sich gegen diskriminierende Äusserungen oder Handlungen engagieren. Das *gggfon* will einen Beitrag leisten für eine Kultur mit menschlichem Umgang. Das *gggfon* will Zivilcourage fördern.“ (Andreoli & Lüthi, 2003, S. 3)

Arbeitsprinzip: Das Team des *gggfon* ist der Überzeugung, dass Gewalt und Rassismus nicht das Problem von Einzelpersonen oder von Jugendlichen ist, sondern die ganze Gesellschaft betrifft. Um die Thematik des Rechtsextremismus nachhaltig anzugehen, will das *gggfon* das gesamte Gemeinwesen mit seinen Institutionen, Behörden und EinwohnerInnen einbeziehen. Im Sinne eines

systemischen Ansatzes soll das Gemeinwesen sich mit der Thematik befassen. Das Gemeinwesen soll die klare Haltung gegen aussen und innen entwickeln, dass es keinen Rassismus und keine Gewalt will!

Damit das erreicht werden kann, steht das *gggfon* immer in Kontakt mit dem Gemeinwesen, bespricht Vorfälle und Meldungen aus der Gemeinde oder hilft mit, Projekte und Aktionen auf die Beine zu stellen. Das *gggfon* will von sich aus keine Lösungen anbieten, sondern die Akteure des Gemeinwesens anregen, eigene Lösungen zu entwickeln. Das Ausmass der Unterstützung durch das *gggfon* – Team hängt vom Handlungsspielraum der Akteure ab.

In jeder Gemeinde hat das *gggfon* seine Ansprechpersonen, welche für die Arbeit wichtige Funktionen ausüben. Diese Personen kennen ihr Gemeinwesen gut und können falls notwendig weitere zuständige Personen beiziehen. Das *gggfon* verfolgt den Problemlösungsprozess und bietet bei auftauchenden Schwierigkeiten Unterstützung an. (Andreoli & Lüthi, 2003, S. 4)

Zur hauptsächlichen Zielgruppe gehören Betroffene von gewalttätigen und rassistischen Übergriffen, sowie auch Personen, die sich in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen. Zudem richtet sich das Projekt einerseits an Jugendliche, Eltern, JugendarbeiterInnen, LehrerInnen, die Informationen und Beratung suchen, oder ihre Beobachtungen melden möchten, andererseits auch an Personen, welche aus einer rechtsradikalen Gruppierung aussteigen möchten.

Erkundungsphase

Zu der ersten Erkundungsphase gehören die zuerst aufgetauchten Zwischenfälle mit rechtsextremem Hintergrund in Münchenbuchsee, bei denen Jugendliche involviert waren.

Phase der Sozialstudie / Diagnose

Nach den genannten Zwischenfällen wurde klar, dass die Gemeinde Münchenbuchsee über keine adäquaten Antworten auf diese Herausforderung verfügt.

Dazu kam, dass der Austausch von Fachpersonen und Behörden sehr gering war.

Entwicklungsphase

Aus den genannten Gründen entwickelte die Jugendkommission der Gemeinde Münchenbuchsee die Idee einer telefonischen Hotline. Dazu wurde als Betreuungsperson die Fachperson Giorgio Andreoli, Leiter des Vereins für soziale und kulturelle Arbeit (Juko) eingesetzt. Er beteiligte sich an der Erstellung des Konzeptes. Daraufhin wurde vom Gemeinderat eine Bewilligung des Projektkredits für die Laufzeit eines Jahres erteilt. Mit diesem Geld wurde die Hotline eingerichtet.

Ausführungsphase

Das Projekt startet am 24. November 2000. Es erhielt den Namen „*gggfon*“ die Abkürzung von gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus und die Bedeutung „fon“ anstelle von Telefon oder Mail. Der Begriff Hotline wurde durch Informations- und Beratungsstelle ersetzt. Um die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Fachpersonen zu fördern, wurde durch verschiedene Aktionen in der Gemeinde ein Sensibilisierungsprozess ausgelöst. Durch die Idee der Ausweitung des Projekts auf die Region Bern gelangt das Projekt vorübergehend in eine neue Entwicklungsphase. Die Sozialkommission stimmt der Erweiterung des Projektes umgehend zu. Um herauszufinden, ob die Gemeinden bereits eigene Instrumente zur Bekämpfung von Gewalt und Rassismus in ihrem Einzugsgebiet entwickelt haben, stellt die Sozialkommission einen Fragebogen zusammen. Diese wird den Mitgliedsgemeinden des Vereins Regio Bern zugesandt. Die Auswertung der Fragebögen ergab, dass bisher keine Massnahmen zu dieser Thematik in den Gemeinden getroffen wurden. Somit wird ein neues Budget erstellt. Im Oktober 2001 wurde der Antrag, dem Projekt beizutreten von 24 Gemeinden (von insgesamt 25 Gemeinden) angenommen. (Abstimmung durch einzelne Gemeinden, Kommissionen, Vereinen und Bevölkerung). Mit Unterstützung des öffentlichen Verkehrs wurde daraufhin eine breite Werbekampagne lanciert (Gelbe auffallende Plakate. Die Bevölkerung wurde in Tram, Bus und Zug auf die Thematik und das Bestehen des *gggfon* aufmerksam gemacht). Mitte 2002 mussten sich die Gemeinden erneut entscheiden, ob sie das *gggfon* ein weiteres Jahr unterstützen wollen. Alle Teilnehmer haben ihrer Unterstützung für das Jahr 2003 zugesichert. (Andreoli & Lüthi, 2003)

VERGLEICH DER PROJEKTE

Wenn die Zielsetzungen der einzelnen Projekte betrachtet werden, stellt man fest, dass sich praktisch alle Projekte mehrheitlich dem Schutz von Betroffenen und der Vorbeugung von weiteren Gewaltausschreitungen widmen. Die Prävention von Rechtsextremismus scheint für die Bevölkerung einen wichtigeren Stellenwert zu besitzen, als die effektive Bekämpfung der rechtsextremen Szene.

Das Projekt *Courage* geht davon aus, dass die zivile Bevölkerung mehr Verantwortung tragen soll. Die Normen und Werte sollen transparenter vertreten werden und somit einen Sensibilisierungsprozess der eigenen Haltung der Bevölkerung hervorrufen.

An diesen Punkt knüpft auch das *gggfon* an. Es sollen Zeichen gesetzt werden. Die Gemeinden sollen sich gegen Diskriminierungen engagieren und so einen Beitrag für den menschlichen Umgang stiften. Das Projekt möchte die Leute soweit fördern, dass sie von sich aus Zivilcourage entgegenbringen können. Das *gggfon* an sich, bietet keine Lösungen an, sondern möchte, dass die Akteure der Gemeinwesenarbeit (Polizei, Jugendarbeiter etc.) aktiv und Situationsbezogen reagieren.

Was die Unterschiede anbelangt, so lässt sich erkennen, dass dieselbe Zielsetzung von verschiedenen Ebenen her angegangen werden kann.

Das *National Coalition Building Institute* sucht auf der Ebene der Behörden nach einer Kontaktperson, welche daraufhin als Leitung einer Projektgruppe in der Region in Betrachtung gezogen wird. So das Beispiel des *Miteinander gegen Gewalt* von Muri. Hier versucht man durch das vernetzte Zusammenarbeiten von Eltern, Gemeindebehörde, Polizei, Kirchen und Vereinen eine Gewaltprävention zu erreichen. Das Projekt *Courage* hingegen spricht nicht nur die Leitungspersonen der einzelnen Stellen an, sondern wendet sich direkt an die gesamte Bevölkerung. Mit dieser Methode fühlt sich jedes Individuum persönlich angesprochen. Durch die intensive Suche nach Interessenten, die sich durch namentliches Erwähnen als Mitglied dieses Projektes verantwortlich fühlen, wird ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl hervorgerufen.

Als Zielgruppe von *NCBI* aus gesehen, stehen nicht die Rechtsextremen selbst, sondern die Kontaktpersonen der

jeweiligen Projekte und Gemeinden im Zentrum. Von da aus, respektive im Projekt *Miteinander gegen Gewalt* stehen dann die Opfer von diskriminierenden Gewalttaten im Vordergrund.

Bei *Courage* wird die gesamte Bevölkerung ins Zentrum als Zielgruppe gerückt. Dieser Ansatz übernimmt auch das *gggfon*, welches sich durch die Umstrukturierung einem grossen Teil der Bevölkerung annimmt. Dazu gehören einerseits die Betroffenen von gewalttätigen und rassistischen Übergriffen, sowie auch solche, die sich in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen, aber auch Jugendliche, Eltern, Jugendarbeiter, Lehrer usw., die ihre Beobachtungen melden möchten oder gerne mehr Informationen oder eine Beratung möchten.

Das von *NCBI* gestützte Projekt *Miteinander gegen Gewalt* geht davon aus, dass es Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Rassismus benötigt, um diese Problematik bearbeiten zu können. Durch die unentbehrliche regionale Vernetzung der Behörden soll den Leuten klar gemacht werden, dass sie nicht wegschauen dürfen. Auch das Projekt *Courage* verfolgt denselben Ansatz und versucht mit dem „augenförmigen“ Logo die angesprochenen Leute zum Hinschauen zu bewegen. Ein weiterer Grundsatz von *Courage* ist, dass sich das Problem durch die Polizei alleine nicht lösen lässt. Dafür benötige es laut *Courage* die ganze Gesellschaft. Auch das Projekt *gggfon* weist vermehrt daraufhin, dass das Problem die ganze Gesellschaft betreffe, und dass sich die Problematik nur durch den von ihnen vertretenen systemischen Ansatz behandeln liesse. Sie möchte im Gegensatz zu den verschiedenen Behörden und Institutionen die gesamte Gemeinwesenarbeit und auch die Einwohner mit einbeziehen.

Jedes Projekt besteht aus mehreren sehr starken Punkten, sowie auch aus diversen meist kleineren Schwachstellen. Beim Projekt *Miteinander gegen Gewalt* ist zu erwähnen, dass *NCBI* eine gute Vorarbeit geleistet hat. Die Stärke dieses Projekts liegt in ihrer Vorgehensweise. Sie führen die Behörden Schritt für Schritt in die Problembewältigung ein, bis diese selbständig fähig sind, Probleme zu lösen. Ein positiver Effekt ist auch die Vernetzung des Projekts nicht nur innerhalb einer Gemeinde, sondern auch überregional. Nur mit der Zusammenarbeit aller Institutionen oder aller Gemeinden eines Gebietes

kann eine langfristig, ganzheitliche Lösung erbracht werden. Eine Schwachstelle besteht darin, dass gewisse Gemeinden keine „fremden“ Kontaktpersonen zulassen und somit die Suche nach geeigneten Gruppen erschwert ist.

Der grosse Pluspunkt für das Projekt *Courage* besteht darin, dass es sich zum richtigen Zeitpunkt um die richtige Themenwahl handelte. Ganz viele Leute konnten so aktiviert und motiviert werden. Leider wurde schnell klar, dass die Anforderungen nicht hundertprozentig mit den Erwartungen der Mitglieder übereinstimmten. Dies ergab sich aus der Sichtweise der Bevölkerung, die sich mehrere Lösungsmöglichkeiten und mehr Unterstützung von der Projektgruppe erhoffte.

Das Projekt *gggfon* ist durch seinen permanenten Austausch mit den Gemeinden über die Vorfälle von rechtsextremen Aktivitäten ständig in Kontakt und somit sehr gut vernetzt. Zudem löste die gute Zusammenarbeit der Behörden einen sehr intensiven Sensibilisierungsprozess bei der Bevölkerung aus.

Es gibt auch Problemstellungen, die sich bei allen verglichenen Projekten zeigten. Dazu gehört, dass überall erst dann interveniert wird, wenn bereits etwas geschehen ist. In Gemeinden, die ausländerfeindliche Politik betreiben, ist es praktisch unmöglich, ein Projekt zur Thematik Rechtsextremismus durchzuführen. Und dann existiert bei allen erwähnten Projekten ein grosses Defizit an finanziell unterstützenden Quellen, da das Budget häufig sehr begrenzt ist.

TYPISCHE FAKTOREN DER GEMEINWESENARBEIT

Bei allen drei bearbeiteten Projekten wurde ein gemeinsames Problem erkannt, nämlich der Rechtsextremismus und dessen Folgen in den verschiedenen Gemeinden. Mit der Unterstützung der Gemeinwesenarbeit, die durch die Projekte geleistet wird, sollen in erster Linie weitere Gewaltausschreitungen beziehungsweise Diskriminierungen –also negative Erfahrungen gemäß Definition– vermieden werden.

Alle verglichenen Projekte stellen vor allem das vernetzte Zusammenarbeiten des Gemeinwesens in den Vordergrund. Insbesondere die Vernetzung zwischen den verschiedenen Gemeinden und Städten scheint wichtig zu sein, da auf diese Weise die Möglichkeit zu einer Ver-

schiebung erschwert ist, weil von allen oder verschiedenen Seiten Widerstand zu spüren ist. Zu einer guten Vernetzung gehören auch verschiedenste Fachpersonen, sowie Kontaktpersonen aus der Bevölkerung, die stark in das Geschehen involviert sind. Ein wichtiger Punkt ist ebenfalls, dass alle teilhabenden Projektpersonen das gleiche Ziel verfolgen.

Die angesprochene Solidarität, die laut Definition in der Gemeinwesenarbeit nötig ist, scheint mit einer gewissen Vernetzung der Leute verbunden zu sein. Die Kraft und die Wirkung ist am grössten, wenn gemeinsam gegen den Rechtsextremismus vorgegangen wird.

Es ist festzustellen, dass die verschiedenen Projekte gewisse ‚Initiativen‘ zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ergriffen haben. In erster Linie sind die Projekte selbst als Initiativen anzusehen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass durch sie andere initiiert wurden, etwas gegen die Problematik zu unternehmen, sei es vielleicht auch nur, dass die Bevölkerung sensibilisiert wird. Dadurch wird dem Rechtsextremismus ein Stück Nährboden weggenommen. Das Problem wird öffentlich, es ist leichter zu thematisieren, wenn Rechtsextremismus nicht als Tabu gehandhabt wird.

Die Gemeinwesenarbeit agiert nicht direkt präventiv. Die Problematik muss immer schon vorhanden sein, um sie auf diesem Weg angehen zu können. Viele Gewaltausschreitungen könnten aber mit Sicherheit verhindert werden, wenn mehr präventiv gearbeitet würde.

Es ist überraschend festzustellen, dass die eigentliche Zielgruppe aller drei Projekte nicht die rechtsextremen Personen selbst sind, sondern mehr die Behörden, Schulen, Betroffene, etc. So gesehen wird dennoch präventiv gearbeitet. Es handelt sich um eine Prävention, um zu verhindern, dass sich die Problematik weiter ausbreitet oder sich Vorfälle wiederholen.

Dennoch bleibt die Frage ob auf diese Weise das Problem wirklich an den Wurzeln angegangen wird oder ob so nicht nur eine Verschiebung stattfindet. Alle drei Projekte sind als „Territoriale Gemeinwesenarbeit“ angelegt. Das heisst, es wird in einem bestimmten „Sozialraum“ (vgl. Definitionen, S. 2) gearbeitet. Würde mit den rechtsextremen Leuten direkt gearbeitet werden, handelte es sich um eine „Kategoriale Gemeinwesenarbeit“. Um die optimale Wirkung mit der Gemeinwesenarbeit zu erzielen, müssten –gestützt auf die Definitionen– die betroffenen Personen oder die sich angesprochen fühlen-

den Personen, sich zusammenzutun um dann gemeinsam mit den Rechtsextremen arbeiten zu können. Allerdings ist das reine Theorie und daher kaum 1:1 in die Praxis umsetzbar.

FAZIT

NCBI arbeitet sehr gemeinwesenorientiert. Eine der Stärken des Projekts liegt in ihrer Vorgehensweise. Sie führen die Behörden Schritt für Schritt in die Problembewältigung ein, bis diese selbständig fähig sind, Probleme zu erkennen und zu lösen.

Ein positiver Effekt ist auch die Vernetzung des Projekts nicht nur innerhalb einer Gemeinde, sondern auch überregional. Nur mit der Zusammenarbeit aller Institutionen oder aller Gemeinden innerhalb eines Gebietes kann eine langfristig, ganzheitliche Lösung erbringen.

Eine Schwierigkeit, mit dem das Projekt immer wieder zu kämpfen hat, ist die Suche nach Gruppen, welche zur Zusammenarbeit bereit sind. Positive Erfahrungen werden immer wieder in Berufsschulklassen, an Lehrerfortbildungen und an Elternabenden gemacht. Hier kann die Arbeit des Projekts fruchten. Vor allem Personen, welche im Gemeinwesen arbeiten, sehen sich zwar am meisten betroffen, doch genau diese Gruppierung stellt sich meistens gegen das Projekt.

Viele Gemeinden lassen keine „Fremden“ zu, welche sie mit Problemen wie Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit konfrontieren. Für auswärtige Sozialtätige ist dies nicht immer einfach, das Vertrauen der Dorfbewohner zu gewinnen. Doch es kann auch eine Chance sein kein Einheimischer zu sein. Denn gewisse Dorfbewohner reden lieber mit Auswärtigen über interne Probleme als mit den Nachbarn.

Ein weiterer Nachteil ist der begrenzte Einsatz, der durch die Finanzierungsfrage entsteht. Es kann nur punktuelle Unterstützung angeboten werden – zum Beispiel eine Lehrerfortbildung, eine Sitzung mit den Behörden oder eine Intervention in einer Schulklasse. In den meisten Fällen braucht es aber mittel- bis langfristige Strukturen, um das Problem zu beheben oder in den Griff zu bekommen.

Eine Stärke von *Courage* ist sicher, dass sich so viele Leute daran beteiligt haben, dass die Bevölkerung aktiviert

wurde. „...*Courage* ist eine Bürgerbewegung zum rechten Zeitpunkt mit der richtigen Themenstellung gewesen“, so E. Zäch im Interview vom 3. Juni 2003.

Eine Schwäche besteht vor allem darin, dass das Projekt nicht unbedingt mit den Erwartungen der Bevölkerung übereinstimmte. Man sah *Courage* als eine Art Präventionszentrum. Nach dem Bekenntnis gab es keine weiterführende Idee. „Die hätte wenn schon aus der Gruppe entstehen müssen“, meinte E. Zäch im Interview.

Mittlerweile haben sich auch selbständige Untergruppen gebildet, die unabhängig arbeiten. Zum Beispiel mit dem Projekt „*Courage*-Film“, das im Herbst anläuft. Es gibt auch schon *Courage*-Gottesdienste und eine Gruppe, die sich dafür einsetzt, dass Burgdorf und Umgebung dem *gggfon* beitreten kann.

Die Grundidee bzw. die Grundaktion *Courage* hat Spuren hinterlassen, Fussstapfen vorgelegt, in die jetzt Andere treten. Durchaus also eine Gemeinwesenarbeit, die etwas Positives ins Laufen brachte.

Das Spezielle am Projekt *gggfon* ist, dass es sich zu Beginn bereits herausstellte, dass die Hotline nicht mehrheitlich von Menschen genutzt wurde, die sich unmittelbar bedroht fühlten. Die Bevölkerung suchte vielmehr Kontakt zum *gggfon*, um sich Rat zu holen und über das Geschehene zu sprechen. Zudem meldeten viele Personen ihre Beobachtungen oder holten sich Auskünfte über das Projekt oder die Thematik Gewalt und Rechtsextremismus. Nur durch die flexible Umstrukturierung war es möglich, das Projekt den Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen.

Das Interessante dabei ist, welche Wirkung durch die vermehrte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Fachpersonen in der Gemeinde entstand. Die Bevölkerung wurde zusehends auf die Thematik sensibilisiert. Erst durch diesen Prozess wurde ersichtlich, dass je mehr die Auseinandersetzung mit der Thematik Rechtsextremismus und Rassismus stattfindet, desto grösser die Aufmerksamkeit der Gesellschaft ist.

Was in diesem Projekt praktisch nicht erwähnt wird, ist der Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen. Wie und welche Strafmassnahmen werden beispielsweise ausgearbeitet, oder auch wie die Reaktionen auf Täter sind, um auch dort Hilfe zu leisten.

EXPERTENBEITRAG 1:

PROJEKTBERICHT „SOLIDARITÄTSNETZ“: GEMEINDEN BRAUCHEN NETZWERKE GEGEN RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

*Urs Urech, Soziokultureller Animator und Projektleiter
„Solidaritätsnetz“ von NCBI*

PROJEKTIDEE

In vielen Gemeinden fühlen sich die Behörden mit der Thematik der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus allein gelassen und wissen oft nicht, wie sie auf rassistische Vorkommnisse und rechtsradikale Jugendliche reagieren sollen. Rechtsradikale (Jugend-) Gruppierungen und fremdenfeindliche Stimmungsmacher halten sich nicht an Dorf- oder Kantonsgrenzen und nutzen manchmal sogar diese Freiräume für ihre Aktivitäten oder Übergriffe.

Eine regionale Vernetzung und der Informationsaustausch unter den Behörden sind nötig für die wirksame Entgegnung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Strategien, die auf Einzelpersonen zielen (fremdenfeindliche Täter) greifen oft zu kurz, wenn gruppenspezifische Prozesse in der Gemeinde laufen. Oft ist es zu schwierig, die Täter einzeln zu identifizieren und zu bestrafen. Was nötig ist, ist ein aufsuchender Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit. Die betroffenen Jugendlichen sollen nicht stigmatisiert werden, weil das ihre Haltung oft zementiert – aber ihre Bezugspersonen (Eltern, LehrerInnen, JugendarbeiterInnen, Behörden) sollen ermutigt werden, nicht wegzuschauen.

Die positiven Kräfte in der Gemeinde können mobilisiert und die schweigende Mehrheit zu konstruktiver Solidarität gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bewegt werden. Um diese kontroversen und heissen Themen in der Gemeinde und an Schulen anzusprechen und zu thematisieren, brauchen die lokalen Behörden Unterstützung von Fachleuten. Diese sollen über die regionalen Besonderheiten Bescheid wissen, aber nicht dorfsässig oder persönlich mit den Institutionen verbunden sein.

Um diese Lücke zu füllen, bietet die Fachstelle „Solidari-

tätsnetz“ von NCBI¹ den Gemeinde- und Schulbehörden Beratung, Weiterbildung und Begleitung für ihre konzeptuelle und praktische Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

PROJEKTZIELE

Behörden finden Unterstützung für Interventionen, für die Begleitung der Opfer, für Nachbearbeitungen von rassistisch motivierten Gewalttaten und für den Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen.

Lokale Behörden lancieren Präventionsprojekte. Lokale Kontaktpersonen wirken als Anlaufstelle für die Präventionsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Sie finden Unterstützung und Beratung bei NCBI für ihre Arbeit und sind mit der Polizei, dem Jugendamt, der Jugendanwaltschaft und der Jugendarbeit regional vernetzt. Gemeinde, Kirchen, Schulen, Wirte und Vereine setzen sich für den Abbau von Fremdenfeindlichkeit und gegen Rassismus ein.

Gemeinde-, Kirchen- und Schulbehörden werden auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus sensibilisiert. Die lokalen Anlaufstellen koordinieren die Präventionsarbeit im Gemeinwesen und in den Schulen mit Begleitung der Fachstelle „Solidaritätsnetz“ von NCBI.

PROJEKTAKTIVITÄTEN UND ZIELGRUPPEN

Weiterbildungskurse zum Aufbau von regionalen Netzgruppen:

Die lokalen Kontaktpersonen (GemeinderätInnen, SchulpflegerInnen, JugendarbeiterInnen) werden ausgebildet und begleitet zur Koordination der Präventionsprojekte. Sensibilisierungsprogramme und lokale Präventionsprojekte: Zur Entgegnung von Fremdenfeindlichkeit und

¹⁾ Das National Coalition Building Institute ist ein Verein, der sich engagiert gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt mit Sitz in Thalwil und Sektionen im Aargau, in Basel, Bern, St. Gallen, Zürich, in der Romandie und in der Zentralschweiz. Weitere Informationen über NCBI siehe www.ncbi.ch.

Rechtsextremismus (Jugendgruppen, Berufsschulklassen, LehrerInnenteams, Schulklassen, Eltern) werden viele Gruppen aktiviert.

PROJEKTBLAUF

Wir suchen lokale Kontaktpersonen, die in ihren Gemeinden als niederschwellige Anlaufstellen für die Opfer und ZeugInnen von fremdenfeindlicher Gewalt dienen und in ihrer Gemeinde Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen wollen. Wir bieten den Kontaktpersonen Weiterbildungen und Austauschtreffen an, um sie zu ermutigen und zu befähigen, sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen und auch in heiklen Situationen konstruktiv und handlungsbereit zu sein. Diese Kurse beinhalten:

- Sensibilisierung auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus
- Auseinandersetzung mit den Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen und Fremden
- Sensibilisierung auf Gewalt und Reflexion der verschiedenen Gewaltperspektiven
- Fertigkeiten für gewaltfreie Konfliktlösung und den Abbau von Vorurteilen
- Austausch über lokale Vorkommnisse von fremdenfeindlicher Gewalt und Rassismus
- Unterstützung und Begleitung von Opfern und weiteren Betroffenen
- Vermittlung von Projektideen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- Projektbegleitung und Fachberatung für lokale Präventionsprojekte
- Vernetzung regionaler Präventionsangebote

Gemeinsam mit den Kontaktpersonen planen und leiten wir von der Fachstelle „Solidaritätsnetz“ Präventions- und Interventionsprojekte für Erwachsene und Jugendliche in Gemeinden, Jugendtreffs, Kirchen, Schulen und Vereinen. Durch die Arbeit mit den Kontaktpersonen bauen wir regional ein Netzwerk gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf. In den regionalen Netzgruppen werden beispielsweise:

- Interventionen unter Mithilfe der Polizei besprochen und initiiert
- Massnahmen und Strafen für straffällig gewordene,

rechtsradikale Jugendliche besprochen

- Gesprächsrunden für betroffene Eltern organisiert und ausgeschrieben
- Meldestellen für Opfer und ZeugInnen von rassistisch motivierter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geschaffen
- Informationsabende veranstaltet um die Öffentlichkeit auf die Themen „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ zu sensibilisieren.

Interkulturelle und interreligiöse NCBI-Kursleitungsteams gestalten wir in der Folge im Auftrag der regionalen Netzgruppen (Gemeindebehörde, Schulleitungen und Vereinsvorstände), Informationsveranstaltungen und Kurse, um in verschiedenen Zielgruppen Zivilcourage aufzubauen und konstruktive Aktivitäten zu planen. Die Kurse dauern in der Regel einen Tag für Jugendliche oder zwei Abende für Erwachsene. Die Kurse thematisieren mit verschiedenen Methoden und Übungsanlägen:

- den Abbau von Vorurteilen
- die Wirkung von Rassismus und Antisemitismus
- Zivilcourage: Trainieren von Fertigkeiten, um die TeilnehmerInnen darin zu bestärken, zukünftig vermehrt bei verbalen, fremdenfeindlichen Angriffen einzugreifen
- Informationen über regionale Meldestellen und Hilfsangebote

ERFAHRUNGSBERICHT

Wir haben mit Unterstützung vom EDI (Fonds für Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus) seit 2001 im Kanton Aargau 4 lokale Präventionsprojekte in total 30 Gemeinden begleitet und aufgebaut. Ein Projekt läuft eigenständig mit regionaler Netzgruppe und einer Hotline für ZeugInnen und Opfer von Gewalt und Rassismus, ein Projekt wurde abgebrochen und zwei Projekte sind in der Startphase. Es folgen anonymisierte Berichte über die Projekte und unsere Erfahrungen. Wir haben vieles über die Präventionsarbeit von Rassismus und Rechtsextremismus im Gemeinwesen gelernt.

PROJEKTUMFELD UND -INITIANTINNEN

Die lokalen Projekte befinden sich in Randgebiete vom Kanton Aargau (was für viele Regionen in diesem Kanton zutrifft) und umfassen kleine Dörfer, mehrheitlich katholische Gebiete mit wenig Fachstellen und unterbesetzte oder nicht vorhandene Sozialstellen. Die Behörden, die Kirchen und die Schulpflege haben neben den Vereinen und Beizen eine wichtige Stellung. Die politische Stimmung und das Klima sind oftmals rechtslastig und fremdenfeindlich und die Trennung von Einheimischen und "Alteingesessenen" oder Fremden und „Zugezogenen" ist strukturell ersichtlich und spürbar in Schulen, Wohngebieten, Vereinen und Restaurants. Die sozialen Verantwortungsträger sind oftmals progressiver als die Bevölkerungsmehrheit. In vielen Gemeinden sind die Behörden durchmischt mit Einheimischen und Zugezogenen, welche häufig lokale Präventionsprojekte gegen Gewalt und Rassismus initiieren, auch in den hier beschriebenen Projekten. Die eigene Betroffenheit als „Eingewanderte" bewirkt vielfach eine Offenheit für die Interkulturalität, für den sozialen Wandel, sowie eine erhöhte Sensibilisierung für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Behördenmitglieder sind häufig selbst Opfer oder ZeugInnen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

THESE 1

Behördenmitglieder sind auch Betroffene. Sie sind Adressatinnen und Akteure in einem Projekt der Gemeinwesenarbeit. Ihre Betroffenheit kann viel zu ihrer Motivation und ihrem Engagement beitragen.

Beispiele: Die lokalen Kontaktpersonen aus Gemeinde und Schulbehörden, Jugendarbeit und Elternvereine treffen sich mit mir für eine erste Sitzung zur Situationsaufnahme und Auftragsklärung. In der ersten Austauschrunde über die eigene Motivation, sich an einem Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu beteiligen, berichten viele Anwesenden über ein persönliches Erlebnis von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit (verbal und tätlich). Bei vielen Behördenmitgliedern sind auch weitere Familienmitglieder betroffen. In einer anderen Gemeinde spricht der Gemeindepräsident (selbst ein zugezogener, Sohn eingebürgerter Italiener)

öffentlich über die fremdenfeindlichen, rechtsradikalen Sprayereien an seiner Hauswand und unterstützt die Projektidee.

THESE 2

Die lokalen Projekte brauchen die Unterstützung und öffentliche Rückendeckung der einheimischen Behördenmitglieder und MeinungsmacherInnen, um lokal verankert und getragen zu werden.

Beispiele: Der Chef Samichlaus der katholischen Kirchgemeinde meldet sich besorgt beim Pfarrer und bei weiteren Gemeindemitgliedern betreffend den rechtsradikalen Äusserungen einiger Schmutzlis und nimmt selbst an der ersten Projektgruppensitzung teil. In einer benachbarten Gemeinde nehmen die beiden SVP Gemeinderäte an einem Informationsabend öffentlich Stellung gegen Rechtsextremismus und befürworten das Projekt. Der Ortspolizist informiert über die straffällig gewordenen rechtsradikalen Jugendlichen in der Gemeinde und erläutert die kantonalen Massnahmenpakete. Die Informationen und Kollekte in der ortsansässigen Klosterkirche steigert den Bekanntheitsgrad mehr als die veröffentlichten Zeitungsartikel. In einer weiteren Gemeinde in einem anderen Kantonsteil haben 4 von 5 Gemeinderatsmitgliedern viel Verständnis für die jugendlichen Rechtsradikalen und finden es sei an der Zeit, dass sich diese zur Wehr setzten gegen die Ausländerbanden – was zum sofortigen Projektabbruch in dieser Gemeinde führt.

Projektausgangslage: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus treten auf verschiedene Weisen auf. Jugendliche tragen oft auf die Strasse was viele Erwachsenen und manchmal die eigenen Eltern ebenfalls befürworten. In vielen Gemeinden ist die öffentliche Grundstimmung rassistisch und fremdenfeindlich. Nach vereinzelt, rassistisch motivierten Gewaltvorfällen oder Androhungen, reagieren besorgte Erwachsene und holen Hilfe, während sich die Stimmung unter den Jugendlichen verschärft in eine Polarisierung in verschiedene Gruppen (rechts/links oder SchweizerInnen/MigrantInnen) und sich in einer zunehmenden Gewaltbereitschaft äussert.

THESE 3

Rechtsradikale Handlungen sind nicht isoliert vom Gemeinwesen zu betrachten und schon kleine Anzeichen von Rechtsradikalismus sollen engagiert und konstruktiv aufgegriffen und entgegnet werden.

Beispiele: Eine Gruppe von schweizer Jugendlichen (Knaben, Patrioten mit Kurzhaarfrisur und Bomberjacken mit aufgenähten schweizer Kreuzen) sperrt den Radweg zwischen den Dörfern. Freien Durchgang erhalten nur Jugendliche die sich als SchweizerInnen ausweisen können. Nach Flugblattaktionen von rechts und links (Nationalistische Front und Jungsozialisten) bilden die betroffenen Lehrkräfte eine Arbeitsgruppe, holen Beratung und Weiterbildungskurse bei der Fachstelle „Solidaritätsnetz“, und planen Präventionskurse mit NCBI in den Oberstufenklassen.

In einem anderen Dorf hat die Gruppe der Patrioten alte Feuerwehruniformen aufgekauft und mit Hakenkreuzen ausgerüstet. Die Ausländer und die Patrioten benutzen getrennte Schulhauseingänge und die Stimmung am Dorffest ist geladen. Die betroffenen LehrerInnen holen ebenfalls Beratung und Weiterbildungskurse bei NCBI um zu intervenieren.

In einer weiteren Region benutzen die jugendlichen Rechtsradikalen und Patrioten den Jugendtreff, was viele anders denkende Jugendliche verängstigt und vertreibt. Die Jugendarbeiterin fühlt sich überfordert mit der Situation und die Jugendhauskommission informiert die Trägerschaft, welche aus fünf verschiedenen Gemeinden besteht. Die Situation im Jugendtreff kann durch eine Intervention geklärt werden (siehe unter Beispiele 5) aber in der gemeinsamen Aussprache und Auftragsklärung mit mir und den Behörden findet die Projektidee keine Unterstützung bei den Gemeinderäten. Die vorübergehende Schliessung vom Jugendtreff wird angekündigt und die Bearbeitung der Thematik wird der Jugendarbeiterin und den betroffenen Schulen überlassen.

Regionale Arbeitsgruppe der Behörden: Die gemeinsamen Informations- und Koordinationssitzungen mit VertreterInnen aus verschiedenen Behörden, Fachstellen, Polizei und Vereine sind wesentlich für die Förderung des Projektes und zur Sensibilisierung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Viele der betroffenen Eltern auf der Opfer- sowie auf der Täterseite wollen sich nicht im Dorf exponieren oder sind dies bereits und

wünschen in Ruhe gelassen zu werden. Vieles, was unter den Jugendlichen bekannt ist und die Runde macht, wird häufig den Erwachsenen verschwiegen. Viele Erwachsene sind verunsichert über die Provokationen und haben wenig Informationen über Jugendkulturen, Gewaltpotentiale und rechtsradikales Gedankengut. Die Mobilität der Jugendlichen und die spontane, nicht langfristig organisierte Form der Jugendgruppen und Treffpunkte bieten Raum und Gelegenheit für Übergriffe und Gewaltvorfälle. Die Vernetzung unter den Behörden, Fachstellen und der Polizei sowie die Vernetzung zwischen diesen und der Öffentlichkeit (Eltern, Vereine, Kirchengemeinden, Jugendhaus) bilden ein tragfähiges Netzwerk für Interventionen und Präventionsprojekte.

THESE 4

Gemeinden brauchen Netzwerke als stärkende Massnahme gegen Rechtsextremismus.

Beispiele: Die betrunkenen, randalierenden rechtsradikalen Firmlinge an der Osternacht der Pfarrei werden vom Pfarrer zu Gesprächen und Elternbesuchen eingeladen. Es stellt sich heraus, dass die Jugendlichen gut vernetzt sind, weitere Bekannte in der Region haben und diesen Sommer mit weiteren Aktionen auf sich aufmerksam machen wollen. An der Sitzung der Aktionsgruppe wird gemeinsam eine Liste erstellt mit fremdenfeindlichen Vorfällen und Übergriffen, alle Kontaktpersonen werden informiert und NCBI wird beauftragt, mit der Gruppe der Firmlinge ein Sensibilisierungsprogramm durchzuführen. Der alarmierte Pfarrer informiert auch die Organisatoren vom bevorstehenden Männerchorfest über die Vorfälle und das Potenzial der Störungen für den geplanten Anlass. Gemeinsam mit dem Zivilschutz wird ein Sicherheitsdispositiv erarbeitet und die Vereine werden informiert. Am Festabend stehen die Bauern vom Dorf zusammen und weisen die Rechtsradikalen erfolgreich weg vom Areal.

In einem anderen Dorf informiert die Schulpflege alle Eltern schriftlich bezüglich Ort und Zeit eines geplanten Treffens der patriotischen Front und lädt zum Elternabend ein. Das Treffen wird abgesagt und der Elternabend unter Leitung von NCBI wird gut besucht.

Interventionen: Bezüglich Rassismus und Rechtsextremismus im beschriebenen Umfeld müssen das Dorfkli-

ma und die Dynamik unter den Jugendlichen und zwischen verschiedenen Gruppierungen, Familien und Schulen mitberücksichtigen. Es geht nicht in erster Linie um Jugendliche, sondern um das Gemeinwesen als Ganzes. Die gewaltbereiten oder gar straffällig gewordenen jugendlichen Männer sind nur die Spitze vom Eisberg. Erfolgreiche Interventionen lassen Spielraum für Einzelfälle offen, insbesondere für den Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen und beziehen sich auf die spezifische Situation am Ort. Der Aufbau von Beziehungen und der menschliche Kontakt und Austausch sind dabei zentral. Strafverfolgung und abschreckende Disziplinar-massnahmen allein sind oft unzureichend und bewirken eine zunehmende Radikalisierung und Abschottung der jugendlichen (Rechts- oder Links-) Extremen. Prävention durch Bestrafung funktioniert nicht in bezug auf Einstellungen. Rechtsradikal zu denken ist kein Strafbestand, erst die rassistisch motivierte Handlung ist sträflich. Diese ist aber oft nicht fassbar und anonym.

THESE 5

Konstruktive Interventionen zielen auf die schweigende Mehrheit und stärken die Zivilcourage. Täter und Tätergruppen werden miteinbezogen und angehört, aber die Veränderungen sollen die Bezugspersonen und ZeugInnen herbeiführen.

Beispiele: Die Fachstelle „Solidaritätsnetz“ von NCBI hat in Zusammenarbeit mit Lehrkräften von Schulklassen mit rechtsradikalen Jugendlichen in verschiedenen Schulen im Aargau Präventionsprogramme zum Thema Vorurteile abbauen geleitet. Die Jugendlichen bringen ihre eigenen Themenschwerpunkte ein und berichten über ihre Erlebnisse in bezug auf Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Die gruppenspezifischen Prozesse in der Klasse, auf dem Schulhof und im Dorf werden gemeinsam thematisiert. Die mündliche Teilnahme beruht auf Freiwilligkeit und kontroverse Beiträge sind willkommen. Die Nachbereitung und die Begleitung der Klasse wird von der Lehrperson übernommen.

Die LehrerInnen an einer Schule wollen dem zunehmenden Rechtsradikalismus in ihren Oberstufenklassen und auf dem Pausenplatz entgegen. Straffällig gewordene rechtsradikale Jugendliche werden einzeln geschult oder in Berufenlehren begleitet durch die LehrerInnen und

NCBI führt Sensibilisierungsprogramme in allen Oberstufenklassen durch. Anschliessend plant die Schule einen Theaterabend, an welchem verschiedene Gruppierungen von Jugendlichen sich präsentieren und dem Motto „Respect“.

In einem anderen Dorf hat NCBI eine Aussprache zwischen rechts- und linksorientierten Jugendgruppen moderiert, nachdem es im Jugendtreff Spannungen und Einschüchterungsversuche mit SMS und Emails zwischen diesen beiden Gruppen gegeben hat. Beide Seiten kamen zu Wort und die Erwachsenen der Jugendkommission sowie die Jugendarbeiterin waren auch anwesend. Nach dem ersten Abend wurde eine gemischte Arbeitsgruppe gebildet, die gemeinsam mit der Jugendarbeiterin die weitere Benutzung vom Jugendtreff für beide Gruppierungen ermöglichen soll. Die Benutzung vom Jugendtreff wurde für Jugendliche unter 18 eingeschränkt, um den Einfluss der erwachsenen Neonazis einzuschränken. Beide beschriebenen Interventionen wurden begleitet mit Artikeln in der lokalen Presse und Informationsabende die NCBI für Eltern und weitere Interessierte moderiert hat.

ERFOLGE

Das Projekt „Solidaritätsnetz“ von NCBI wird in einem Bezirk und in zwei Regionen im Aargau umgesetzt. Durch die Aktivierung von Behörden und weiteren Sozialorganisationen sowie der Vernetzung mit Polizei und Fachstellen werden die Vorfälle von rassistisch motivierter Gewalt bearbeitet und die Sensibilisierung auf Fremdenfeindlichkeit wird gefördert. Engagierte Einzelpersonen handeln nicht mehr isoliert und es wurden Ansprechpersonen und Anlaufstellen für Zeugen und Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus geschaffen. Die Präventionsarbeit wird nicht alleine den Schulen überlassen und die Vorfälle werden regional bearbeitet.

HERAUSFORDERUNGEN UND GRENZEN DER GEMEINWESENARBEIT

Dort wo es nicht gelingt die ProjektinitiantInnen wirksam zu unterstützen um lokale Kontaktpersonen zu identifizieren und eine geeignete Aktionsgruppe aufzu-

bauen, kann Gemeinwesenarbeit nicht greifen. Auch wenn die Motivation und Energie der Aktionsgruppe nur auf aktuelle Vorfälle von Gewalt und Vandalismus ausgerichtet ist und repressive Massnahmen nicht mit animatorischen und pädagogischen Methoden ausbalanciert werden, kann sich die Methode der Gemeinwesenarbeit nicht entwickeln, weil das Umfeld und das Gemeinwesen als Ganzes zuwenig erreicht werden.

Die Anwendung des Antirassismugesetzes bei rassistisch motivierten Gewalttaten und in bezug auf Musik und Internet als Rekrutierungsmedien für rechtsradikale und gewaltfördernde Ideologien sind neu und herausfordernd für Polizei, Behörden, Familien und Schulen. Rechtsradikal gesinnte Familien und Dorfteile fordern das Gemeinwesen und die Abgrenzungen von privat und öffentlich heraus. Sind die fremdenfeindlich orientierten Teile eines Gemeinwesens in der Mehrheit, ist es sehr schwierig die lokalen Kontaktpersonen zu identifizieren und themenspezifisch im Bereich Rassismus zu arbeiten.

EXPERTENBEITRAG 2:

STUDIEN ZU VERBREITUNG UND ENTWICKLUNG DES RECHTSEXTREMISMUS SOWIE ANLAUF- UND BERATUNGSSTELLE RECHTSEXTREMISMUS:

BEITRÄGE ZUR VERSACHLICHUNG DES DISKURSES ÜBER RECHTSEXTREME UND DES DIALOGES MIT ZUGEHÖRIGEN ZUR SZENE

Franz Kohler, pms Kohler

Anlass für meine Aufträge im Bereich des jugendlichen Rechtsextremismus war in Basel-Stadt eine 1999 geplante und durch die Polizei vereitelte Auseinandersetzung zwischen 150 Rechtsextremen und Kurden sowie im Kanton Basel-Landschaft der Durchmarsch von rund 30 skandierenden Skinheads durch Liestal anlässlich des Todestages von Rudolf Hess im Jahre 2000.

STUDIEN

Die Basis für die Studien zur Verbreitung und Entwicklung des Rechtsextremismus in den Kantonen Basel-Stadt und Basellandschaft¹ bildeten Interviews mit Schlüsselpersonen aus unterschiedlichen Disziplinen, welche mit Zugehörigen zur Szene im persönlichen Kontakt standen. Interviewt wurden je Kanton rund 12 Personen aus Polizei, Justiz, Gemeindebehörden, Schulen, Jugendarbeit, zudem Skinheads selbst.

Die Ergebnisse der Studien lassen sich kurz zusammenfassend darstellen:

Rechtsextremismus unter Jugendlichen ist kein Randgruppenphänomen. Wenn wir uns die Herkunft dieser Jugendlichen ansehen, so stellen wir fest, dass es sich um Jugendliche mit weitgehend intakten Berufs- und Lebensperspektiven handelt. Die Jugendlichen stammen vorwiegend aus lokal angesehenen Familien.

Eine zweite Auffälligkeit betrifft die Beheimatung (den Wohnsitz) von Zugehörigen zur Szene: Sie sind in jenen Quartieren oder Gemeinden zu Hause, welche über einen vergleichsweise geringeren Ausländeranteil im Vergleich zu benachbarten Gemeinden mit Zentrumsfunktion verfügen.

Rechtsextreme Ideologien sind nicht in den Köpfen der Jugendlichen verankert, sondern dienen vielmehr als Mittel zur Provokation von Erwachsenen.

Differenzieren wir den Rechtsextremismus in einen symptomatischen (Provokation) und einen programmatischen (Ideologie), so kann festgestellt werden, dass wir unter Jugendlichen der Szene ausschliesslich symptomatische, in der Szene der Revisionisten und Holocaustleugner hingegen ausschliesslich programmatische Exponenten feststellen können.

Abschliessend lassen die Studien die Folgerung zu, dass der jugendliche Rechtsextremismus nur insofern als Jugendphänomen verstehen lässt, als Jugendliche mit Worten und Taten öffentlich zur Darstellung bringen, was Erwachsene hinter vorgehaltener Hand äussern und denken.

MASSNAHMEN

Auf der Basis der Studien entwickelte die Basel-Landschaftliche Arbeitsgruppe Rechtsextremismus einen Bericht zu Händen der Regierung, welcher ein ganzes Bündel von Massnahmen zur Rechtsextremismusprävention enthält.² Eine dieser Massnahmen war die Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus für Ausstiegswillige, Eltern und Gemeinden sowie weitere interessierte Fachpersonen.

Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus BL sowie ab Februar 2003 auch BS: Als Betreiber dieser Stelle amtierte ich für den für den Kanton Basel-Landschaft im Zeitraum Dezember 2001 bis Mai 2003. Ab Februar 2003 schloss sich der Kanton Basel-Stadt an. Das Angebot

1) Studie BS: Gutachten zu rechtsextremistischen Tendenzen unter schweizerischen Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt, zu beziehen bei: AJFP, Anastasia Planta, Rheinsprung 16, 4001 Basel, Tel. 061 267 80 06

Studie BL: Grundlagenpapier zur Verbreitung des Rechtsextremismus unter schweizerischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Basel-Landschaft, download unter www.bl.ch, Seite Justiz, Polizei, Militär und www.pmskohler.ch

2) 2. Bericht Arbeitsgruppe Rechtsextremismus Basel-Landschaft; download: www.bl.ch, Seite Justiz, Polizei, Militär

wird als Hotline betrieben via eine Handy-Nummer (079 763 95 89). Für die Stelle wurde ein monatlicher Aufwand von 10 Stunden budgetiert, was sich im ersten Jahr genau zutreffend erwies. Ab Februar 2003, mit dem Anschluss des Kantons Basel-Stadt, wurde von einem monatlichen Aufwand von 15 Stunden für beide Kantone ausgegangen.

Betrachten wir die Frequenzen auf dieser Hotline und die daraus resultierenden Aktivitäten:

Nur vier Jugendliche meldeten sich direkt. Zu rund einem Dutzend direkten Begegnungen auf Umwegen kam es hingegen über Dritte: Durch betroffene Eltern und die Vermittlungen durch die Jugendanwaltschaft (um den Ausstiegswillen Einzelner zu überprüfen oder als Weisung im Rahmen der Ermittlungsverfahren). Die geringen Frequenzen direkter Kontaktnahmen erklären sich durch die hohe Hürde für die Jugendlichen: Sie haben auf ein unbekanntes Gegenüber zuzugehen. Es müsste schon sehr hoher Leidensdruck vorliegen, dass sich Jugendliche direkt melden. In der Realität liegen aber seit letztem Sommer kaum mehr strafrechtlich relevante Tatbestände vor. Die wichtigste rechtsextremistische Strömung in den beiden Kantonen, die Partei national orientierter Schweizer (PNOS) hegt politische Ambitionen und will im Herbst zu den Nationalratswahlen antreten. Dieses Bestreben geht einher mit Gewaltverzicht und zudem mit der Einflussnahme auf jugendliche Hitzköpfe ausserhalb der Partei, welche diese Ambitionen gefährden könnten.

Eltern meldeten sich zu Beginn gehäuft, sowohl Eltern von Skinheads, wie auch Eltern von Opfern rechtsextremistischer Übergriffe. Seit Sommer 2002 sind aus obigen Gründen kaum mehr Meldungen zu verzeichnen. Das selbe vollzog sich auch betreffend der Anfragen von Gemeinden. Anfragen interessierter Dritten machten von Beginn weg mehr als die Hälfte des Aufwandes aus. Einerseits waren Anfragen aus Drittkantonen zu verzeichnen: Eltern, FreundInnen von Skinheads, Sozialdienste, sowie Gemeindebehörden konnten in ihren Kantonen keine entsprechende Unterstützung finden. Ebenso oft wurde die Hotline durch deutschweizerische Medien genutzt. Mit dem Nachlassen der Gewaltbereitschaft sind aber auch diese Anfragen deutlich rückläufig. Eine dritte Gruppe von Anfragenden betrifft in nach wie vor zunehmendem Masse SchülerInnen und StudentInnen, welche Arbeiten zum Thema Rechtsextremismus verfassen.

BEITRÄGE ZUR VERSACHLICHUNG DES DISKURSES ÜBER RECHTSEXTREME UND DES DIALOGES MIT ZUGEHÖRIGEN ZUR SZENE

Vergegenwärtigen wir uns: Bei den meisten Anfragen (ausgenommen die Skinheads selbst) lag eine Einschätzung zum Rechtsextremismus zugrunde, welche diesen mit dem Faschismus in Verbindung brachte. So bestand meine hauptsächliche Tätigkeit in der Korrektur dieser Bilder. Durch die Darstellung des jugendlichen Rechtsextremismus als vordergründiges Mittel der Provokation und somit als vergleichbares Phänomen mit anderen jugendlichen Protestverhalten, gelang es, die Handlungsfähigkeit von direkt Betroffenen zu stärken. Bei der medialen Berichterstattung trug dies dazu bei, dass Medien zunehmend differenziert über dieses Phänomen berichteten und abkehrten von einer polarisierenden und somit stimulierenden Wirkung ihrer Berichterstattung (zuvor schufen sie nur zu oft „Helden“, welche andere Jugendliche zur Nachahmung animierten).

OPFERHILFE

Carlo Herger, Anita Koller, Giuseppe Pepe, Eva Schläfli, Max Senn (begleitet von Marco Storni und Martin Schmid)

Das Thema „Rechtsradikalismus“ hatte in der sozialen Arbeit schon immer einen wichtigen Stellenwert. So werden Übergriffe, besonders im Zusammenhang mit dem zunehmenden Rechtsradikalismus, in der Schweizer Öffentlichkeit erst seit kurzem wahrgenommen und thematisiert. Ein rechtsextrem oder rassistisch motivierter Angriff betrifft nicht nur das individuelle Opfer. Getroffen wird ein Einzelner, gemeint sind alle. Alle, die zu den Feindbildern der Rechtsextremisten passen: Migranten, alternative und linke Jugendliche, Behinderte, Obdachlose, Schwule und Lesben.

In unserer Arbeit ging es um die Frage: „An wen richtet sich die Opferhilfe und mit welchen Ansätzen arbeitet sie?“ Um diese Frage beantworten zu können wurde zuerst ein Fragenkatalog erstellt, der zugleich auch als Grundlage für die vorgesehenen Interviews bei den Opferhilfestellen dienen sollte. Es wurden drei verschiedenen Institutionen besucht, die sich mit dem Thema der Opferhilfe befassen. Um eine möglichst genaue Wiedergabe zu gewährleisten, wurden die Interviews auf Tonband aufgenommen.

Die Interviews fanden bei folgenden Institutionen statt:

- „Opferhilfestelle Basel“ am 19. Mai 2003. Das Interview wurde durch Anita Koller und Eva Schläfli geleitet. Die Interviewpartnerin war Frau Inez Hekker.
- Projekt „miteinander gegen Gewalt“ in 6331 Hühneberg am 26. Mai 2003. Das Interview wurde durch Eva Schläfli und Max Senn geleitet. Die Interviewpartnerin war Frau Susanne Frey.
- Projekt „gggfon“ (gemeinsam-gegen-Gewalt-Telefon) in Bern am 26. Mai 2003. Das Interview wurde durch Carlo Herger und Giuseppe Pepe geleitet. Der Interviewpartner war Herr Giorgio Andreoli.

Die Interviews und die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden anschließend in schriftlicher Form zusammengefasst. Nach dieser Arbeit fand eine Auswertung statt, bei welcher nach den unterschiedlichen Arbeitsweisen und Inhalte geforscht wurde. Auch die Gemeinsamkeiten wurden bei dieser Recherche berücksichtigt.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen entstanden das Fazit und die Empfehlungen für die weiter-führende Arbeit im Bereich der Opferhilfe in der Schweiz.

BERATUNGSSTELLE BEIDER BASEL

Grundlage zu diesem Bericht bildet ein Interview mit Frau Hekker, Beraterin der Opferhilfe Beratungsstelle beider Basel, Schwarzwaldallee 171, vom 19.05.03

Die Opferhilfe beider Basel ist 1994 im Rahmen des Opferhilfegesetzes (OHG) gegründet worden. Die Kantone Baselstadt und Baselland haben einen Vertrag abgeschlossen, in dem beschlossen wurde, dass die beiden Kantone zusammenarbeiten. Die Trägerschaft bildet der „Private Verein Opferhilfe“ beider Basel. Die Beratungsstelle ist der Opferhilfekommision unterstellt. Diese besteht aus Vertretern vom Justizdepartement der beiden Kantone. Die Opferhilfeberatungsstelle bekommt Subventionen, um Opferhilfe im Rahmen des OHG zu leisten. Sie ist verbunden mit den Beratungsstellen Nottelefon und Triangel, auf deren Arbeit im Rahmen dieses Berichtes nicht eingegangen werden kann. Die Anschriften der Beratungsstellen sind am Ende des Berichtes angeführt.

Es besteht weiter eine Opferberatungsstelle – Interessengemeinschaft, die aufgeteilt ist in Deutschschweiz, Westschweiz und Jura. Ihre Mitglieder treffen sich drei bis viermal jährlich. Es gehört zur Öffentlichkeitsarbeit, dass sie sich aktiv mit anderen Organisationen, wie zum Beispiel PSAG (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft), Pro Infirmis oder GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) etc., auseinandersetzen.

Die Opferhilfestelle beider Basel ist mit 280 Stellenprozent besetzt. Es stehen vier BeraterInnen und eine Sekretärin (20 Stellenprozent) zur Verfügung. Die Beratungen werden durch eine Juristin, drei SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen wahrgenommen. Ein männlicher Berater ist, falls erwünscht, für männliche Opfer zuständig.

Die Opferhilfe Basel versteht sich als Beratungsstelle, die parteiisch zu Gunsten der Opfer arbeitet und zielgruppenneutral ist. „Die Beratungsstelle leistet und vermittelt medizinische, psycho-logische, soziale, finanzielle und juristische Hilfe.“ (vgl. Broschüre der Opferhilfe, für Opfer von Straftaten). Die Beratung ist kostenlos und wird

während den Bürozeiten nach telefonischer Vereinbarung angeboten. Sie richtet sich an Opfer sowie an ihre Angehörigen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität verletzt worden sind.

Mit der Polizei Baselstadt und deren Sozialdienst wird eng zusammengearbeitet. Damit die Opfer den Weg zur Opferhilfe finden ist die Polizei verpflichtet, sie auf die Opferhilfestelle aufmerksam zu machen. Um diesen Auftrag zu erfüllen, lässt sie die Opfer ein Personalblatt ausfüllen und unterschreiben. Damit wird sichergestellt, dass die Polizei ihre Informationspflicht wahrgenommen hat. Mit dem Einverständnis der Opfer schickt die Polizei der Opferhilfe den ausgefüllten Personalbogen. Danach nimmt in der Regel die Opferhilfe per Briefpost Kontakt mit dem Opfer auf. Nach dem schriftlichen Kontakt haben die Opfer die Möglichkeit telefonisch erste Informationen einzuholen und einen Termin mit den BeraterInnen zu vereinbaren. Melden sich die Opfer bei der Opferhilfestelle, werden sie aufgeklärt, welche Rechte sie haben, wie es um ihre Stellung im Strafverfahren steht und welche Hilfeleistungen sie beanspruchen können.

Die Opferhilfe übernimmt diejenigen Kosten, die im direkten Zusammenhang mit der Straftat stehen. Nach den Richtlinien kann die Opferhilfe Soforthilfe und weiterführende Hilfe leisten. Die Unterstützung richtet sich nach den finanziellen Verhältnissen der Opfer. Im Opferhilfegesetz ist verankert, dass ein Opfer nicht auf Grund einer Straftat in finanzielle Schwierigkeiten kommen darf. Eine wichtige Aufgabe der Opferhilfe ist es, die Opfer bei den Verfahren zu begleiten. Die Opfer haben unter Umständen Anspruch auf Entschädigung und Genugtuung, welche ausschliesslich beim Tatortkanton geltend gemacht werden können.

Es kommt durchaus vor, dass sich ein Opfer nicht mehr traut, in das eigene Heim zurückzukehren. In solchen Fällen vermittelt die Opferhilfe Notunterkünfte, wie Männer- und Frauenheime, billige Hotels, Gasthöfe, in denen die Bedrohten sich besser geschützt fühlen und klärt gleichzeitig die Finanzierung ab. Je nach Bedürfnis ist eine Unterbringung bei Verwandten möglich, sofern die Täterschaft für die Verwandten und das Opfer keine Gefahr darstellt.

Um in der vorliegenden Arbeit die Opferhilfestelle mit dem Thema des Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen, soll ein Fall dienen.

FALLBEISPIEL

In den letzten zwei Jahren trug sich ein offensichtlicher Fall von Rechtsextremismus zu. Die Polizei hatte Meldung gemacht, dass ein Mann von 25 – 35 Jahren von vier Skinheads verprügelt worden war. Als Grund wurde die Wut der Skinheads über die Ablehnung der Asylinitiative angegeben. Das Opfer hatte keine bleibenden körperlichen Verletzungen, war jedoch psychisch arg angeschlagen und wurde für vier Tage ins KIS (Kriseninterventionsstelle) verwiesen. Nach seiner Entlassung kam der betreffende Mann zurück zur Opferhilfeberatungsstelle. Er war stark verängstigt und wollte deshalb nicht nach Hause zurückkehren. Er hielt es für möglich, dass die Täterschaft ihn dort wieder aufsuchen würde. Die Opferhilfe hatte ihm deshalb eine Notunterkunft organisiert und finanziert. Nachdem sich das Opfer aus Angst und Unsicherheit entschieden hatte, nicht mehr in seine alte Wohnung zurückzukehren, war man ihm behilflich, eine neue Bleibe zu finden.

Frau Hekker hielt im Interview fest, dass die Vorgehensweise der Opferhilfe grundsätzlich bei allen Opfern an die vom OHG vorgegebenen Kriterien hält, auch bei denjenigen, die von gewalttätigen Auswirkungen des Rechtsextremismus betroffen sind. Bis jetzt sind der Opferhilfe wenig Fälle von Opfern bekannt, die durch Rechtsextremismus geschädigt wurden. Unbeantwortet bleiben die Fälle von Opfern, die sich, nach dem sie geschädigt wurden, bei der Opferhilfeberatungsstelle nicht melden.

In der Statistik werden die Fälle nach Straftaten und nicht nach der Täterschaft geführt. Das heisst, dass in den Statistiken der Opferhilfe nicht ersichtlich ist, zu welcher Gruppierung die Täterschaft gehört. Es ist somit nicht ersichtlich, welche Fälle im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zu sehen sind.

Abschließend gewichtete Frau Hekker folgende zentrale Punkte für die Opferhilfe beider Basel:

Die Opferhilfe arbeitet parteiisch und zielgruppenneutral. Jeder Fall wird neu und ganzheitlich betrachtet. Die Intervention wird individuell im Rahmen des OHG gebildet. Die Opfer werden an Fachleute, die spezialisiert sind, weiter vermittelt. Nicht die Täterschaft, sondern der Straftatbestand wird aufgelistet. Rechtsextremismus kommt nur in wenigen Fällen konkret zum Vorschein.

GGGFON – PROJEKT „GEMEINSAM GEGEN GEWALT UND RASSISMUS“

Herr Andreoli, der leitende Sozialarbeiter vom gggfon beschreibt die Entstehung des Projektes im Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2002 wie folgt: „Unter dieser Bezeichnung startete der Verein Region Bern (VRB) am 1. Februar 2002 ein Pilotprojekt, welches von 25 Gemeinden der Region Bern finanziert und mitgetragen wird. Die Idee stammte aus der Gemeinde Münchenbuchsee BE, welches das gggfon – Projekt bereits erfolgreich erprobt hatte, weil es dort immer wieder zu Zwischenfällen mit rechtsextremem Hintergrund gekommen war. Angeboten wird eine regionale Informations- und Beratungsstelle, welche über Telefon, E-Mail und Homepage zu erreichen ist.“

Damit das Pilotprojekt realisiert werden konnte, fragte der VRB Herrn Giorgio Andreoli, von der Jugendkonferenz (JUKO), die seit ca. 1980 besteht und bis 1994 vom Bund subventioniert wurde, ob er bereit wäre, ein adäquates Konzept zu entwickeln. Daraus entstand das Projekt „gemeinsam gegen Gewalt Telefon“ (gggfon), welches ab Anfang Februar 2002 regionalisiert wurde.

Andreoli und Lüthi formulierten in ihrem Bericht (Einblick in das Projekt, 2003 S. 1) folgende Ziele: der Verunsicherung der Gemeinde begegnen, die von Rassismus und Gewalt Betroffenen zu beraten, die Erfassung und Sammlung von rassistischen und gewalttätigen Vorfällen, Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Rassismus und Menschenwürde.

Unter der Projektleitung von Herrn Giorgio Andreoli arbeiten eine Frau als Projektleiterassistentin und 3 weitere MitarbeiterInnen im Stundenlohn, die bei Bedarf eingesetzt werden können. Das Jahresbudget beträgt ca. Fr. 50'000.–. Auf eine Bevölkerungszahl von ca. 300'000 Einwohner, entspricht dies einem Aufwand von ca. 14 Rp. pro EinwohnerIn. Wichtig für die Bekanntmachung des gggfon war die Öffentlichkeitsarbeit, welche die Bevölkerung mehrmals im Jahr für das Thema sensibilisierte. Diese Kampagne war dank der Partnerschaft mit den Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs und dem Anzeiger der Region Bern möglich. Die Werbeflächen wurden dem gggfon gratis zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden im Jahr 2002 mehrere Interviews für Zeitungen und Radio veröffentlicht, Flyers an Jugendarbeitende mit dem Hinweis, wann und wo Tagungen für

Fachpersonen stattfinden, versandt, eine Fachtagung zum Thema in Moosseedorf organisiert und drei Newsletter im laufenden Berichtsjahr an alle Interessierten verschickt.

Weitere Projekte, wie zum Beispiel Filmpaket, Videos, Spurgruppe, Stopp Rassismus Kiosk, ein Bau eines speziellen Wohnwagens und Streetbasket at night unter dem Label „gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus“, welche das Grundangebot des gggfon ergänzen, werden im wesentlichen von anderen Organisationen finanziell unterstützt.

Nicht nur Personen und Gruppierungen, die von der Rechtsradikalismusszene als Opfer betroffen sind, sondern auch Personen die der rechtsradikalen Szene angehören und den Ausstieg suchen, können sich an das gggfon wenden. Weitere Zielgruppen sind Menschen, die sich in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen, Jugendliche, Eltern, JugendarbeiterInnen und LehrerInnen, die Informationen und Beratung suchen oder eine Beobachtung melden möchten.

Im Kanton Bern unterstützen 25 Gemeinden dieses Projekt, welche untereinander vernetzt, sind. In einem ersten Schritt wird versucht mit der Gemeinde von welcher eine Meldung eingegangen ist in Kontakt zu treten. Im Gespräch werden die Ereignisse analysiert, und wo notwendig, an die entsprechenden Stellen weiter verwiesen (Triage). In der Regel wenden sich die Opfer an die Polizei. Wenn die Opfer auf eine Strafanzeige verzichten, werden sie an die verschiedenen Beratungsstellen der Gemeinden oder an das gggfon verwiesen. Ziel ist die beratende und aufklärende Hilfeleistung.

Leider ist die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Beobachtungen immer noch hoch. Einzelne spektakuläre Ereignisse werden zwar von den Medien aufgenommen und dokumentiert. Viele werden aber vom Beobachter oder Opfer verschwiegen und gehen aus Angst vor Repressionen durch die Täterschaft unter. Die Erfahrung bei den Mitarbeitern der gggfon zeigte, dass scheinbar der Bevölkerung und den involvierten Personen oft die Zivilcourage zu fehlen scheint und deshalb zu spät interveniert wird. Aus diesen Gründen versucht die gggfon die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Auch die Öffnungszeiten der Beratungsstelle (16.30 bis 18.30) erachten viele als noch nicht optimal, wobei eine Rückmeldung bei Abwesenheit der BeraterInnen innerhalb von 24 Stunden gewährleistet wird. Eine weitere Lücke wurde bei der

Ausstiegshilfe von Sympathisanten der rechtsradikalen Szene ausgemacht, weil dort noch kein Gefäß eingerichtet wurde. Wenn man aber die bereits erbrachte Leistung seit der Gründung des gggfon, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und die effiziente Arbeitsweise der Organisation in Betracht zieht, war das gggfon – Projekt bisher sehr erfolgreich in seiner Tätigkeit.

FALLBEISPIEL

Da die gggfon keine direkte Opferschutzmassnahme bietet, wird die Bevölkerung durch Informationskampagnen aufgeklärt und zu vermehrter Zivilcourage animiert. Zum Beispiel meldete eine Schulpflegerin eine Beobachtung, wonach ein Schüler, welcher in rechtsextremen Kreisen verkehrt, einer Mitschülerin ein SMS mit rassistischem Inhalt gesendet hatte. Sie bat das gggfon um Rat für die weitere Vorgehensweise. Das gggfon schlug der Schulpflegerin vor, wie sie auf diesen Vorfall reagieren könnte. Sie zeigte sich nach dem Gespräch zufrieden und intervenierte dementsprechend. Die von der Beratungsstelle vorgeschlagenen Interventionen unterscheiden sich von Fall zu Fall. Die ganzheitliche Betrachtung eines Vorfalls ist maßgebend für das weitere vorgehen. Bei Vandalismus versucht man herauszufinden, wo die Ursachen liegen und in welchem Zusammenhang sie zu sehen sind.

BERATUNGSSTELLE MURI: DAS PROJEKT „MITEINANDER GEGEN GEWALT“

Entstanden ist das „Projekt miteinander gegen Gewalt“ auf Grund von mehreren rechts-extremistischen Vorfällen im Oberen Freiamt. Es entwickelte sich aus dem Gemeinwesenprojekt „Sorge vor, es gibt ein Limit“ auf Initiative engagierter MitarbeiterInnen. Das Projekt wurde am 27. Mai 2002 gegründet und ist auf 2 Jahre befristet. Folgende zwei Thesen bilden den Schwerpunkt des Projektes. „Gewalt zieht Kreise“. Gewaltprävention kann nur dort gelingen, wo Eltern, Schul- und Gemeindebehörden, Polizei, Jugendarbeit, Kirchen und Vereine zusammenarbeiten. „Opfer brauchen Schutz – Täter brauchen Erziehung“ Betroffene von Gewalt brauchen neben polizeilichen und

gerichtlichen Maßnahmen hauptsächlich Beratung und Unterstützung. Bei den Tätern genügt es nicht, sie nur mit dem Tatbestand zu konfrontieren, sondern es ist notwendig, dass sie sich verpflichten sich mit der Tat inhaltlich auseinander zu setzen. (vgl. Neue Luzernerzeitung/pm. 15.11.01) Durch gezielte Zusammenarbeit der Behörden sollen Opfer und Täter angesprochen werden.

„Mit diesem Konzept“, betont Andrea Leitner von NCBI, „übernimmt die Region Muri eine Pionierrolle in der Entgegnung rechtsradikaler Gewalt in der deutschen Schweiz. „Etwas ähnliches gebe es erst in Deutschland, Norwegen, Schweden und der Westschweiz. (vgl. Neue Luzernerzeitung/pm. 15.11.01)

Das Projekt hat eine Anlaufstelle, die über eine Natelnummer erreichbar ist. Die Anlaufstelle wird von sieben Personen betreut (Gemeindeammann, Gemeinderäte, Jugendarbeiterinnen und Leute aus der Schulpflege), die wochenweise für 24 Stunden das Notteltelefon betreuen und als Erstkontakt die Betroffenen beraten. Weiter werden die Anrufe dokumentiert und weitergeleitet. Erste Hilfsmassnahmen bei Körperverletzung werden mit der Polizei und der Ambulanz koordiniert. Die Personen erhalten eine jährliche Entschädigung von 500.– Franken. Der Anlaufstelle steht eine Fachkommission zur Seite, in der die Fälle besprochen und bearbeitet werden. Notfalls wird die Polizei unter Einwilligung des Anrufers benachrichtigt. Spezielle Schutzmassnahmen für die Opfer gibt es nicht. Die Opfer werden weitervermittelt. Die Fachkommission besteht aus einem Anwalt und einem Arzt, die für ihren Einsatz Sitzungsgelder erhalten.

Eine Person von der Kantonspolizei ist vom Kanton beauftragt mitzuarbeiten. Das jährliche Budget beträgt 8000.– Franken. 10 Gemeinden beteiligen sich an der Finanzierung. Die Beiträge sind gestaffelt aufgeteilt:

Gemeinden bis 500 Einwohner beteiligen sich mit Fr. 200.–. Gemeinden von 500 bis 1500 Einwohner bezahlen Fr. 500.– und Gemeinden über 1500 Einwohner bezahlen Fr. 1000.–. Vom Fonds „Menschenrechte gegen Rassismus“ in Bern wird das Projekt ebenfalls unterstützt. An einem Jahresbericht wird gearbeitet und er soll demnächst veröffentlicht werden. Er dient auch als Rechenschaftsbericht für die Geldgeber.

Das Projekt ist durch den Gemeindeverbund „Sorge vor, es gibt ein Limit“ stark in die Region eingebunden. Die Personen der Anlaufstelle sind bekannt und besorgte El-

tern oder auch Lehrer gelangen an die Projektstelle. Regelmäßig gibt es Anfragen für Vorträge oder Referate, sei es in Kirchen, Schulen oder Jugendhäusern. Dort werden die Themen durch kaschierte Fallbeispiele dargestellt und aufgearbeitet. In den Schulen werden die Jugendlichen am besten erreicht. Ganz gezielt versucht man bei den Erwachsenen anzusetzen. Es wird viel in die Präventivarbeit investiert und man versucht die Bevölkerung auf die Gewaltproblematik zu sensibilisieren. Vergangene Aktionen waren zum Beispiel: In Schulen wurden Kärtchen verteilt oder an die Gemeindebehörde wurden Flyers abgegeben. In Zusammenarbeit mit der Suchtpräventionsstelle „Sorge vor, es gibt ein Limit“ in Wohlen wurden „Funtische“ organisiert. Dabei werden interessierte Leute mit der Gewaltproblematik konfrontiert und ausgebildet, damit sie das Gelernte weitergeben. Man gibt ihnen ein Videoband mit. Die Leute wiederum laden andere Leute aus ihrem Umfeld zu sich nach Hause ein und schauen sich das Videoband an. Gemeinsam wird anschließend über den Inhalt diskutiert.

Das Notteltelefon wird leider nicht so häufig genutzt, obwohl die Nummer regelmäßig in den Medien und an den Schulen veröffentlicht wird. Es sind zwischen 30 bis 50 Anrufe pro Jahr. Darunter sind auch Anrufer, die vorsätzlich falsche Angaben machen. Diejenigen Jugendlichen, die damals rechtsextremistischen Vorfälle provoziert hatten und aufgrund derer das Projekt gegründet worden war, sind inzwischen aus der Schule. Mit ihnen hat sich das Problem Rechtsextremismus verlagert. Fachleute und Polizei bestätigen, dass diese Leute aus der rechtsextremen Szene durch das Projekt vorsichtiger geworden sind. So gab es seit der Gründung keinen Vorfall mit rechtsextremistischem Hintergrund mehr. Die Anrufe betreffen hauptsächlich häusliche Gewalt.

FALLBEISPIEL

Abschließend ein Vorfall, aufgrund dessen das Projekt ins Leben gerufen wurde. Einem Gemeindeammann wurden Hakenkreuze und Sprüche an seine neue Granitmauer gespritzt. Durch die Vernetzung verschiedener Stellen wusste man von Jugendlichen, die rechtsextremistische Interessen vertraten und mit solchen Gruppierungen sympathisierten. In der Schule wurde das Thema Rechtsextremismus gezielt behandelt. Die Jugendlichen

durften frei Zeichnungen und Sprüche wählen und niederschreiben. Später war auf dem Stein des Gemeindevorstandes ein genau gleicher Spruch zu lesen, wie die Jugendlichen ihn im Unterricht verfasst hatten. Die Jugendlichen gestanden die Tat ein, nachdem man sie auf den Sachverhalt angesprochen hatte.

VERGLEICH

Gründung und Aufbau der Anlaufstellen: Die Beratungsstelle Opferhilfe beider Basel erfüllt ihren Auftrag – gestützt auf das Opferhilfegesetz des Bundes – im Rahmen eines Leistungsauftrags der Kantone Baselland und Baselstadt seit 1994. Sie ist mit 280 Stellenprozent besetzt. Erst seit dieser Zeit wird der Nachfrage nach Hilfeleistungen für die Betroffenen entsprochen. Es entstanden kantonale Opferberatungsstellen. (vgl. Kamm. M. / Cattacin. S. (2002). S.10) Die Gründung der beiden anderen Beratungsstellen ist auf die Reaktion rechtsextremistischer Vorfälle im regionalen Umfeld zurückzuführen. Beide Organisationen wurden im Jahre 2002 mit Hilfe von professionellen BeraterInnen ins Leben gerufen. Gezielt wollte man gegen den Rechtsextremismus intervenieren und den Opfern helfen. Beide Projekte verfügen über wenig finanzielle Ressourcen. Besonders das „Projekt miteinander gegen Gewalt“ im Freiamt ist mit Fr. 8000.– pro Jahr ausschliesslich auf Freiwilligenarbeit angewiesen. Die MitarbeiterInnen erhalten kleine Beträge für ihre Mitarbeit, die aber in keinem Verhältnis zu ihrem Einsatz stehen. Das „gggfon“ leistet sich eine Vollstelle, die anderen MitarbeiterInnen sind im Stundenlohn angestellt. Beide Organisationen werden noch vom „Fond gegen Rassismus für Menschenrechte“ in Bern unterstützt. Durch den engen finanziellen Rahmen ist der Aufbau der Organisationen einfach gehalten und mit wenig Aufwand strukturiert. Beide Organisationen hängen stark vom Engagement der einzelnen MitarbeiterInnen ab und sind finanziell sehr eingeeengt. So ist Geld für die Weiterbildung der MitarbeiterInnen kaum vorhanden.

Wie die Anlaufstellen arbeiten: Der Dienst der Opferhilfe Basel ist unilateral. Das bedeutet, er spezialisiert sich ausschliesslich auf die Opfer einer Straftat und berät sie telefonisch, nachdem die Opfer meistens durch die Polizei Kenntnis von einer Unterstützung in Form von Op-

ferhilfe erfahren. Er leistet Schutzmassnahmen für die Opfer und kann sie finanziell unterstützen. Die Opfer kommen hauptsächlich aus den beiden Trägerkantonen, marginal auch aus anderen Kantonen und dem Ausland. Eng arbeitet er mit dem Nottelefon Basel zusammen. Die Regierungen der beiden Basel haben sich für eine örtliche Zusammenlegung aller Opferhilfeberatungsstellen (Opferhilfe beider Basel, Nottelefon, Triangel) ausgesprochen. (vgl. Jahresbericht 2002) Die anderen Projekte haben einen regionalen Aktionsradius und sind in der Bevölkerung bekannt. Mehrere politische Gemeinden unterstützen finanziell die Arbeit. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Behörden, den Schulen und der Polizei wird aktiv gesucht. Tätigkeitsschwerpunkte sind die telefonische Beratung und Vermittlung, sowie hauptsächlich Prävention und Sensibilisierung der Bevölkerung in bezug auf Gewalt und Rechtsextremismus. Die Anfragen und Fälle werden kompetent von Fachpersonen bearbeitet (Triage), es wird Informationsmaterial hergestellt, Kampagnen oder Aktionen durchgeführt und Erwachsenenbildung angeboten. Beide Projekte richten sich an Opfer und an Täter. Durch den beschränkten Radius und die regionale Vernetzung mit den Schulen, Ämtern und Gemeinden sind die Projekte in der Bevölkerung niederschwellig erreichbar. (Trifft besonders auf das Freiamtprojekt zu). Andererseits sind die MitarbeiterInnen nahe am Puls des Geschehens und können aktiv und schnell intervenieren. Durch den engen finanziellen Rahmen sind die Grenzen der Hilfeleistungen schnell erreicht und die Möglichkeiten eingeschränkt. So besteht durchaus der Wunsch, aktiver in Fällen der Gewalt zu intervenieren, Schutzmassnahmen für die Opfer bereitzustellen oder die Szene, respektive die Öffentlichkeit zu beobachten (monitoring). Und doch ist durch das Engagement der beteiligten MitarbeiterInnen, durch die gute Vernetzung zwischen den Behörden und durch den Bekanntheitsgrad der Organisation in der Bevölkerung, die rechtsextremistische Gewalt spürbar zurückgegangen.

Wer Beratung sucht: Die Statistik der Opferhilfe Basel verweist auf die Art der Delikte bei den beratenden Personen und lässt somit keine Aussage über die Motive der Täterschaft zu. Im Jahre 2002 wurden 654 Fälle behandelt. In 414 Fällen meldeten sich Opfer, die durch Körperverletzung betroffen waren. 46 Fälle betrafen eine Bedrohung oder Nötigung. (vgl. Jahresbericht. 2002.) Lei-

der sagen diese Fälle nichts über die Menschen aus, welche die Opferhilfestelle in Anspruch nahmen. Es lässt sich kein Zusammenhang zwischen rassistischer Diskriminierung und Migration herstellen. Somit lassen sich auch keine Antworten bezüglich der Opfer durch rechtsextremistische Gewaltdelikte finden. Es ist nur ein Fall mit einem rechtsextremistischen Hintergrund bekannt. Von einer Dunkelziffer kann jedoch ausgegangen werden. Anders sieht dieser Sachverhalt beim gggfon in Bern und dem Freiamtprojekt in Muri aus, die sich konkret an Opfer und Täter mit rechtsextremistischem Hintergrund richten wollen und zu diesem Zweck gegründet wurden. Die aktuellen Fälle behandeln aber hauptsächlich häusliche Gewalt oder Gewalt unter Jugendlichen. Die Erfahrung zeigte, dass das Nottelefon von Opfern kaum genutzt wird. In Bern gelangen sie erst durch Vermittlung der Polizei an die Beratungsstelle. Ansonsten sind es Eltern, Jugendliche JugendarbeiterInnen oder LehrerInnen, die Informationen und Beratung suchen oder eine Beobachtung melden. Meistens Menschen, die bereits auf die Problematik sensibilisiert sind. Auffällig ist, dass sich keine ethnische Minderheiten, Randständige oder Asylsuchende melden. Wenig ist über Zwischenfälle von rassistischer Diskriminierung und über rechtsextremistische Gewalttaten zu erfahren. Es erweist sich schwierig, im rechtsextremistischen Umfeld an die Opfer und Täter zu gelangen. Sowohl auf Informationsveranstaltungen, sowie bei der Nutzung der Hotline sind es die verantwortungsbewussten BürgerInnen, die sich melden. Die Betroffenen allerdings bleiben den Angeboten fern. Aus irgendwelchen Gründen melden sich diese Personengruppen nicht, obwohl im Berner Projekt die Integration von Ausländern und Randgruppen angestrebt wird. Gründe dafür könnten in der bestehenden Konkurrenz anderer, kantonaler oder nationaler Organisationen zu finden sein, oder in der Angst vor Repressalien.

FAZIT

Die einzelnen Projekte im Bereich der Opferhilfe in der Schweiz stoßen auf ein reges Interesse in der Bevölkerung, bei Behörden und Institutionen. Trotzdem verhalten sich Personen, die Zeugen von rassistischen- oder gewaltsamen Ereignissen wurden, zurückhaltend und tun sich schwer ihre Beobachtungen mitzuteilen. Leider ist

die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Beobachtungen immer noch hoch. Einzelne spektakuläre Ereignisse werden zwar von den Medien aufgenommen und dokumentiert. Viele werden aber vom Beobachter oder Opfer verschwiegen und gehen aus Angst vor Repressionen durch die Täterschaft unter. Die Angschwelle für eine Anzeige ist zu hoch. Als sehr nützlich hat sich deshalb ein niederschwelliges Angebot erwiesen, wonach die Opferhilfestellen via Telefon oder E-Mail anonym erreichbar sind. Es existiert in der Schweiz ein Opferhilfegesetz. In Fällen von Übergriffen der rechtsradikalen Gruppierungen kommt es aber selten zur Anwendung, weil sich die Täter meistens einer Strafverfolgung entziehen können. Da es keine Opferschutzmassnahmen im eigentlichen Sinn gibt, werden die Opfer selber an spezialisierte Fachleute weiter vermittelt. Je nach Sachverhalt wird die Polizei eingeschaltet oder eine Beratungsstelle miteinbezogen. Ein zusätzliches Problem der Betroffenen, die in der Regel einer ausländischen Minderheit angehören, bildet die Sprachbarriere und die Ausgrenzung. Wenn aber eine Strafverfolgung möglich ist, wird nicht die Täterschaft, sondern der Straftatbestand aufgelistet. So entsteht ein verzerrtes Bild in der Statistik, welches sozusagen die Szene des Rechtsradikalismus in der Schweiz zu einem harmlosen Nebenschauplatz mutieren lässt.

Der Schwerpunkt der Arbeit wird deshalb auf die Prävention gelegt, indem in der Bevölkerung die notwendige Sensibilisierung und Zivilcourage gefördert wird. Durch die Aufklärung und den Aufruf zur erhöhten Aufmerksamkeit, wird ein Rückgang der Gewalttaten von rechtsradikalen Gruppierungen in unserer Gesellschaft erhofft. Ein weiterer Schutz bietet die Integration von Minderheiten und die regionale Vernetzung von verschiedenen Gemeinschaften. Die Aufklärungskampagnen richten sich nicht nur an die unbeteiligte Bevölkerung oder an Betroffene von gewalttätigen und rassistischen Übergriffen, sondern auch an Personen, die aus einer rechtsradikalen Gruppierung aussteigen möchten.

Die drei besuchten Opferhilfestellen arbeiten nach verschiedenen Methoden und Konzepten, die auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt sind. Je nach Projekt ist der Wirkungskreis der ehrenamtlich angestellten MitarbeiterInnen aus finanziellen Gründen eingeschränkt. In wenigen Fällen gibt es auch Projekte mit vollzeitlich angestellten MitarbeiterInnen, die zum Beispiel von der Gemeinde bezahlt sind. In der Regel werden die Projekte durch die

Gemeinden, Staatssubventionen, Vereine, Stiftungen, Sponsoren, gemeinnützigen Gesellschaften, Unternehmungen und Privatpersonen finanziell unterstützt. Für eine normal bezahlte Anstellung reichen die finanziellen Mittel aber oft nicht aus.

AUSSTIEGSHILFEN AUS DER RECHTSEXTREMEN SZENE MIT SCHWERPUNKT ELTERNARBEIT

*Andrea Pfister, Eveline Hänggi, Heidi Dreier,
Hannah Märki (begleitet von Brigitta Gerber)*

EXIT-PROJEKT NORWEGEN

Im Jahre 1990 hatten mehrere Ortschaften in Norwegen ernsthafte Probleme mit fremdenfeindlicher Gewalt und rassistischen Jugendgruppen. Der dreijährige „Aktionsplan Brumunddal“ wurde aufgestellt und erfolgreich durchgeführt. In den Jahren 1995/ 1996 führte die Polizei eine grosse Anzahl von Festnahmen in den rassistischen Jugendszenen der Städte Oslo und Kristiansand durch. Die Eltern der Jugendlichen waren schockiert und wollten gemeinsam etwas unternehmen, um ihre Kinder aus der rassistischen Szene loszulösen. Im Jahre 1995 gründeten einige Eltern in enger Kooperation mit der Abteilung Prävention der Polizei aus einem Vorort von Oslo Selbsthilfegruppen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Dr. Tore Bjorgo, wurde mehrfach von engagierten Eltern um Rat gefragt. So beschloss er zusammen mit zwei anderen Beamten der Abteilung Prävention der Polizei ein Projekt für elterliche Selbsthilfegruppen zu entwickeln, sowie andere Methoden zu entwerfen, um Jugendliche aus der rechtsextremen Szene herauszulösen. Das Projekt wurde offiziell Mitte 1997 auf drei Jahre ins Leben gerufen und erhielt den Namen „Projekt EXIT- Ausstieg aus gewalttätigen Jugendgruppen“. (vgl. Bjorgo, 2002, S. 8, 9)

Das EXIT-Projekt hat drei Hauptziele: 1. Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen, die aus rassistischen oder anderen gewalttätigen Gruppen aussteigen wollen. 2. Unterstützung von Eltern mit Kindern in rassistischen oder gewalttätigen Gruppen und Einrichtung örtlicher Netzwerke für Eltern. 3. Entwicklung und Verbreitung von Kenntnissen und Methoden für Berufsgruppen, die mit rassistischen oder gewalttätigen Jugendlichen arbeiten.

Das Norwegische EXIT-Projekt will mit lokalen Stellen zusammenarbeiten. Diese Stellen sollen mit dem nötigen

Know-how und den Methoden ausgerüstet werden, anstatt dass überall ein separates EXIT-Büro eingerichtet werden muss. Die lokalen Jugendarbeiter, die Beamten des Jugendamtes, die Lehrer und die Polizisten arbeiten also direkt mit den Jugendlichen. Das Projekt hat mehr als 700 Praktiker aus verschiedenen Orten und Berufsgruppen in Präventions- und Interventionsmassnahmen fortgebildet. Das EXIT-Projekt in Norwegen ist niederschwellig – aufsuchend, es ist gemeindeorientiert und feldnah. Es Bedarf an Schulung dezentraler Akteure. Es wendet sich an Rechtsextreme und ihr Umfeld.¹ (vgl. Bjorgo, 2002, S. 9)

ELTERNARBEIT IM EXIT-PROJEKT

Elternnetzwerke: Die Eltern haben einen wichtigen Einfluss auf ihre Kinder, obwohl dieser natürlich mit dem Alter der Kinder abnimmt. Eltern von Jugendlichen in rassistischen oder gewalttätigen Gruppen können von der Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Eltern profitieren. Diese Eltern haben einen grossen Wissens- und Informationsbedarf darüber, was in diesen Gruppen vor sich geht. Die Eltern können durch einen gegenseitigen Informationsaustausch zu einem besseren Verständnis über das Umfeld ihrer Kinder gelangen. Dieses Wissen kann erweitert werden, wenn die Eltern noch Experten von aussen hinzuziehen. In einem solchen Forum können sich die Eltern auf eine gemeinsame Regelung von Verboten und Sanktionen ihren Kindern gegenüber einigen.

Kinder in der Neonazi- Szene zu haben, kann für die ganze Familie sozial stigmatisierend sein. Die Eltern verspüren das starke Bedürfnis, mit jemandem über ihre Probleme zu sprechen. Ein geschlossenes Forum mit anderen Betroffenen bietet dazu eine Gelegenheit. Ein El-

¹) Im Gegensatz zum Modell in Schweden, welches hochschwellig beratend ist und sich nur mit den Rechtsextremen befasst, ohne deren Umwelt im Speziellen zu berücksichtigen. Das EXIT- Modell in Schweden wurde angelehnt an das Norwegische Modell im Jahre 1998 ins Leben gerufen. Das nachfolgend im Kapitel 3 beschriebene Modell aus Deutschland ist stark auf das schwedische Projekt gestützt.

ternnetzwerk kann auch eine wichtige Rolle spielen, den Eltern Informationen hinsichtlich anstehender Veranstaltungen weiterzugeben. Dies ermöglicht den Eltern beispielsweise, ihre Kinder während dieser Zeit zu Hause zu behalten. Die verschiedenen Elterngruppen unterscheiden sich stark voneinander. Je nach den persönlichen Ressourcen der Mitglieder kann die Intensität der externen Hilfen variieren. Aber nicht alle Eltern sind motiviert, an solchen Netzwerken teilzunehmen. (vgl. Bjorgo, 2002, S. 9–11)

DAS STRUKTURIERTE PROBLEMGESPRÄCH ZWISCHEN JUGENDLICHEN, ELTERN UND EXPERTEN

„Das strukturierte Problemgespräch zwischen Jugendlichen, Eltern und Experten“ kann eingesetzt werden, wenn beispielsweise ein Polizeibeamter, ein Lehrer oder Sozialarbeiter bemerkt, dass ein Jugendlicher in Aktivitäten involviert ist, die Grund zur Sorge geben. Der Experte lädt dann den Jugendlichen und seine Eltern zu einem freiwilligen Gespräch ein. Das Gespräch basiert auf einem strukturierten Verfahren, indem die Beteiligten das besorgniserregende Verhalten erörtern und die Gründe für dieses Verhalten zu erklären versuchen. Zusammen mit den Jugendlichen und den Eltern versucht der Experte, nach vorn zu schauen und sich auf Lösungen zu konzentrieren, die einen Prozess der Umorientierung und Verhaltensänderung in Gang setzen. (vgl. Bjorgo, 2002, S. 9–11)

Das EXIT-Projekt in Norwegen bedient sich hauptsächlich zwei Formen der Elternarbeit. Aus der Darstellung sollte klar werden, dass trotz intensiver Bemühungen das Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist, und sich sicher noch mehrere Formen der Elternarbeit für die Arbeit im Rahmen des EXIT-Projektes eignen würden. Einige andere der oben erwähnten möglichen Formen von Elternarbeit werden vermutlich auch im Rahmen des Exit-Projekts durchgeführt, ohne dass sie explizit erwähnt werden (beispielsweise die Begegnung per Zufall). (vgl. Dusolt, 2001, S. 19–83/ Achermann, 1979, S. 15–30)

ERFOLGE DES EXIT-Projektes in Norwegen

Obwohl die Elternnetzwerke nicht für alle betroffenen Eltern geeignet sind, erwiesen sie sich, wie die Zahlen deutlich zeigen, als sehr erfolgreich. In Norwegen nahmen zwischen 1995 und Mitte 2000 etwa 130 Mütter oder Väter von 100 Jugendlichen an den Elterngruppen teil. Nach dieser Zeit waren lediglich 10 Jugendliche noch in der rassistischen Szene. Wobei man bemerken muss, dass es nicht immer klar ist, ob der/ die Jugendliche aufgrund der Elterngruppen oder aus anderen Gründen die rassistische Szene verlassen hat.

In einem lokalen Projekt in Kristiansand wandte ein spezialisiertes Team seit 1996 mit 38 Jugendlichen diese Methode (in Kombination mit anderen Methoden) an. Ende 1999 waren noch fünf dieser Jugendlichen in der Naziszene aktiv. Danach arbeitete das Projekt mit 22 Jugendlichen. Anfangs 2002 schien bei 19 von ihnen die Arbeit Erfolg zu haben. Über den aktuellen Stand sind keine Daten bekannt. (vgl. Bjorgo, 2002, S. 13, 14)

EXIT-Projekt in Deutschland

Bevor Exit-Deutschland gegründet wurde, gab es keine systematische Hilfe, keine institutionelle Struktur und kein stetiges System der Hilfe beim Ausstieg. Erst durch die Erfahrungen von Kent Lindhal in Schweden kam der Mut auf, eine Initiative zu gründen. EXIT-Deutschland entstand am 23. Mai 2000 als Initiative durch Bernd Wagner, den Gründer des ZDK (Zentrum Demokratische Kultur) in welches auch EXIT eingebunden ist. Anwesend waren auch Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung und Uli Hauser vom stern. Später wurde Ingo Hasselbach miteinbezogen. Ingo Hasselbach machte Schlagzeilen, als er Anfang 1993 als erster prominenter Rechtsextremist aus der rechten Szene ausstieg. Während dieses Prozesses hatte er Kontakt zu Bernd Wagner.

Bernd Wagner, Bulletin, 2–2002: Nach vielen öffentlichen und internen Warnungen vor der neuen rechtsextremen Entwicklung war ich gerade aus dem höheren Polizeidienst als Kriminaloberrat und Staatsschutzchef ausgestiegen und ging im Rahmen eines Antiaggressionsprogramms in den neuen Ländern gegen den aufkommenden braunen Geist und Terror vor. Die Warnungen verhalten in einer gesellschaftlichen und politischen At-

mosphäre, die von „blühenden Landschaften“, „Alles im Griff“ und „Jugendproblem“-Diskursen im Falle von Gewalt geprägt war. Die Nazi-Gewalt schlug durch. Angesichts der Progrome von Hoyerswerda im Jahr 1991 und Rostock 1992 konnte die rechtsextreme Gewalt nicht mehr propagandistisch verdeckt werden. (S. 5)

Bernd Wagner half über viele Jahre anderen Ausstiegswilligen aus der rechten Szene herauszukommen. Dabei zeigte es sich, dass es möglich ist, aus der rechtsextremen Szene auszusteigen, wenn auch nur Schritt für Schritt. Zudem braucht es Hilfe in verschiedenen Bereichen, z.B. geistiger, sozialer und materieller Art und kritische Auseinandersetzungen. Die Sicherheit der Aussteiger kann dabei ein Problem darstellen.

Die Idee der EXIT-Initiative ist folgende: Ausstiegswilligen die benötigte Hilfe anzubieten, um der rechten Szene und deren Ideologie zu entkommen. Dazu müssen sie allerdings selber die Initiative ergreifen und sich per Post, Telefon oder E-Mail bei EXIT melden. EXIT geht nicht auf die Leute in der rechten Szene zu, aus der Überlegung heraus, dass niemand zum Ausstieg überredet werden kann.

In jeder Phase des Ausstiegsprozesses ist die aktive Mitarbeit der Ausstiegswilligen sehr wichtig, da EXIT nur Angebote machen kann. Die Umsetzung liegt in der Verantwortung der Betroffenen. EXIT versteht sich hauptsächlich als Hilfe zur Selbsthilfe. (vgl. Bernd Wagner, Hintergründe der Initiative EXIT-Deutschland, Bulletin, 2/2002, S. 5–9)

Die EXIT-Initiative hat seit ihrer Gründung im Jahre 2000 mehr als 100 ausstiegswilligen Rechtsextremisten geholfen. Die nichtstaatliche Initiative ist damit, laut Bernd Wagner, erfolgreicher als staatliche Aussteigerprogramme. Bernd Wagner meint, dass die Gründe darin liegen, dass das Angebot von EXIT niedrighwelliger ist, EXIT bessere Kenntnisse der rechten Szene hat und weniger bürokratisch arbeitet als die staatlichen Initiativen. Er sagt aber auch, dass die EXIT Initiative die ganz grossen Lenker nicht erreichen würde, da diese zu fanatisiert sind. (vgl. BerlinOnline, „Die fanatischen Rassisten können wir nicht erreichen“, 08.06.02)

EXIT-ELTERNINITIATIVE

Seit es EXIT-Deutschland gibt, melden sich immer wieder auch Eltern und Angehörige von Rechtsextremisten. Sie sind verunsichert und wissen oft nicht, wie sie mit dieser Thematik am besten umgehen könnten. Anfangs konnte EXIT mit einer telefonischen Beratung, wobei unter anderem die Situation eingeschätzt und Konfliktlösungsmöglichkeiten aufgezeigt wurden, den betroffenen Eltern und Angehörigen weiterhelfen. Was aber bei dieser telefonischen Beratung nicht erreicht werden konnte, war die Isolation der Angehörigen aufzubrechen und ihnen Kontakte zu anderen Betroffenen zu ermöglichen.

Bald zeigte es sich, dass diese kurzfristige Beratung nicht mehr ausreichend war. Aus diesem Grund wurde im Herbst 2001 die EXIT-Elterninitiative gegründet, die speziell auf die Anliegen und Probleme der Angehörigen von Rechtsextremisten ausgerichtet ist. Diese Initiative berät nicht nur, sondern begleitet auch den Erfahrungsaustausch von betroffenen Eltern und Angehörigen und klärt über Inhalte der rechtsextremen Strukturen, Strategien und Musik auf.

Von Anfang an war ein anderes Team für die EXIT-Elterninitiative zuständig als für EXIT-Deutschland. Damit kann gewährleistet werden, dass sowohl die Interessen der Angehörigen als auch die der Ausstiegswilligen berücksichtigt werden können.

Die Eltern und Angehörigen werden bundesweit durch die Mitarbeiterinnen dieser Initiative beraten und begleitet. Im Jahre 2002 bestand die EXIT-Elterninitiative aus drei regional verteilten Gruppen, wobei wahrscheinlich weitere hinzukommen werden. Diese Gruppen halten regelmässige Treffen ab und einmal im Jahr kommen sie zu einem bundesweiten Treffen zusammen. Wenn sich Angehörige melden, werden sie zuerst telefonisch beraten und gemeinsam mit ihnen werden erste Konfliktlösungsstrategien erörtert. Dazu werden lange Gespräche über die aktuelle Notsituation und die jeweiligen Hintergründe geführt. Sollten die Angehörigen weiterhin Hilfe und Kontakte zu anderen Betroffenen wünschen, können sie am regional nächstgelegenen Gruppentreffen teilnehmen. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist in den Gruppen zentral. Durch das Team wird ein Erfahrungsaustausch der Eltern und Angehörigen angeboten und

ein Nachdenken über eigene Verhaltens- und Kommunikationsweisen sowie die der Gesellschaft angestrebt. Es wird aber auch ermöglicht, sich durch Workshops oder Vorträge Wissen über rechtsextreme Szenestrukturen, ideologische Strömungen und ähnliche Themen anzueignen. Die Mitbestimmung der Betroffenen ist sehr wichtig. Die Treffen sind denn auch auf ihre Wünsche und Erwartungen ausgerichtet. Die individuelle Beratung und Unterstützung wird zusätzlich zu den Treffen angeboten. Die EXIT-Elterninitiative unterstützt Eltern dabei, sich in ihrem Umfeld direkte Ansprechpartner und Hilfe zu suchen, die mit dem Thema Rechtsextremismus vertraut sind. Ein langfristiges Ziel könnte auch sein, dass sich Eltern und Angehörige in ihrem näheren Umfeld gegen Rechtsextremismus engagieren. Für die EXIT-Elterninitiative stehen die Betroffenen im Mittelpunkt und nicht die rechtsextremen Jugendlichen. Eine Loslösung aus der rechten Szene müssen alle selbst machen, vielleicht mit Hilfe von EXIT und der Unterstützung der Angehörigen.

WIE SEHEN DIE HÄUFIGSTEN PROBLEME VON ELTERN UND ANGEHÖRIGEN AUS?

Durch die Elternarbeit von EXIT hat sich ein Bedarfsprofil für die Elterninitiative herauskristallisiert, welches aber nur einen ersten Eindruck der Probleme vermitteln kann: Angehörige von Jugendlichen, die sich für die rechte Ideologie zu interessieren beginnen. Angehörige von Jugendlichen, die sich bereits in der rechtsextremen Szene befinden, zum Teil schon ein festgelegtes rechtsextremes Weltbild haben und meist nicht bereit sind, diese Sicht zu verändern. Angehörige von Jugendlichen, die die Auseinandersetzung suchen, an der rechten Ideologie zweifeln und sich langsam von der rechten Szene distanzieren wollen. Angehörige von Jugendlichen, die sich bereits in einem Ausstiegsprozess befinden, welchen sie unterstützen wollen.

Es können natürlich auch noch ganz andere Schwierigkeiten auftreten. Beispielsweise, dass die Jugendlichen jegliche Diskussion über ihre Ideologie verweigern, dass sie Schwierigkeiten in der Schule, in der Ausbildung oder im Beruf bekommen, dass sie Sucht- und Gewaltprobleme haben, Gewalt, die sich teilweise auch gegen die Familie richtet.

Oft haben die Eltern Angst und sind unsicher, wie sie mit dieser Thematik umgehen sollen. Ihre Befürchtungen sind, dass sie durch Konfrontation ihr Kind verlieren und durch zu grosse Akzeptanz das Problem verschärfen könnten.

Wenn die Situation eskaliert, fühlen sich viele Eltern überfordert und alleine gelassen. Auf der Suche nach Hilfe, bei Schulen, Ämtern, der Polizei und anderen Institutionen, machten einige die Erfahrung, dass auf ihr Anliegen mit Unverständnis, Unkenntnis bis hin zu Schuldzuweisungen reagiert wurde. Viele betroffene Eltern geben daraufhin die Suche nach Hilfe auf und ziehen sich zurück. (vgl. Elternerfahrungen – Hilfe zur Selbsthilfe, Bulletin, 2/2002, S. 69–71)

Bundesweit werden etwa 50 Eltern und Angehörige von Rechtsextremen, hauptsächlich durch einen regelmässigen und engen telefonischen Kontakt, der EXIT-Elterninitiative, betreut. Es haben sich innerhalb kurzer Zeit fünf regionale Gruppen gebildet, die sich regelmässig treffen. Dabei steht vor allem der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung im Mittelpunkt.

Ein zentrales Problem ist, dass oft präventive Massnahmen fehlen und viele Behörden und Ämter kooperationsunwillig sind. Die Begründung ist unter anderem, dass erst etwas unternommen werden kann wenn eine Straftat vorliegt. Doch ohne Intervention ist die Gefahr gross, dass die Jugendlichen in eine Haftanstalt kommen und dort durch „professionelle“ rechtsextreme Gefangenbetreuung begleitet werden. Die Gefangenbetreuer bringen dort Verständnis für die Rechtsextremen und ihre Ideologie auf. (vgl. Thomas Grumke, Wege aus der Angst, 4.2.2003)

AUSSTIEGSHILFEN IN DER SCHWEIZ

Der Forschungsbericht: „Rechtsextremismus und Ausstiegshilfen – Möglichkeiten und Potentiale für die Schweiz“ (D’Amato und Gerber 2002) bildet die Grundlage der weitergeführten Arbeit. Nach der Bedürfnisabklärung für Ausstiegshilfen in der Schweiz folgt eine Zusammenfassung über Forderungen und Wünsche von Experten und Expertinnen in bestehenden Projekten. Anschliessend werden Empfehlungen, welche die Arbeitsgruppe an den Bund abgegeben hat, erwähnt. Der

grösste Teil dieses Kapitels wird aktuellen Projekten im Bereich Ausstiegshilfen, in Form von Interviews mit Experten und Expertinnen, gewidmet. Ein Schwerpunkt stellt die Elternarbeit dar.

Die Interdepartementale Arbeitsgruppe hat das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien beauftragt, einen Forschungsbericht über Rechtsextremismus und Ausstiegshilfen, Möglichkeiten und Potentiale für die Schweiz zu erstellen. Die Forschungsgruppe interviewte Experten aus den Bereichen Schul- und Jugendarbeit, Polizei- und Sozialarbeit, sowie Leiter von Beratungsstellen im Bereich Ausländerfragen. Unabhängige Experten, welche die Szene gut kennen, wurden ebenfalls befragt. Es ging dabei darum, herauszufinden, ob überhaupt ein Hilfsbedarf besteht und wer in welchen Handlungsfeldern tätig sein sollte. (vgl. D’Amato, Gerber, 2002, S. 41)

Aus dem Schul- und Jugendbereich war zu vernehmen, dass es notwendig sei, gegen Gewaltphänomene in der Gesellschaft zu agieren. Ein niederschwelliges, flächendeckendes Angebot an Ausstiegshilfen wurde gefordert.

Polizeiexperten sehen das Problem in der Jugendgewalt. Sie stehen Ausstiegshilfen skeptisch gegenüber. Die Vorhaben und Pläne der Rechtsextremen seien der Polizei bekannt. Ausstiegswillige könnten jederzeit aus den Gruppierungen austreten. Zur Unterstützung der Eltern, Lehrer und Lehrmeister müssten Anlauf- und Beratungsstellen geschaffen werden.

Sozialarbeit und Beratungsstellen setzen ihr Schwergewicht auf Prävention. Interventionen im Freizeit-, Schul- und Arbeitsbereich der Jugendlichen seien wichtig. Eine mobile Jugendarbeit und eine aufsuchende Sozialarbeit im Internet könnten zu Lösungsansätzen führen.

Die professionellen Beobachter der Szene (Journalisten) sehen in der Schweiz keinen rechtsextremen Terrorismus. Sie verlangen von Politikern und der Zivilbevölkerung eine offene Haltung gegen Gewalt. Auch sie sehen keine Schwierigkeiten für die Jugendlichen aus der Szene auszutreten und empfehlen Anlaufstellen für ratlose Eltern. (vgl. D’Amato, Gerber, 2002, S. 41–46)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine gute Übersicht über die vorhandene Szene herrscht. Doch fehlt es an Wissen von Interventionsmöglichkeiten und

der nötigen Ausbildung von Intervenierenden. Die Experten und Expertinnen empfehlen einen basisnahen Zugang zu den jugendlichen Rechtsextremisten und Anlauf- und Beratungsstellen für betroffene Eltern.

Die Forschungsgruppe empfiehlt aufgrund ihrer Ergebnisse ein zweistufiges Modell. Die erste Stufe des Modells beinhaltet eine Plattform für Fachleute, die den Informationsaustausch regionaler Kompetenzzentren koordiniert. Zur Kernaufgabe einer solchen Plattform würde eine qualitativ hochstehende Ausbildung der intervenierenden Sozialarbeiter und eine Betreuung der im Feld Arbeitenden gehören. Diese Kompetenzzentren würden eine Kommunikationsstruktur unter den beteiligten Akteuren der Polizei, Jugendanwaltschaft, Pädagogik, Elternbildung, Jugend- und Sozialarbeit gewährleisten und bestehende Ressourcen verknüpfen.

Die zweite Stufe des Modells sieht ein nationales Koordinationszentrum vor, welches bestehende Anlauf-, Informations- und Beratungsstellen koordiniert und unterstützt. Ausserdem würde dieses Koordinationszentrum ein Observatorium (Beobachtungsstation) auf Bundesebene einrichten mit einer Dokumentation von rechtsextremen Vorkommnissen. Diese Dokumentationen könnten für Anfragen aus der Öffentlichkeit, zur Erarbeitung von Schulmaterial und für die Polizei zur Verfügung stehen. Ein Kontakt mit den in Stufe eins beschriebenen Kompetenzzentren müsste ebenfalls stattfinden. (vgl. D'Amato, Gerber, 2002, S. 49–52)

EXPERTENBEFRAGUNG

Für den vorliegenden Bericht haben Mitglieder der Arbeitsgruppe, „Rechtsextremismus und Soziale Arbeit – Ausstiegshilfen aus der Rechtsextremen Szene mit Schwerpunkt Elternarbeit“, im Mai 2003 drei Interviews mit Experten und Expertinnen geführt. Bei den befragten Experten und Expertinnen handelt es sich um *Barbara Umiker*, der Leiterin Kommunikation der *JPMD (Justiz-, Polizei- und Militärdirektion)* vom Kanton Baselland, *Franz Kohler pms (Projektmanagements Sozialwesen)*, er ist Betreiber der Anlauf- und Beratungsstelle Baselland und Baselstadt² und *Samuel Althof von AKdH (Aktion Kinder des Holocaust)* in Basel.

Als Methode der Befragung werden nach Moser (1998) qualitative Interviews mit Hilfe halbstrukturierter Fragen gewählt. „Das Interview geht letztlich auf die Form des Gesprächs (Diskussionen, Erzählungen und Geschichten) zurück. Sein Zweck ist es, Sichtweisen, Meinungen und Interpretationen zu erheben, um eine erlebte Situation besser zu verstehen...“ (S. 45) Die erhaltenen Aussagen und Erklärungen werden einander gegenüber gestellt. Der folgende Bericht beginnt mit Projekten im Bereich Ausstiegshilfen in der Deutschschweiz und der Beschreibung eines Ausstiegs.

PROJEKTE IM BEREICH AUSSTIEGSHILFE

Der *Kanton Baselland* ist Pionierkanton in Sachen Ausstiegshilfen und Rechtsextremismus. Er nimmt gesamtschweizerisch eine Vorreiterrolle ein. Sechs Jugendsachbearbeiter (zur Zeit sind es vier) befassen sich speziell mit Jugendlichen. Es werden alle Themen, die Jugendliche betreffen, angegangen, wie z.B. Gewalt und Drogen. Rechtsextremismus stellt nur einen Teilbereich der Arbeit dar. Die Jugendsachbearbeiter sind sowohl präventiv als auch repressiv tätig. Seit dem Jahr 2002 haben sich die Kantone *Baselland und Baselstadt* zusammengeschlossen, um gemeinsam eine Rechtsextremismuskommission sowie eine Anlauf- und Beratungsstelle zu betreiben.

Die *Anlauf- und Beratungsstelle* wurde im Jahr 2001 aufgrund einer der Massnahmen im Bereich des Rechtsextremismus des Kantons Baselland geschaffen. Sie soll für die Zielgruppe der Ausstiegswilligen (Skinheads), für betroffene Eltern von Tätern und Opfern und für Gemeinden zur Verfügung stehen.

Das Projekt „*Internet-Streetworking Netzteil*“ ist ein Teil der Arbeit vom Gesamtwerk „*Aktion Kinder des Holocaust*“ (*AkdH*). Dieses Projekt existiert seit dem Jahr 2000. *Internet-Streetworking Netzteil* ist ein Neonazi Aussteigerprojekt. Mitarbeiter der Organisation recherchieren täglich im Internet, speziell in „Gästebüchern“ und „Foren“. Sie nehmen dabei alle Optionen wahr um Rechtsextreme aufzusuchen und mit ihnen in Kontakt zu treten.

² Franz Kohler hat am 1. Juni 2003 sein Mandat niedergelegt. Es wurde neu Dieter Bongers übertragen.

Das *gggfon* (*Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus*) ist eine Informations- und Beratungsstelle, entstanden im Jahr 2000. Sie wird von fünf Fachpersonen, die sich mit dem Thema Gewalt und Rassismus auseinandersetzen, betreut. Das *gggfon* ist für die Region Bern verfügbar. Es wendet sich unter anderem an Rechtsradikale, die aus der Szene aussteigen wollen. Das *gggfon* wird von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung, als ein Projekt mit Vorbildcharakter für weitere Gemeinden, bezeichnet. (Eine andere Gruppe Studierende hat sich diesem Projekt gewidmet.)

NCBI (*National Coalition Building Institute*) ist eine Fachstelle „Solidaritätsnetz“ – gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Diese niederschwellige Gemeinwesenarbeit bietet Projekte im Kanton Aargau an. In diesem Zusammenhang würde bestimmt auch Interessantes in Bezug auf Elternarbeit zu erfahren sein.

TiKK (*Task force interkulturelle Konflikte*) ist eine Anlaufstelle für interkulturelle Konflikte und Gewalt. *TiKK* versteht sich als niederschwellige Anlaufstelle und arbeitet im öffentlichen Raum, d.h. mit EinwohnerInnen eines Gemeinwesens und den dort tätigen AkteurInnen aus Politik, Schule, Freizeit, Wirtschaft, Sozial- und Polizeiwesen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben an einem Vortrag von *NCBI* und *TiKK*, innerhalb des Projekts Rechtsextremismus und Soziale Arbeit der FHS-BB, teilgenommen. Sie wollen sich aber in ihrem Bericht auf die Projekte BL / BS und Internet-Streetworking Netzteil beschränken.

VORGANG EINES AUSSTIEGS

F. Kohler ist der Meinung, dass sich die Sichtweisen Jugendlicher generell nur in einem schleichenden Prozess wandeln können.

Ziel der Experten *Kohler* und *Althof* ist die kritische Auseinandersetzung der rechtsextremen Jugendlichen oder Erwachsenen mit sich selbst und der eigenen Position zu erlangen. Weiter sind sie sich einig, dass zum Ausstieg eine Identitätsveränderung, die auch verinnerlicht werden muss, stattfinden soll, damit das aufgebaute Feindbild fallen kann. Dazu ergeben sich verschiedene Interventionsmöglichkeiten.

F. Kohler ist der Meinung, dass sich Jugendliche erst nach

Ausstiegshilfen umschaun, wenn sie bereits einem hohen Druck, sprich der polizeilichen Verfolgung oder der Bedrohung von Ehemaligen aus der Szene, ausgesetzt sind. Solche direkten Anfragen Jugendlicher ergeben sich jedoch nur selten. Der Experte verfügt über indirekten Zugang zu Rechtsextremen beispielsweise durch Eltern oder Gemeinden. Ein äusserer Impuls, damit Experte und Rechtsextreme zusammenfinden, kann auch eine polizeiliche Intervention, eine Verzeigung oder ein Ermittlungsverfahren sein. Die Rechtsextremen melden sich in Anbetracht der letzten Rettung um nicht ins Gefängnis zu kommen. Die Bereitschaft etwas zu ändern um sich weiteren Konsequenzen noch entziehen zu können, ist dann vorhanden. In dieser Zeit hat der Experte die Gelegenheit mit den Jugendlichen zu kommunizieren und leistet ihnen damit einen Beitrag zum Ausstieg: Er lässt sie Bilder über sich selbst und ihre Umgebung darstellen und ausdifferenzieren. Damit stimuliert er die Überprüfung von Selbst- und Fremdbildern (Gegnergruppierungen). Da die Gewaltthematik aus emotional gesteuerten Momenten besteht, muss er die Rechtsextremen auf der Ebene der Emotionen abholen. Er verzichtet bewusst auf kognitiv-rationale Aussagen.

Die verschiedenen Projekte der Ausstiegshilfe hängen von verschiedenen Motivationen ab. Besteht die Motivation aus einer Arbeit mit dem Rechtsextremismus, erfolgen die Interventionen der Experten deeskalierend. Das Ziel ist eine integrative Wirkung auf die Gruppierung, die sich im Selbstausgrenzungsprozess befindet, auszuüben. Eine andere Strategie kann die Förderung der Zivilcourage gegen den Rechtsextremismus sein (z.B. *Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus*, *gggfon*).

S. Althof geht wie folgt vor: Er nimmt die Jugendlichen ernst, konfrontiert diese jedoch mit ihren eigenen Aussagen. Dies funktioniert vor allem bei symptomatischen Neonazis, denn diese werden aus psychosozialen Motiven rechtsextrem und sind eher zu einem Ausstieg zu bewegen. Programmatische Neonazis sind ideologisch und politisch gefestigt. Aufgrund der aufsuchenden Arbeit, beispielsweise über das Internet und der damit verbundenen Untersuchung der Quellen der betreffenden Homepage, kann der Experte zwischen symptomatischen und programmatischen Neonazis unterscheiden. Die Organisation recherchiert in verschiedenen Medien, besonders im Internet, aber auch via Handy (SMS). Dies geschieht so lange, bis jemand genau erkannt und aufge-

deckt wird. Man kann sagen, dass jeder Kontakt mit den Rechtsextremen anders funktioniert. Aus Gründen der Sicherheit wird verdeckt gearbeitet, mit geschützten Personen. Kommt es zu einem Treffen mit Rechtsextremen, finden Gespräche mit Themen über Gewalt- und Integrationsproblemen statt.

Beide Experten stimmen überein, dass oft das Umfeld den nötigen Anstoss zu einer Veränderung auslöst.

INFORMATIONSAUSTAUSCH UND INTERDISZIPLINÄRE ZUSAMMENARBEIT

Die *Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes* stellt eine Art Koordinationsstelle dar, die Informationen aus der ganzen Schweiz sammelt. Ihr ist der Fonds, *Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte*, angegliedert über den viele Projekte laufen. Dadurch wird der Austausch mit den Projektverantwortlichengewährleistet.

Ebenfalls werden Daten über Rechtsextremismus mit strafrechtlicher Relevanz im Zusammenhang mit *AKdH* in ganz Europa gesammelt. Es findet ein regelmässiger Kontakt und Austausch auf internationaler Ebene statt.

Auf der polizeilichen Ebene findet ein Austausch auf nationaler Ebene und zwischen den Kantonen statt. Der *Bundesdienst für Analyse und Prävention* sammelt Informationen und erstellt Dokumentationen. Der *Staatschutz* verfasst einen Bericht und ist für die Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit den Medien besorgt.

Im Tätigkeitsfeld von *F. Kohler* und unter den involvierten Personen besteht ein reger Austausch von Informationen und Hinweisen (z.B. im Rahmen einer Weisung oder als Auflage eines Verfahrens). Es besteht eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen mobiler Jugendarbeit, Experten und Jugendsachbearbeitern der Polizei. Das Projekt *AKdH* ist in der ganzen deutschsprachigen Schweiz und zum Teil in Deutschland tätig. Es besteht eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz, Schulen, Wissenschaft und Behörden, inklusive derer, welche in der Prävention arbeiten. *S. Althof* beschreibt die Strategie des Projekts als Kurzzeitintervention mit unkonventionellen Mitteln. Eine rasche Vernetzung mit den lokalen Behörden oder Institutionen aus

dem Umfeld der Rechtsextremisten wird angestrebt. Es ist auch möglich, dass eine Abgabe der Rechtsextremisten zur weiteren Betreuung an Spezialisten erfolgt (z.B. Therapeuten, Ärzte, Sozialpädagogen, Polizei).

B. Umiker weiss, dass es eine bikantonale Zusammenarbeit (BS und BL) gibt. Es besteht eine gemeinsame *Rechtsextremismuskommision*, die ein Massnahmenpaket der Regierung umzusetzen und zu überprüfen hat.

Die Kommissionsmitglieder stammen aus verschiedenen Disziplinen, wie Regierung, Justiz, Polizei, Jugendanwaltschaft, Erziehungsdepartement, Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dies bedeutet bereits eine Vernetzung innerhalb der *Rechtsextremismuskommision*. Die Arbeit auf verschiedenen Ebenen, wie Schule, Jugendarbeit, Sport, Eltern erfolgt immer interdisziplinär.

B. Umiker ist der Meinung, dass die Kantone Baselland und Baselstadt gut zusammen arbeiten. Einerseits betreiben sie gemeinsam die Anlauf- und Beratungsstelle, andererseits leisten beide Kantone namhafte Beiträge bei den Fanprojekten des FC Basel. Zu anderen Kantonen bestehen jedoch keine Verbindungen im Projektbereich. Die Zusammenarbeit bezeichnet auch *F. Kohler* als gering. Er vertritt die Meinung, dass wenig Interesse an Austausch, dafür aber viel Konkurrenz zwischen den einzelnen Personen und Institutionen, welche sich in der Rechtsextremismusprävention betätigen, besteht. Die verschiedenen Stellen verfügen über andere Grundhaltungen.

ELTERN

Einige Eltern wenden sich an das Ausstiegsprojekt *Internet-Streetworking Netzteil (der AKdH)*. Sie suchen auf diesem Weg Hilfe und sind froh um Unterstützung.

Jedoch geht meist *Internet-Streetworking Netzteil*, beziehungsweise *S. Althof*, auf die Eltern zu. Er benachrichtigt sie über die rechtsextremen Aktivitäten der Jugendlichen. Wenn die Eltern informiert werden, zeigen sie sich oft ambivalent und nicht partnerschaftlich. Sie erkennen die Problematik nicht. Die Mutter zeigt sich meist ambivalent und sendet doppelte Botschaften, wie: „Ich möchte nicht, dass mein Kind Neonazi ist, aber ich bin froh, dass es eine eigene Meinung hat.“ Der Vater ist oft gar nicht präsent. Es besteht eine Problemstellung innerhalb der Familie.

S. *Althof* ist der Ansicht, dass Selbsthilfegruppen für Eltern sich als schwierig erweisen, weil der abwesende Sohn, die abwesende Tochter zum identifizierbaren Familienpatienten wird.

F. *Kohler* hat die Erfahrung gemacht, dass betroffene Eltern, wenn sie sich an ihn wenden, sehr emotional sind. Sie haben unmittelbar erfahren, dass ihr Sohn oder ihre Tochter der Szene angehört oder, dass ihr Kind rechtsextremistischer Gewalthandlungen ausgesetzt war. Eltern müssen dann erzählen können und ihre Situation schildern. Zerrbilder, vorgefertigte Bilder, beispielsweise über Skinheads, spielen dabei eine grosse Rolle. Der Experte hilft diese Meinungen auszudifferenzieren, um eine Handlungsebene zu ermöglichen. Daraus können konkrete Fragen der Eltern an die Fachperson entstehen. Der Experte kann ihnen jedoch nur vermitteln, dass sie sich gegenüber den Jugendlichen klar positionieren und ihre Grenzen aufzeigen sollen. Denn sie können nicht für die Jugendlichen entscheiden und handeln. Sonst würden die Eltern zu einer Eskalation beitragen. Der Experte kann ein Erstgespräch anbieten. Bei weiterem Interesse vermittelt er die Eltern an andere Stellen, die ihnen auf ihre konkreten Fragestellungen antworten können. Es stand auch schon die Frage nach einer Selbsthilfegruppe für betroffene Eltern zur Diskussion. Allerdings werden weitere Kontakte meist nicht mehr gesucht und es gibt auch keine Selbsthilfegruppe. Nach dem Erstgespräch scheinen die Eltern den Zugang zu ihren Kindern wieder zu finden und zurechtzukommen. Es ist nicht immer möglich, das weitere Vorgehen der Eltern zu verfolgen. Die Eltern gelangen aufgrund der publizierten Telefonnummer, durch Empfehlungen Bekannter oder der Behörden an den Experten.

FAZIT

Anhand der Recherchen zu diesem Bericht, ist die Arbeitsgruppe zum Schluss gekommen, dass Elternarbeit im Zusammenhang mit Rechtsextremismus eine wichtige Position einnehmen sollte. Viele Eltern, die mit dem rechtsextremen Gedankengut ihrer Kinder konfrontiert werden, fühlen sich überfordert. Einerseits fehlen oft wichtige Informationen zu dieser Thematik, andererseits wissen sie oft nicht, wie sie mit den Informationen umgehen können und sollen. Der Erfahrungsaustausch zwi-

schen den Eltern scheint der Arbeitsgruppe sehr wichtig, da diese oft auch von Lehrern, Schulpsychologen und Ämtern zu wenig Unterstützung erhalten. Die Ausstiegsprogramme in Norwegen, Schweden und Deutschland zeigen deutlich auf, dass es möglich ist, die Eltern zur Bildung von Selbsthilfegruppen zu motivieren. Diese Selbsthilfegruppen sind nach Meinung der Arbeitsgruppe ein sehr wirksames und wichtiges Instrument innerhalb der Elternarbeit. Im Bereich der Elternarbeit in der Schweiz gibt es keine konkreten Projekte. Dies obwohl sich viele Eltern von rechtsextremen Jugendlichen an Behörden, Beratungsstellen oder die Polizei wenden. Eltern werden zwar beraten und nach Erstgesprächen oft zu anderen Fachstellen weitergeleitet, jedoch besteht keine spezielle Elternberatungsstelle. Vielleicht wäre eine solche die Grundlage zur Gründung einer Selbsthilfegruppe. Das Interesse an einer Selbsthilfegruppe ist in der Schweiz gering. Möglicherweise besteht ein Mangel an Informationen und Gelegenheiten zur Gründung einer solchen Gruppe. In der Schweiz bieten die bestehenden Ausstiegsprojekte ein vorwiegend niederschwelliges Angebot, wie Streetworking, Internet-Streetworking und Gemeinwesenarbeit an. Zwischen den einzelnen Projekten besteht viel Konkurrenz und wenig Koordination. Es könnten Erfahrungen für gemeinsame oder ähnliche Projekte ausgetauscht, verwendet und ressourcenorientiert gearbeitet werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- ACHERMANN, E. (1979). Elternarbeit praktisch. Basel: Friedrich Reinhardt Verlag.
- ALTERMATT, U. & KRIESI, H. (1995). Rechtsextremismus in der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- ALTERMATT, U. & SKENDEROVIC, D. (1995). Die extreme Rechte: Organisationen, Personen und Entwicklungen in den achtziger und neunziger Jahren. In Altermatt, U. & Kriesi, H. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Schweiz: Verlag Neue Zürcher Zeitung: Zürich, (S. 11–155).
- ALTERMATT, U. & SKENDEROVIC, D. (1995). Die Nouvelle droite in Frankreich und der Westschweiz [On-Line]. Available: www.unifr.ch/spc/UF/96mars/skenderovic.htm.
- ALTERMATT, U., KRIESI, H., (1995). Rechtsextremismus in der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- ANDREOLI, G. & LÜTHI, A. (2003). Einblick in das Projekt. Bern, Pilotprojekt gggfon, ein Projekt des Verein Region Bern VRB.
- ANDREOLI, G. & LÜTHI, A. (2003). gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus. Münchenbuchsee: gggfon.
- ANDREOLI, G. (2003). Tätigkeitsbericht gggfon 2002. Bern, Pilotprojekt gggfon, ein Projekt des Verein Region Bern VRB.
- BENZ, W. (2000). Informationsdienst gegen Rechtsextremismus. Lexikon [On-line]. Available: <http://www.idgr.de/lexikon/stich/r/rechtsextremismus/rechtsextremismus.html>.
- BERATUNGSSTELLE OPFERHILFE BEIDER BASEL. (2002). Jahresbericht 2002. Basel.
- BJORGO, T. (2002). Exit Neo-Nazism, Reducing Recruitment and Promoting Disengagement from Racist Groups. Oslo: Norwegian Institute of International Affairs. (Paper 627).
- BJORGO, T. (2002). Rassistische Gruppen: Die Anwerbung reduzieren und den Ausstieg fördern. Oslo: The Norwegian Institute of International Affairs.
- BÖLTING, F.J. (1997). Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Wahrnehmungen – Hintergründe – Entscheidungen. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- BUTTERWEGGE, CH., HENTGES, G., SARIGÖZ, F. (1999). Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen: Leske + Buderich.
- CLOWARD, R.A., FOX, PIVEN (1984). „Disruption and Organization“, in Theory, Culture and Society.
- D'AMATO, G., GERBER, B. (2002). Rechtsextremismus und Ausstiegshilfen – Möglichkeiten und Potentiale für die Schweiz. Forschungsbericht 21/2002 des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudie. Neuchâtel: SFM/FSM.
- DEUTSCHER VEREIN FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATE FÜRSORGE. (2002). Fachlexikon der sozialen Arbeit (5. Auflage). Frankfurt am Main: Eigenverlag.
- DUSOLT, H. (2001). Elternarbeit, ein Leitfaden für den Vor- und Grundschulbereich. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- FRINDTE, W. (HRSG.). (1999). Fremde Freunde Feindlichkeit. Sozialpsychologische Untersuchungen. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- GALTUNG, J. (1975). Strukturelle Gewalt, Beiträge zu Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- GAMSON, W. A. (1992). „The Social Psychology of Collective Action“, in Frontiers in Social Movement Theory. New Haven, London: Yale University Press.
- GENTILE, P., JEGEN, M., KRIESI, H. & MARQUIS, L. (1995): Die rechtsradikale Radikalisierung: Eine Fallstudie. In: Altermatt, U. & Kriesi, H. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Schweiz: Verlag Neue Zürcher Zeitung: Zürich, (S. 157–225).

- GENTILE, P. (1995). Les trajectories de la droite radicale, 1984–1993. Genève: Université de Genève.
- GERLACH, L.P. ET V.H. HINE (1970). People, Power, Change: Movements of Social Transformation. Indianapolis: Bobbs-Merrill Company.
- GRINDAT, M. (1995). Jugend- und Kinderarbeit im Berufswesen. Kőniz: Edition Soziothek.
- GRUMKE, T.. (4.2.2003). Wege aus der Angst, blicknachrechts,
http://www.bnr.de/print.php?id=1712&tab_text=text_bnrde.
- GURR, T. (1970). Why men rebel. Princeton: Princeton University Press.
- HAMMETTER, V. (1970). Gemeinwesenarbeit. In Prof. Dr. Heinrich Rombach (Hrsg.), Lexikon der Pädagogik (S. 94–95). Freiburg im Breisgau: Herder.
- HEITMEYER, W. (1995). Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen (5.Aufl.). Weinheim und München: Juventa Verlag.
- HEITMEYER, W. (HRSG.). (2002). Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- HEITMEYER, W. (1989). Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Juventa Vlg. Weinheim und München.
- JASCHKE, H.G. (2001). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (2.Aufl.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- KAMM, M, CATTACIN, S. (2002). FSM Hilfe für Opfer rassistischer Diskriminierung [On-line]. Available: http://www.unine.ch/fsm/staff/cattacin/enseignement/2001–2002/zurich_2002kamm.pdf.
- KORGEL, L. (2000). Über die Möglichkeiten und Grenzen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. In: IDA-NRW (Hrsg.): Info-Mappe. Jugendhilfe im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Düsseldorf. Teil III, S. 1–3.
- KRAFELD, F. J. (1992). Cliquenorientierte Jugendarbeit. Juventa Vlg. Weinheim und München.
- KRAFELD, F. J. (2001). Für die Zivilgesellschaft begeistern statt nur gegen den Rechtsextremismus ankämpfen. Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz.
- KRAFELD, F. J. (2001). Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen, S. 271–291.
- KRAFELD, F. J. ET AL. (1996). Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Leske + Budrich Verlag. Bremen.
- LEITNER-BRÜGGER, A. & URECH, U. (2002). Projektunterlagen „Mitteinander gegen Gewalt“. Thalwil: NCBI.
- LEUTHOLD, R. (1995). Gemeinwesenarbeit in der Altersarbeit. Luzern: Pro Senectute Luzern
- LUCHS, P. (1997). Thule bleibt dem Ghetto treu [On-line]. Available: <http://www.free.de/antifa/nrw/sommer97/thule.html>.
- LUZAR, C. (2002). Diplomarbeit Fallstudie Hennigsdorf, Eine Analyse rechtsextremer Gewalt aus der Opferperspektive. Diplomarbeit im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaft. Freie Universität Berlin: Otto-Suhr-Institut.
- MC CARTHY, J. D. (1977) „Resource Mobilization and Social Movement: a Partial Theory“, in American Journal of Sociology.
- MEMMI, A. (HRSG.). (1992). Rassismus. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

- MOSER, H. (1998). Instrumentenkoffer für den Praxisforscher. Freiburg: Lambertus.
- NEUE LUZERNERZEITUNG/PM. (15.11.01). MuriLu: Rechtsradikale Jugendarbeit im Luzerner Freiamt als Problem [On-line] Available: http://www.jugendarbeit.ch/aktuell/juginfo/info2001/juginfo_#037.htm.
- O.N. (CIVITAS, SERVICESTELLE. STIFTUNG DEMOKRATISCHE JUGEND). (2003). Erscheinungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus. (Online). Available: http://www.jugendstiftungcivitas.org/content/re_content.htm.
- OBERSCHALL, A. (1973) Social Conflict and Social Movements. Englewood Cliffs, N.J: Prentice Hall.
- ONLINE-ARCHIV SMIP STREETWORK / MOBILE JUGENDARBEIT INFOPOOL DER FH POTSDAM: Dokumentation der Fachtagung am 8. Juni 1998 in Potsdam zu Möglichkeiten und Grenzen akzeptierender Jugendarbeit.
- OSCHLIES, R. (8.6.2002). Die fanatischen Rassisten können wir nicht erreichen, BerlinOnline, /index.html?keywords=skinheads%20ausstieg;ok=OK%21,match=strict;author=;ressort;vd.
- SCHERR, A. (2001). Das Problem hat sich trotz Anstrengungen nicht verringert. Interview der Zeitschrift Christmon. Juli 2001.
- SCHUBARTH, W. (2000). Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus. Politik und Zeitgeschichte, 39 [On-line]. Available: <http://www.bpb.de/publikationen/8GIOFA,,0,Rechtsextremismus.html>.
- SCHUBERT & SPIECKERMAN (o.J.). Von Gemeinwesenarbeit zum Stadtteil-/Quartiermanagement [On-line]. Available: http://www.sw.fh-koeln.de/sozial_raum_management/html/publikationen/schubert/Quartiermanagement/Quartiermanagement-1.pdf.
- SMELSER, N. J. (1963). Theory of Collective Behavior. New York: Free Press.
- STUTZ, H. (2002). Rassistische Vorfälle in der Schweiz. Zürich.
- STUTZ, H. <http://www.gra.ch>.
- URECH, U. (2003). Interview vom 26.5.2003.
- WAGNER, B. (2002). Hintergründe der Initiative EXIT-Deutschland, Bulletin Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur. 2–2002.
- WILLEMS, H. (1993). Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen: Leske & Budrich.
- WILLEMS, H. (1993). Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. In: Otto, H.-U. & Märten, R. (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Leske & Budrich: Opladen, S. 88–108.
- WILLEMS, H., WÜRZ, S. & ECKERT, R. (1993). Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Forschungsbericht vorgelegt von der deutschen Forschungsgemeinschaft.
- ZÄCH, E. (2003). Interview vom 3.6.2003.

ZEITUNGEN:

BASLER ZEITUNG

BaZ, SDA. (2000, August 2). Magistrale Blicke über die Schweiz hinaus. Basler Zeitung, 177, 7

Sutter, M. (2000, August 8). Rechtsextreme lassen Basler Behörden nicht kalt. Basler Zeitung, 182, Teil III

SDA, -. (2000, August 9). Mehr Rechtsextreme. Basler Zeitung, 183, -

SDA, -. (2000, August 10). Metzler will Rassismus-Strafnorm überprüfen. Basler Zeitung, 184, 7

SDA, -. (2000, August 12/13). Aufruf an die Gemeinden. Basler Zeitung, 186, -

Gubler, T. (2000, August 15). Plötzlich treten die Skinheads aus dem Schatten an Licht. Basler Zeitung, 188, 8

Gubler, T. (2000, August 15). Stutz: „Rechtsextremismus muss politisch bekämpft werden“. Basler Zeitung, 188, 8

Amstutz, P. (2000, August 17). Linke fürchtete neue Fischen mehr als Rechtsextremisten. Basler Zeitung, 190, 11

Amstutz, P. (2000, August 18). Mehr Mittel gegen den Rechtsextremismus. Basler Zeitung, 191, 13

Duttweiler, C., Hammel, H. (2000, August 19/20). „Neu ist, dass die rechtsextreme Szene an Dynamik gewinnt“. Basler Zeitung, 192, 4

AP, -. (2000, August 23). Rechtsextreme: 20 Sprengkörper beschlagnahmt. Basler Zeitung, 195, 12

Hammel, H. (2000, August 24). Metzler: „Damit aus dem Funken kein offener Brand wird“. Basler Zeitung, 196, -

AP, -. (2000, August 25). Villiger über Skinheads. Basler Zeitung, 197, 9

Klee, M. (2000, August 28). Grüne Resolution gegen Rechtsextremismus. Basler Zeitung, 199, Teil I

Rohner, M. (2000, August 29). Die Ostschweiz – für rechtsextreme Gruppen eine Schwerpunktregion. Basler Zeitung, 200, Teil I

SDA, -. (2000, August 30). 1500 gegen Rechtsextremismus. Basler Zeitung, 201, 1

BLICK

Wüthrich, G. (2000, August 3). Aufmarsch der Skinheads. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 3). Der Kühnen-Gruss: Ein verkappter Hitler-Gruss. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 3). Neonazis: So gefährlich sind sie für unser Land. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 3). Antirassismus-Strafnorm mit Lücken. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 3). Es braucht mehr politischen Druck. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 3). Staatsschutz bracht wirksame Instrumente. Blick, 178, 2

Wüthrich, G. (2000, August 4). Die Polizei hätte eingreifen können. Blick, 179, 3

Wüthrich, G. (2000, August 4). Rechtsextreme provozieren immer wieder – die gravierendsten Fälle. Blick, 179, 3

Wüthrich, G. (2000, August 4). Skins auf dem Rütli: Militant?. Blick, 179, 3

Geissler, H. (2000, August 5). Rechtsextremismus hat einen langen Arm. Blick, 180, 5

Spitzer, M. (2000, August 5). Die Polizei hätte eingreifen können. Blick, 180, 5

Wüthrich, G. (2000, August 5). Skin-Treffs sind keine Privatanlässe. *Blick*, 180, 5

Wüthrich, G. (2000, August 5). Jetzt rüstet die Bundespolizei auf. *Blick*, 180, 5

–, –. (2000, August 6). Deutschland kämpft gegen die Neonazis. *Blick*, 181, 6

Heer, T. (2000, August 8). Rädelsführer Lobsiger Lob vom Geheimbund-Chef. *Blick*, 182, 5

Wicki, F. (2000, August 8). Die Politik ist jetzt gefordert. *Blick*, 182, 5

Wüthrich, R. (2000, August 8). 19-Jährige wollte Feuer legen. *Blick*, 182, 5

–, –. (2000, August 8). Skandal! „Heil Hitler“ als Internet-Adresse. *Blick*, 182, 5

Wüthrich, G. (2000, August 9). Ruth Metzler, was tun Sie gegen die Gewalt von rechts?. *Blick*, 183, 3

–, –. (2000, August 17). Mit Notruf gegen Rechtsextremisten. *Blick*, 190, 5

Jäggi, A. (2000, August 21). Rechtsradikale: Scharf kontrolliert von Polizei, 193, 5

–, –. (2000, August 23). Skinheads verstärkt entgegenwirken. *Blick*, 195, 5

Heer, T., Wüthrich, G. (2000, August 24). Die gefährlichen Neo-Nazis: Sie kommen aus gutem Haus. *Blick*, 196, 2

Lehmann, J. (2000, August 24). Besorgnis allein reicht noch nicht. *Blick*, 196, 1

Wüthrich, G. (2000, August 24). Bupo-Chef Bisher konnten wir an Schulen nicht warnen. *Blick*, 196, 1

Wüthrich, G. (2000, August 24). Neonazis: Bundesrat bremst Metzler aus. *Blick*, 196, 1

Wüthrich, G. (2000, August 25). Warum spielen Sie die „Rütli-Schande“ herunter?. *Blick*, 197, 5

–, –. (2000, August 26). Demo nicht bewilligt. *Blick*, 198, 2

–, –. (2000, August 28). Skins schlugen in St. Gallen zu. *Blick*, 199, 1–2

–, –. (2000, August 28). Nationale Demo gegen Rechtsextremismus. *Blick*, 199, 2

Minor, A-J., Augustoni, C. (2000, August 29). Sieben Skins gingen auf zwei Schwarze los. *Blick*, 200, 5

Minor, A-J., Augustoni, C. (2000, August 29). Neonazis in der Schweiz Widerstand wächst. *Blick*, 200, 5

Augustoni, C. (2000, August 30). Aus Solidarität: Hunderte demonstrierten gegen Neo-Nazis. *Blick*, 201, 2

Augustoni, C. (2000, August 31). Selbsthilfegruppe sucht Psychologen. *Blick*, 202, 2

Spitzer, M. (2000, August 31). Herr Kreis, was wollen Sie tun gegen Neonazis?. *Blick*, 202, 2

Spitzer, M. (2000, August 31). Rechtsextreme Die Norweger setzen auf Beratung, 202, 2

–, –. (2000, August 31). Lebenslänglich für Neonazi-Schläger. *Blick*, 202, 2

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Seiler, H. (2000, August 2). Aufrufe zu Offenheit und Selbstbestimmung. *Neue Zürcher Zeitung*, 177,

F, S. (2000, August 9). „Rechtsextremismus“ bei Basler Jugendlichen. *Neue Zürcher Zeitung*, 183, –

E, S. (2000, August 10). Von den Ewiggestrigen zur abartigen Jugend-Subkultur. *Neue Zürcher Zeitung*, 184, 8

W, C. (2000, August 11). Ad-hoc-Gruppe befasst sich mit Rechtsextremismus. *Neue Zürcher Zeitung*, 185, –

S, F. (2000, August 19/20). Rechtsextremistische Wellenschläge in Baselland. Neue Zürcher Zeitung, 192, 14

AP, -. (2000, August 21). Mehrere Treffen von Rechtsextremen. Neue Zürcher Zeitung, 193, -

AP, -. (2000, August 23). Gegen Rechtsextreme vorgehen. Neue Zürcher Zeitung, 195, Inland

AP, -. (2000, August 23). Sprengkörper beschlagnahmt, 195, Inland

ROM, . (2000, August 24). Appell zur Wachsamkeit. Neue Zürcher Zeitung, 196, -

Häusler-Hilber, A. (2000, August 28). Schlägerei von Schwarzen und Skins. Neue Zürcher Zeitung, 199, 9

SDA, -. (2000, August 29). Ruf nach entschlossenem Vorgehen. Neue Zürcher Zeitung, 200, -

B, St. (2000, August 30). Kundgebung gegen Rechtsextremismus. Neue Zürcher Zeitung, 201, 14

SDA, -. (2000, August 30). Bekannte Rechtsextreme in St. Gallen. Neue Zürcher Zeitung, 201, 14

HINWEISE AUF VERÖFFENTLICHUNGEN

FORSCHUNGSBERICHTE DES MODULS “LERNEN UND FORSCHEN” AN DER FACHHOCH- SCHULE FÜR SOZIALE ARBEIT BEIDER BASEL

herausgegeben von Matthias Drilling

- 1
Jugendhilfe und Sozialer Wandel. ISBN 3-90418-56-1
- 2
Jugendsozialarbeit, eine besondere Form der Sozialen Arbeit? ISBN 3-906418-57-X
- 3
Schule und Soziale Arbeit, Aspekte interdisziplinärer Zusammenarbeit. ISBN 3-906418-58-83
- 4
Rechtsextremismus und Soziale Arbeit. ISBN 3-906418-59-6

*Die Berichte stehen als Download bereit unter:
www.forschen.ch*

BUNTE REIHE IM VERLAG DER FACHHOCHSCHULE FÜR SOZIALE ARBEIT BEIDER BASEL

herausgegeben von Ueli Mäder und Matthias Drilling

- 1
NELLY SCHENKER: Wie die Steingeschichte ins Rollen kam. ISBN 3-906418-80-4. Fr. 26.–
- 2
BEATRICE BLAZEK, RICHIE MEILER: Schliesser und Eingeschlossene. Knast- und Fluchtgeschichten (Hg. gemeinsam mit Rotpunktverlag, Zürich) ISBN 3-85869-213-1, Fr. 36.–
- 3
MATTHIAS DRILLING (HG.): HeldInnen ihrer Nation. Philippinische MigrantInnen in der Schweiz, CD-Rom, (Hg. gemeinsam mit der Gruppe Schweiz-Philippinen) ISBN 3-906418-82-0, Fr. 20.–

- 4
MATTHIAS DRILLING: Was wisst Ihr von Weni? Eine Migrationskoffer für den Werkstattunterricht auf der Primarstufe. (Hg. gemeinsam mit der Gruppe Schweiz-Philippinen) ISBN 3-906418-83-9 (Ausleihe über Pädagogische Dokumentationsstelle Basel, Tel. 061-2676837)

SCHRIFTENREIHE DER FACHHOCHSCHULE FÜR SOZIALE ARBEIT BEIDER BASEL

herausgegeben von Ueli Mäder und Matthias Drilling

- 1
HEINZ MOSER: Zum Verhältnis von Familien, Freizeit und Schulen
1992, 45 Seiten, ISBN 3-906418-00-6
- 2
ISIDOR WALLIMANN, PETER HAGEMANN, ROLF FISCHLER: Freiwillig Tätige im Sozialbereich und in anderen Bereichen
1993, 36 Seiten, ISBN 3-906418-01-4
- 3
VERENA MEILE: Kurve, ein Problemlösungsvorschlag Jugendlicher
1993, 48 Seiten, ISBN 3-906418-02-2
- 4
UELI MÄDER: Armut – Anpassung und Widerstand
1994, 52 Seiten, ISBN 3-906418-03-0
- 5
SIMON WIGET, VERENA MESSERLI-ROHRBACH: Die ambulante Versorgung von psychisch Kranken in der Gemeindekrankenpflege
1994, 71 Seiten, ISBN 3-906418-04-9
- 6
BENEDIKT ARNOLD, STEPHAN WIRTHNER: Heroinrauchen aus der Sicht von Institutionen und Betroffenen
1995, 52 Seiten, ISBN 3-906418-05-7
- 7
THOMAS BAUMGARTNER, GAUDENZ HENZI, ISIDOR WALLIMANN: Arbeitslosigkeit als Vernichtung von Humankapital und Menschen?
1995, 63 Seiten, ISBN 3-906418-06-5

8
ERIKA ARNOLD, FRANZ HOCHSTRASSER, HEINZ MOSER
(HRSG.): Das Baukastensystem an der HFS Basel
(HRS.G.): Das Baukastensystem an der HFS Basel
1996, 66 Seiten, ISBN 3-906418-07-3

9
MATTHIAS DRILLING: Jugend und Gewalt. Fakten –
Hintergründe – Präventionsansätze
1997, 80 Seiten, ISBN 3-906418-08-1, vergriffen

10
MATTHIAS DRILLING, UELI MÄDER, OLAF PETERSEN,
SIGRID SCHILLING, THOMAS STUTZER:
Entschlossen – weltoffen. Migration und Integration
1999, 52 Seiten, ISBN 3-906418-09-X

11
MARTINA SANER: Jugendkultur Techno – Spiegelbild der
Gesellschaft
1999, 50 Seiten, ISBN 3-906418-10-3

12
ESTHER CHRISTEN, SIMONE PFEIFFER: Sozialarbeit
macht Schule. Eine Bestandesaufnahme der Schulsozial-
arbeit in der Deutschschweiz
1999, 84 Seiten, ISBN 3-906418-11-1

13
FRIEDER TSCHOPP: Was soll man machen?, Lohnkürzun-
gen in der Zentralwäscherei. Betroffene berichten
2000, 50 Seiten, ISBN 3-906418-12-X

14
SANDRA GEISSLER: Ambivalenz in der Sozialarbeit – eine
Fallanalyse
2000, 63 Seiten, ISBN 3-906418-13-8

15
BEATRICE INGLIN-BUOMBERGER: Beurteilen und bewer-
ten im Praktikum
2000, 66 Seiten, ISBN 3-906418-14-6

16
OLIVIER STEINER: Sozialhilfe im Kanton Baselland
2000, 35 Seiten, ISBN 3-906418-15-4

17
INGE JAKOBS SCHMID: Migration und Spitex Basel
2001, 62 Seiten, ISBN 3-906418-16-2

18
ANJA KARLHUBER, ALBERT RAPPO: Lebensrealitäten in
der reichen Schweiz. Working Poor in Basel.
2001, 56 Seiten, ISBN 3-906418-17-0

19
CLAUDIA STUDER, HANS-GEORG HEIMANN: Selbsthilfe
für Arbeitslose. Projekte – Handlungsanleitung – recht-
liche Informationen. 2002, 96 Seiten, ISBN-Nr. 3-
906418-18-9

20
ERWIN GÖTZMANN: Die Praxis der Schulsozialarbeit in
Basel. Beispiele – Erfahrungen – Hintergründe. 2002, 76
Seiten, ISBN-Nr. 3-906418-19-7

Preise:

Nr. 1 und 2: Fr. 5.–

Nr. 3–5: Fr. 10.–

Ab Nr. 6: Fr. 12.–

Jeweils zuzüglich Versandkosten

Bestellungen an:

FHS-BB, Thiersteinerallee 57, 4053 Basel,

Fax: 061-3372795, Email: basis@fhsbb.ch